



**§218
WEG!**

**PARITÄT
JETZT!**

**ANTRAGSBUCH
DER LDK 1.26**

Inhalt

Vorschlag zur Geschäftsordnung	3
Anträge.....	6
LAP_1/26 Unser Landesarbeitsprogramm 2026-2028.....	7
Arbeitsbereich A: Arbeit und Soziales.....	22
A1_1/26 Gesund, bezahlbar, solidarisch: Kiezkantinen in jedem Bezirk	22
A2_1/26 Gerechte Politik für alle Menschen in Berlin – raus aus der untererfassten Metropole	25
A3_1/26 Einsamkeit ist eine soziale Frage – niemand soll allein bleiben müssen!.....	28
A4_1/26 Mehr Median wagen – Wohlstand an der Realität der Mehrheit messen	33
A5_1/26 Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen – Kooperation mit den Tafeln stärken.....	35
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung	37
B1_1/26 Feministische Erinnerungspolitik stärken: FINTA-Geschichte sichtbar machen, Forschung fördern, Bildung verändern	37
B2_1/26 Büchersteuer abschaffen – Wissen darf kein Privileg sein	39
B3_1/26 „Vater Staat ist nicht dein Daddy“ – Weg mit der Verbeamtung von Lehrkräften	40
B4_1/26 Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre war gestern – heute brauchen sie den Mindestlohn!.....	44
B5_1/26 Für mehr Lifestyle-Bildungszeit: Zeit, dass alle zu ihrem Recht kommen!.....	46
Antragsbereich D: Digitales und Innenpolitik	48
D1_1/26 Anerkennung statt Abwertung – Ostdeutsche Biografien, Abschlüsse und Lebensleistungen gerecht behandeln	48
D2_1/26 Raus aus der Abhängigkeit. Rein in die Zukunft. Für USA- Unabhängige Verwaltungen	51
D3_1/26 Kein Pass, keine Rechte? Niemand ist illegal - Auch ohne Staat!.....	53
D4_1/26 Reform des MedCanG und KCanGs	55
D5_1/26 I want to be a strong (digitally) independent society!	58
Antragsbereich E: Europa und Internationales	60

E1_1/26 Nicht der Orange folgen - Eine neue transatlantische Realität.....	60
E2_1/26 États-Unis – als Antwort Europa	64
Arbeitsbereich O: Organisation und Parteireform.....	67
O1_1/26 Wir bleiben laut für unser Berlin – Unser Jugendwahlprogramm 2026	67
O2_1/26 Ergebnisse der Strukturreform I: Gremien auf Landesebene	71
O3_1/26 Ergebnisse der Strukturreform II: Mentale Gesundheit.....	76
O4_1/26 Ergebnisse der Strukturreform III: Awareness-Konzept der Jusos Berlin	78
O5_1/26 Ämtertrennung zwischen Senat und Abgeordnetenhaus – Jetzt aber wirklich!	82
O6_1/26 Weil wir es eh besser können! Keine KI-Grafiken mehr bei uns.	83
O7_1/26 Was passiert mit unseren Anträgen, liebe Fraktion?	84
O8_1/26 Keine Ausbeutung auf unsere Kosten – die Jusos Berlin werden vegan	85
Antragsbereich U: Umwelt-, Klima- und Naturschutz	87
U1_1/26 Klima gehört in den Lehrplan. Klimabildung jetzt!.....	87
U2_1/26 Irgendwo ist immer CH4: Zeit für ein internationales Methan-Abkommen.....	89
U3_1/26 Gar nicht so mausig: Bekämpfung der Ausbreitung der invasiven Mäusegerste in Berlin	91
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität	93
V1_1/26 Mobilitätspolitik aktiv sozialdemokratisch gestalten	93
V2_1/26 Mobilität neu ordnen, weg vom Autoverkehr, hin zu Öffentlicher Mobilität.....	94
V3_1/26 Geschäfte auch auf Reisen kostenlos verrichten - kostenlose Toiletten an Bahnhöfen	96
V4_1/26 Mobilität für alle – auch bei Eisglätte	97

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen, Männern und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechtskategorien dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Damit die Geschlechtsidentitäten nicht aus den Vornamen abgeleitet werden, vermerken die Redner*innen ihre Pronomen auf der Wortmeldekarte. Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der

Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei männliche oder diverse Personen oder Personen ohne Geschlechtseintrag geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei männliche oder diverse Personen oder Personen ohne Geschlechtseintrag geöffnet werden, worüber nur noch die FINTA-Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der*dem oder den Antragsteller*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (09.02.2026) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 14. März 2026, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 14.03.2026, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die*der Antragsteller*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (01.03.2026, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der*dem Antragsteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Änderungsanträge können von der*dem Antragssteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Durch Geschäftsordnungsantrag kann die Abstimmung des Änderungsantrags gefordert werden. Sollte die Abstimmung zum Änderungsantrag eröffnet werden, wird die Gegenrede zum Änderungsantrag von dem*der Antragssteller*in des GO-Antrags gehalten. Die Debatte kann dann – wie andere Änderungsantragsdebatten – über erneuten Geschäftsordnungsantrag geöffnet werden.

16. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskongress zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

Anträge

Antragsteller*innen: Erweiterter Juso-Landesvorstand Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz 1.26 der Jusos Berlin möge beschließen:

LAP_1/26 Unser Landesarbeitsprogramm 2026-2028

SELBSTVERSTÄNDNIS

Wir Jusos Berlin sind ein sozialistischer, feministischer, internationalistischer, antifaschistischer und antirassistischer Richtungsverband. Wir sind Teil der Sozialdemokratie und Teil der gesellschaftlichen Linken. Unser Ziel ist die Gesellschaft der Freien und Gleichen - ohne jede Form von Unterdrückung und Menschenfeindlichkeit. Diese Gesellschaft wünschen wir uns auch für unsere Stadt Berlin. Als Landesverband steht Berlin im Zentrum unseres politischen Handelns. Wir kämpfen für ein Berlin und eine Welt, in der jede*r selbstbestimmt und frei von Ängsten und Unterdrückung leben kann.

In der Tradition der Arbeiter*innenbewegung stehen wir gegen jede Form von Ausbeutung. Während wenige Menschen von dem Profit, der aus der Arbeit anderer entsteht, oder von vererbtem Vermögen leben, wird die Mehrheit der Menschen ausgebeutet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Immer mehr Menschen leben in Armut. Diese Ungleichheit ist durch das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, den Kapitalismus, bedingt und wird durch ihn bewahrt. Im Kapitalismus kann es keine Gesellschaft frei von Ausbeutung, keine Welt der Freien und Gleichen geben. Daher wollen wir den Systemwandel: Der Kapitalismus muss überwunden und alle Lebensbereiche demokratisiert werden. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus. Unsere Vision des Wirtschaftens ist ein sozialistisches Wirtschaften, in dem die Produktion in der Hand der Gesellschaft ist und der erwirtschaftete Mehrwert auch der Gesellschaft und nicht Einzelnen zugutekommt.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass durch die Befreiung vom Kapitalismus noch keine Befreiung aller Unterdrückten erfolgt. Rassismus, das Patriarchat und weitere Unterdrückungssysteme bestehen eigenständig und verstärken sich gegenseitig, ebenso wie sie den Kapitalismus verstärken und durch ihn verstärkt werden.

Wir Jusos sind ein feministischer Verband. Unser politischer Kampf gilt einer feministischen Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleichberechtigt leben können. Daher gilt es, das Patriarchat in allen Lebensbereichen zu zerschlagen. Wir kämpfen für die körperliche und reproduktive Selbstbestimmung von FINTAs (Frauen, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen) und für eine materielle Gleichstellung aller Geschlechter. Unser Feminismus ist divers und intersektional. Wir setzen uns für die Gleichstellung aller Geschlechter ein und sind uns dabei bewusst, dass die unterschiedlichen Diskriminierungsformen, wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, trans* Feindlichkeit und Klassismus zusammenwirken. Wir stehen für die Überwindung patriarchaler und heteronormativer Strukturen ein - im eigenen Verband und darüber hinaus. An der Seite der queeren Community in unserer Stadt engagieren wir uns gegen Queer- und trans* Feindlichkeit.

Als internationalistischer Verband und Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES (Young European Socialists) solidarisieren wir uns mit Sozialist*innen weltweit. Die Herausforderungen unserer Zeit, wie globale Ausbeutungsstrukturen, Klimawandel und Kriege können nur grenzüberschreitend und solidarisch gelöst werden. Menschen, die nach Berlin kommen, heißen wir willkommen und stellen uns gegen diejenigen, die sie ausgrenzen wollen - unabhängig davon, ob sie vor Krieg, Unterdrückung oder Armut fliehen oder ob sie einfach gern hier leben möchten.

Wir Jusos sind seit unserer Gründung überzeugte Antifaschist*innen. Wir stellen uns gegen jede Art von Menschenfeindlichkeit und Faschismus. Wo auch immer wir mit neofaschistischen Bewegungen, Parteien oder Ideologien konfrontiert sind, stellen wir uns dieser entgegen, zum Beispiel durch unsere Bildungsarbeit, auf Demos oder sozialen Plattformen. Die steigenden Umfragewerte der AfD, die wachsende Akzeptanz von rechtem Gedankengut werden wir nicht unwidersprochen stehen lassen. Für uns ist klar: Niemand muss mit Nazis laufen - kein Fußbreit!

Wir stellen uns gegen jede Form von Rassismus. Das bedeutet für uns, dass wir auf strukturellen Rassismus in Staat und Gesellschaft hinweisen und ihn bekämpfen. Das bedeutet auch, dass wir als mehrheitlich weiß geprägter Verband anerkennen müssen, dass auch wir und unsere Strukturen als Teil der Gesellschaft von rassistischen Mustern geprägt sind und uns folglich ändern müssen. Für uns gilt wie für die Gesellschaft insgesamt: Weiße Menschen müssen Privilegien abgeben und rassistische Strukturen nicht nur kritisiert, sondern überwunden werden.

Ebenso stellen wir uns gegen jede Form von Antisemitismus. Jüdinnen*Juden müssen sich in Berlin und weltweit sicher leben können. Der erstarkende Antisemitismus in breiten Teilen der Gesellschaft erfüllt uns mit großer Sorge - umso entschiedener stellen wir uns jedem Antisemitismus entgegen.

Ebenso vielfältig wie die Unterdrückungssysteme müssen unsere Gegenstrategien sein. Fest steht, dass wir uns als sozialistische, feministische, internationalistische, antifaschistische und antirassistische Jugendorganisation niemals mit dem Status quo zufrieden geben dürfen und langfristig an unserer Utopie für den Verband, unsere Stadt und die ganze Welt arbeiten müssen.

VERORTUNG DER JUSOS BERLIN

Wir verstehen uns als eigenständiger und kritischer Verband innerhalb der SPD und als treibende Kraft innerhalb der Parteilinken. Unser Verhältnis zur SPD ist eines der kritischen Solidarität. Wir arbeiten in der SPD für eine Sozialdemokratie, die als Partei, aber auch im Regierungshandeln sowie im Parlament und Wahlkampf für solidarische und sozialistische Positionen einsteht und diese durchsetzt. Wir üben aber auch öffentlich Kritik und schaffen Öffentlichkeit für unsere Forderungen, wenn die SPD vom linken Pfad abkommt. Dabei scheuen wir uns auch nicht davor, selbst für Ämter und Mandate anzutreten und Verantwortung zu übernehmen.

Mit dem Bekenntnis zur Doppelstrategie verstehen wir uns als Teil der gesellschaftlichen Linken. Unter dem Begriff Doppelstrategie verstehen wir die Zusammenarbeit sowohl mit der SPD als auch mit unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Einerseits wollen wir in der SPD agieren und durch die Besetzung wichtiger Positionen, die inhaltliche Mitgestaltung und aktive Einbringung in Debatten innerhalb der Partei möglichst viel Rückhalt für unsere Positionen erzielen. Andererseits sehen wir es als wichtig an, in gesellschaftlichen Bewegungen, wie zum Beispiel antifaschistischen, migrantisch und postmigrantischen Gruppen, Umweltbewegungen oder bei Netzaktivist*innen und Gewerkschaftsjugenden präsent zu sein und für gemeinsame inhaltliche Positionen in unserer Mutterpartei zu werben. Wir setzen uns für eine lebendige, enge und langfristige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen ein.

WIR HABEN HALTUNG!

Unsere Arbeit stützt sich auf ein breites Fundament an Grundwerten. Als Jusos Berlin sind wir sozialistisch, feministisch, internationalistisch, antifaschistisch und antirassistisch. Diese Grundwerte und die dahinter liegenden Theorien sind längst nicht mehr allen Mitgliedern bekannt. Gleichzeitig hilft

ein theoretisches Fundament, diese mit Leben zu füllen, an Diskussionen im und außerhalb des Verbands teilhaben zu können und einen politischen Kompass zu entwickeln. Darum wollen wir regelmäßige Grundwerte-Workshops, z.B. im Rahmen von Kongressen und mehrtägigen Veranstaltungen, anbieten, die auf verschiedene Wissenshintergründe eingehen und so auch niedrigschwellig sind. Wir wollen Mitglieder befähigen, diese Grundwerte ausbuchstabieren zu können und Funktionär*innen befähigen, diese Grundwerte vermitteln zu können.

WIR VERTEILEN UM!

Ein soziales Berlin

Wir kämpfen für ein soziales Berlin. Das heißt für uns, bestehende Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten abzubauen und allen Berliner*innen ein Leben der Freien und Gleichen zu ermöglichen. Dafür ist es für uns zentral, insbesondere diejenigen zu unterstützen, die von der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden: fast jedes vierte Kind in Berlin ist von Armut betroffen und die Winter- und heißen Sommermonate zeigen, wie lebensgefährlich die Lage für obdachlose Menschen in unserer Stadt ist. Gleichzeitig werden auch in unserer Stadt reiche Menschen immer reicher. Dieser Entwicklung stellen wir uns entgegen und machen klar: Unser Berlin bleibt sozial!

Gute Arbeit und Gewerkschaften

Die Jusos Berlin verstehen sich als Teil der Arbeiter*innenbewegung und setzen sich für starke, kämpferische Gewerkschaften ein. Wir wollen den Dialog zwischen Jungsozialist*innen und Gewerkschaftsjugend intensivieren und wollen einen gemeinsamen Kongress sowie gemeinsame Veranstaltungen initiieren, auf denen wir uns über aktuelle arbeitspolitische Herausforderungen austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln. Dabei geht es uns um mehr als symbolische Gesten. Wir wollen echte Vernetzungen schaffen zwischen den Jusos, Betriebsräten, Auszubildendenvertretungen und aktiven Gewerkschafter*innen in den Berliner Bezirken. Nur durch enge Zusammenarbeit können wir die Interessen von Arbeitnehmer*innen wirkungsvoll vertreten und der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt etwas entgegensetzen.

Die Jusos Berlin stehen fest an der Seite streikender Kolleg*innen. wir unterstützen Arbeitskämpfe aktiv durch Präsenz auf Streikposten, öffentliche Solidaritätsbekundungen und politischen Druck auf Arbeitgeber*innen.

Mieten und Wohnen

In Berlin ist das Thema Mieten und Wohnen die akuteste soziale Frage unserer Zeit und betrifft auch besonders junge Menschen. In Berlin leben ca. 80% der Personen zur Miete. Während die Suche nach bezahlbarem Wohnraum für die Mehrheit der Berliner*innen unmöglich erscheint, machen Unternehmen und Eigentümer*innen umfassende Gewinne durch steigende Mieten. Wir Jusos wollen unter anderem die Umgehung der Mietpreisbremse durch möbliertes Wohnen beenden und mehr sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Sozialbindung, Genoss*innenschaften und landeseigene Wohnungsunternehmen. Langfristig wollen wir Wohnungen dem kapitalistischen Mietmarkt entziehen.

Klima

Die Klimakrise ist, obwohl ihre Auswirkungen in den vergangenen Jahren auch immer präsenter in Deutschland und Berlin geworden ist, deutlich weniger Thema in Politik und Öffentlichkeit. Wir fordern weiterhin eine anticlassistische Perspektive auf den Klimaschutz und Maßnahmen, die sozial-gerecht ausgestaltet sind. Daher bekräftigen wir unsere Forderung nach einem sozial gerechten Klimageld, um

insbesondere geringe und mittlere Einkommen von Belastungen durch die CO2-Bepreisung zu entlasten. Auch aus internationalistischer Sicht wollen wir die Ungerechtigkeiten der Klimakrise bekämpfen: denn die Umweltverschmutzung großer Industrienationen des globalen Nordens trifft insbesondere Länder des sogenannten globalen Südens hart.

Mobilitätswende

Mobilitätspolitik ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Marode Brücken, verspäteter und überlasteter ÖPNV - die Probleme der Mobilitätspolitik in Berlin werden immer deutlicher. Wir wollen eine Mobilitätspolitik und eine Mobilitätswende mit intersektionalem Blick, die für alle Berliner*innen funktioniert - nicht nur für diejenigen, die im Stadtzentrum wohnen oder ein Auto haben. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen, die bei der Umsetzung der inklusiven und barrierefreien Mobilitätswende konsequent mitgedacht werden müssen.

Eine Stadt für junge Menschen

Unsere Lebensräume brauchen ausreichend Orte für Begegnungen, frei zugängliche Plätze für Aufenthalt draußen, auch an heißen oder regnerischen Tagen, aber auch soziale Infrastruktur, wie Jugendclubs oder Begegnungsstätten. Gerechte Flächenverteilung ist vor allem auch sozial: Menschen mit geringeren Vermögen leben häufiger an Verkehrsachsen mit hoher Emissionsbelastung und wenig Stadtgrün. Mit der Ausrichtung des öffentlichen Raums zur lebenswerten Stadt können wir insbesondere auch den Bedürfnissen von Frauen, Menschen mit Behinderung und älteren Menschen gerechter werden. In den nächsten zwei Jahren werden wir uns damit beschäftigen, wie unsere Kieze wieder zu echten Lebensorten werden. Dafür werden wir uns mit Initiativen wie der "15-Minuten Stadt" auseinandersetzen und alternative Modelle der Innenstadts- und Geschäftsstraßenentwicklung diskutieren. Darauf aufbauend erarbeiten wir ein Konzept für eine zukunftsorientierte, sozialistische Stadtentwicklung Berlins.

Kultur

Für uns ist es wichtig, dass Berlin, als einer der wichtigsten Kulturstandorte Deutschlands, erschwinglich für alle bleibt, damit kulturelle Teilhabe nicht nur Sache derjenigen bleibt, die es sich leisten können. Für gesellschaftliche Teilhabe und interkulturellen Austausch sind die etlichen Kulturtagungsstätten Berlins unabdinglich. Um diese zu unterstützen und zu erhalten, wollen wir in einen stärkeren Austausch mit Akteur*innen im Kultursektor haben und für den Erhalt dieser kämpfen. Gleichzeitig wollen wir uns weiter mit Projekten, wie zum Beispiel der Jugendkulturkarte auseinandersetzen, um Teilhabe für alle zu ermöglichen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung schreitet weiter voran und mit ihr die Macht großer Tech-Unternehmen. Wir werden daher weiter daran arbeiten, Digitalisierung sozialistisch zu denken und so einzusetzen, dass sie allen dient. Hier wollen wir uns vor allem mit den Themengebieten digitale Souveränität und auch Entbürokratisierung beschäftigen.

Bildungsgerechtigkeit

Bildung ist für uns ein zentraler Schlüssel auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Aktuell sind wir aber auch in Berlin noch weit von einer gerechten Bildung entfernt. Gymnasien, teure Nachhilfe und allgemein kein gerechter Zugang zu Ressourcen sind hier einige Gründe. Wir kämpfen für die Gemeinschaftsschule für alle. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Berliner Kinder eine bestmögliche und kostenfreie Bildung bekommen und an jeder weiterführenden Schule jeden Abschluss machen können. Dieser Grundsatz muss für alle Menschen gelten, insbesondere für gesellschaftlich benachteiligte

Gruppen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hürden abgebaut und entsprechende Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt werden. Dies gilt beispielsweise für die Einführung des Schulfachs "Deutsche Gebärdensprache (DGS)".

Antirassismus

Als gerade neu beschlossener Grundwert müssen wir unseren antirassistischen Idealen gerecht werden. Wir brauchen eine ernsthafte, kritische Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen in der Berliner Stadtgesellschaft, aber auch in unserem Verband. Workshops und Tagungen zum Thema Antirassismus sollen gängiger werden. Veranstaltungen, die andere Themen behandeln, sollen und müssen intersektionaler und antirassistischer auch auf diese Themen blicken. Außerdem wollen wir den Austausch zu antirassistischen und migrantisch-selbstverwaltenden Organisationen suchen, um antirassistische Perspektiven von Expert*innen und Betroffenen in unsere Arbeit und Positionen einfließen zu lassen.

Barrierefreiheit

Wir setzen uns klar für Barrierefreiheit in allen politischen Bereichen ein. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne Behinderungen zur echten inklusiven Gesellschaft gehören, indem wir die Barrieren strukturell und gezielt wirksam abbauen. Ohne die Barrierefreiheit entsteht keine echte inklusive Gesellschaft. Die Barrierefreiheit ist kein "Nice-to-have", sondern ein Menschenrecht nach der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK).

Wir setzen uns gegenüber der SPD für die Entwicklung eines Leitfadens für barrierefreie Sitzungen für Menschen mit Behinderung ein. Insbesondere soll dieser Leitfaden auch für Sitzungen auf Kreisebene umsetzbar sein.

Wir setzen uns für die gesetzlichen Änderungen ein, dass die Leichte Sprache als eigenständige Sprache, die barrierefreien Videos in Leichter Sprache anerkannt und die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als Daten für KI-Unternehmen geschützt und kontrolliert werden. Außerdem setzen wir uns ein, dass die anderen Gebärdensprachen in der Anerkennungsliste (durch die nationale Anerkennung der anderen Länder in der Welt) mit aufgenommen werden, um die barrierefreie Teilhabe bei den Katastrophenkrisen und den Folgen der Kriege (z.B. Geflüchtete) aus der Welt in einer nationalen Gebärdensprache in Deutschland automatisch zu gewährleisten.

WIR SIND ANTIFA!

Kampf gegen Rechts

Antifa bleibt Handarbeit! Deswegen werden wir auch weiter auf antifaschistischen Demos Präsenz zeigen. Unsere Arbeit soll dabei zweigleisig, sowohl auf der Straße selbst als auch bei der Planung und Organisation von antifaschistischen Protesten stattfinden. Hierfür wollen wir uns weiter mit unseren antifaschistischen Bündnispartner*innen austauschen und vernetzen, um eine starke gesellschaftliche Front gegen den aufkeimenden Faschismus zu bilden. Dabei wollen wir vor allem den Kontakt und die Zusammenarbeit mit dem antifaschistischen Bündnis "widersetzen" weiter ausbauen, als auch innerparteilich die SPD an ihre Pflicht zu erinnern, Teil eben jener Front sein zu müssen.

ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz)

Für uns ist klar: Mehr Polizei bedeutet nicht mehr Sicherheit! Stattdessen steht für uns im Rahmen von Kriminalitätsbekämpfung immer Prävention und die Schaffung würdiger Lebensumstände im Vordergrund. Ausweitungen von Polizeibefugnissen, wie durch die Reform des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) Ende 2025 beschlossen, lehnen wir ab. Wir möchten keinen

Überwachungsstaat, der Menschen mehr Angst macht als sie schützt. Daher werden wir uns für eine Rücknahme der jüngsten ASOG-Reform einsetzen und weiteren Verschärfungen entschieden entgegentreten. Stattdessen werden wir uns für alternative Konzepte wie Community Policing stark machen und für eine angemessene Kommunikation der Sicherheitsbehörden gegenüber allen Berliner*innen eintreten. Dies gilt insbesondere für marginalisierte Menschen, wie Geflüchtete, FINTA oder Menschen mit Behinderungen.

WIR SIND BERLIN!

Ob bei Mobilität, medizinischer Versorgung oder dem Kampf gegen Rechts: Uns ist bewusst, dass die Außenbezirke in verschiedenerlei Hinsicht vor besondere Herausforderungen gestellt sind. Gleichzeitig wird Berlin gerade in den Außenbezirken wachsen. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, insbesondere die Infrastruktur in den Außenbezirken zu verbessern. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass sich auch besondere Herausforderungen für unsere politische Arbeit in den Außenbezirken ergeben. In Absprache und auf Wunsch der jeweiligen Kreise unterstützen wir daher diese Bezirke als Landesverband besonders bei ihrer Arbeit - z.B. durch Verteilaktionen im Rahmen von Kampagnen oder bei Demonstrationen. Auch versuchen wir, Landesveranstaltungen soweit möglich auch in Außenbezirken stattfinden zu lassen. Bei der Veranstaltungsplanung berücksichtigen wir grds. auch die notwendige Zeit für die Anreise aus den Außenbezirken.

Ost-Berlin

Die Jusos Berlin nehmen die fortbestehenden Unterschiede zwischen Ost- und West-Berlin ernst. Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Folgen von Deindustrialisierung, Treuhand-Politik und struktureller Benachteiligung in den östlichen Bezirken spürbar. Dies betrifft Löhne, Vermögen oder die Repräsentation in Führungspositionen. Mit unserem Ostkongress im vergangenen Jahr und der Ostvernetzung seit 2024 haben wir Schritte unternommen, um ostdeutsche, besonders intersektionale Perspektiven auf Ostdeutschland sichtbarer zu machen und Diskriminierungserfahrungen einen Raum zu geben. Die teilweise geringe Beteiligung zeigt uns jedoch, dass wir unsere Ansprache und Formate überdenken müssen. Wir wollen keine symbolischen Veranstaltungen, sondern echte Auseinandersetzung. Gleichzeitig haben wir durch diese Formate in der Vergangenheit auch viele Neumitglieder und junge FINTAs angesprochen und wollen uns deswegen weiterhin an einer möglichst diversen und niedrigschwelligen Themensetzung in diesen Veranstaltungen orientieren. Deshalb werden wir ostdeutsche Themen systematisch in unsere reguläre politische Arbeit integrieren, gezielt Genoss*innen aus den östlichen Bezirken in Gremien einbinden und uns für eine Politik einsetzen, die Ost-West-Ungleichheiten benennt und aktiv überwindet.

Intersektionale Neumitgliederkampagne

Angesichts eines andauernden Mitgliederschwundes müssen wir verstärkt und auf vielfältigen, kreativen Wegen an unserer Mitgliedergewinnung arbeiten. Unsere Kampagnen sollen neben Schüler*innen und Auszubildende vor allem auf marginalisierte Gruppen wie insb. FINTA und BIPOC, aber auch Menschen mit Behinderung, ausgerichtet sein, um unsere Verbandsstrukturen langfristig diverser zu gestalten. Wir bieten Neumitgliedern eine Möglichkeit, sich aktiv einzusetzen, über Debattenräumen hin zu Aktionen, in denen sie ihr politisches Engagement ausleben können. Es bieten sich Verteilungen vor Schulen, Ausbildungszentren, Oberstufenzentren und ähnlichen Orten an. Dabei sind die Erfahrungen und Netzwerke unserer Mitglieder zu berücksichtigen. Hierbei sollen die Kreise bei der Mitgliedergewinnung entsprechend ihrer Wünsche und ihres Bedarfs vom Landesvorstand, zum Beispiel im Rahmen der "Lavo-Tour" unterstützt werden.

Queere Arbeit

Für uns ist klar: gerade in Zeiten einer erstarkenden AfD und immer häufigeren Angriffen auf queere Menschen - z.B. bei Prides - stehen wir fest an der Seite der queeren Community. Wir setzen uns dabei auch innerhalb der SPD insbesondere für den Erhalt wichtiger queerer Errungenschaften - wie z.B. das Selbstbestimmungsgesetz - ein. Die Unterstützung von Prides - gerade am Stadtrand und im Umland - sind für uns wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Auch unsere eigenen Strukturen werden wir möglichst queerfreundlich gestalten. Daher ist es uns wichtig, queeren Menschen in unserem Verband Raum zu geben und unsere Mitglieder im Umgang mit unterschiedlichen queeren Identitäten und Lebensrealitäten zu sensibilisieren. Daher veranstalten wir bei großen Veranstaltungen Queervernetzungen und gleichzeitige "How to be an Ally"-Seminare. Sollte dies von queeren Mitgliedern gewünscht sein, werden wir auch eine regelmäßige, institutionalisierte Queervernetzung anbieten. Bei unseren Veranstaltungen bieten wir "All Gender" und "FINTA" Toiletten an.

Menschen mit Behinderung in der Politik

In den Jusos, in der SPD und auf Kreisebene sind Menschen mit Behinderung in der Politik noch viel zu wenig sichtbar und repräsentiert. Der Grund dafür liegt nicht im mangelnden Interesse, sondern in den vielfältigen Barrieren, die ihnen die Teilhabe erschweren oder unmöglich machen. Wir nehmen diese Realität ernst und wollen sie aktiv verändern. Deshalb bauen wir Barrieren schrittweise ab – von der barrierefreien Gestaltung unserer Veranstaltungsorte bis hin zur barrierefreien Webseite und digitalen Kommunikation. Gleichzeitig richten wir intern ein freiwilliges Buddy-System ein, das Menschen mit Behinderung konkrete Unterstützung bei der politischen Partizipation bietet. Die Buddys helfen dabei zu klären, welche individuellen Bedarfe bestehen und wie barrierefreie Teilhabe praktisch umgesetzt werden kann – sei es durch Gebärdensprachdolmetscher*innen, Schriftdolmetscher*innen oder Dolmetscher*innen für Leichte Sprache. Inklusion darf kein leeres Versprechen bleiben: Wir wollen eine Organisation sein, in der alle Menschen unabhängig von ihren körperlichen oder kognitiven Voraussetzungen gleichberechtigt mitgestalten können. Nur so werden wir der Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht und stärken die Demokratie von innen heraus.

WIR DREHEN BERLIN AUF LINKS

Im Wahlkampf 2026 werden wir inhaltliche Schwerpunkte setzen, die junge Menschen in unserer Stadt bewegen. Das sind vor allem die Wohnungs- und Mietenpolitik, aber auch der Kampf für gute Bedingungen in Schule, Studium, Ausbildung und Arbeit.

WIR SIND INTERNATIONAL

Als internationalistischer Verband und Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES (Young European Socialists) solidarisieren wir uns mit Sozialist*innen weltweit. Daher engagieren wir uns auch auf internationaler Ebene, organisieren Delegationsreisen, internationalen Austausch und arbeiten in unseren Dachorganisationen aktiv mit.

WIR SIND IM AUSTAUSCH!

Raus aus dem Sitzungssaal

Wir suchen den direkten Austausch vor Ort: mit Interessensvertretungen, Vereinen, Initiativen und Betroffenenorganisationen. Durch Besuche in Jugendfreizeitstätten und anderen Institutionen wie bspw. Beratungsstellen nehmen wir Anliegen ernst und bringen sie in unsere politische Arbeit ein. So

290 können wir neuen Perspektiven in unsere politische Arbeit einfließen lassen und uns mit der
291 Stadtgesellschaft vernetzen.

292 **Austausch mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern**

293 Wir fördern den Austausch mit Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Engagierten. Über Treffen
294 und Newsletter machen wir politische Prozesse verständlich und schaffen Raum für Diskussion und
295 Beteiligung. Durch einen Newsletter an SPD-Funktionär*innen machen wir auf unsere aktuellen
296 Themen, Diskussionen und Entwicklungen aufmerksam. Ziel ist es, unsere Forderungen und Anliegen
297 als Jusos aktiv an Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Funktionär*innen heranzutragen.

298 **Ganzjährige Kampagne in den Bezirken**

299 Unser Anspruch ist es, die Sorgen, Wünsche und Forderungen der Menschen auch abseits des
300 Wahlkampfes zu hören und ernst zu nehmen. Deshalb wollen wir durch eine geplante Kampagne als
301 Wähler*innen-Umfrage die Sichtbarkeit der Jusos erhöhen. Dabei soll der Fokus besonders auf den
302 Bezirken liegen, welche eine geringe Wahlbeteiligung oder eine hohe Zustimmung für
303 demokratiefeindliche Parteien aufweisen.

304 **Gewerkschaften und Bündnisarbeit**

305 Gewerkschaftliche Arbeit sowie der damit verbundene Arbeitskampf sind weiterhin wichtige
306 Bestandteile unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir weiterhin im Austausch mit den Gewerkschaften
307 und ihren Jugendorganisationen bleiben und gemeinsam für Kernanliegen der Beschäftigten kämpfen.
308 Das machen wir auch indem wir bei den Streiks unterstützen, für bessere Arbeitsbedingungen
309 mitkämpfen und den regelmäßigen persönlichen sowie digitalen Austausch mit den Vertreter*innen
310 suchen.

311 Wir erkennen an, dass Jugendauszubildenden Vertretungen (JAV) ein wichtiger Einstieg in politische
312 und gewerkschaftliche Arbeit für junge Menschen sind. Deshalb nehmen wir uns vor mit den JAVs
313 Berliner Unternehmen den Kontakt zur Zusammenarbeit zu suchen und ihre Arbeit politisch zu
314 unterstützen.

315 **WIR SIND UNTERWEGS!**

316 **Gedenkstättenfahrten und -arbeit**

317 Gedenkarbeit ist ein essenzieller Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen besonders bislang
318 unsichtbar gemachte Geschichten, wie z.B. die Schwarzer, migrantisierter, queerer oder jüdischer
319 Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Sinti*zze und Rom*nja gedenken.

320 Wir werden weiterhin gemeinsame Besuche von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in
321 und um Berlin organisieren. Dabei wollen wir so weit möglich, mit den Zeitzeug*innen ins Gespräch
322 kommen, um deren Erfahrungen und Wissen aufzunehmen und weiterzugeben. Wir werden auch in
323 den nächsten zwei Jahren wieder zu Gedenkveranstaltungen, wie z. B. zu Hanau, Rostock-Lichtenhagen,
324 Halle, der Reichspogromnacht und der Befreiung von Auschwitz aufrufen und die Organisation einer
325 jährlichen Gedenkveranstaltung zu Utøya fortführen.

326 **Stadttouren**

327 Raus aus dem Sitzungssaal und rein in die Stadt! Für die Stadttouren bieten sich zahlreiche Formate an,
328 beispielsweise eine von Kreisverbänden organisierte Tour durch verschiedene Bezirke, thematische
329 Stadtführungen zu Themen wie Queerpolitik, Barrierefreiheit und vielem mehr. Auch die Vernetzung
330 mit Bündnispartner*innen und Berliner Initiativen ist uns bei der Organisation der Stadttouren wichtig.

Delegationsreisen

Um den internationalen Austausch aktiv zu fördern, streben wir Delegationsreisen zu Schwesterorganisationen im Ausland an. Ziel ist es, neue Perspektiven auf politische, gesellschaftliche und organisatorische Fragen zu gewinnen. Auch fördern wir aktiv den Austausch zu Organisationen, die einen Besuch in Berlin planen. Dazu halten wir engen Kontakt zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zum Juso-Bundesbüro und zu IUSY, um interessierte Organisationen möglichst gut zu betreuen und langfristige Kontakte aufzubauen.

WIR SIND PRÄSENT!

CSD-Fahrten, Demos und Demotrainings

Als Jusos Berlin möchten wir weiterhin auf Demonstrationen und der Straße vertreten sein. Dabei sind wir laut gegen Nazis, gegen Queerfeindlichkeit, für eine solidarische Gesellschaft. Um unseren Mitgliedern das nötige Vorwissen zu vermitteln werden wir Demotrainings anbieten und uns gemeinsam für Demonstrationen verabreden. Dabei fahren wir auch beispielsweise auf CSDs in Brandenburg und unterstützen insbesondere kleinere Communities in ihrem Kampf.

Themenreihen und Awareness-Monate

Uns ist es wichtig, zentrale Themenmonate, wie den Black History Month, den Queer History Month, Disability History Month und Weitere Themenmonate mit inhaltlichen Veranstaltungen, Social Media-Arbeit und Vernetzungen zu begleiten. Darüber hinaus wollen wir auch andere Monate thematisch gestalten und hierdurch zum Beispiel auf aktuelle politische Themen zu reagieren oder unterbeleuchtete Themen gezielt in den Fokus zu rücken.

Kommunikation

Wir setzen auf eine dezentrale, koordinierte Social-Media-Strategie (Multiplikator*innen-/Creator*innen-Netzwerk), um Reichweite breit aufzubauen: Mitglieder und Kreise werden mit Templates, Briefings und regelmäßigen Schulungen befähigt, unsere Inhalte über eigene Profile zu verbreiten. Wir sind nicht nur sendend, sondern sichtbar im Austausch, um Reichweite außerhalb der Bubble aufzubauen. Zusätzlich schaffen wir verlässliche Strukturen (z.B. eine Social-Media-Taskforce/ein Support-Team), die Konstanz, Synergien und Kommunikation sicherstellen, damit unsere Inhalte zugänglich und zuverlässig wirken.

Begleitend zu unserem Arbeitsprogramm sind Merchandise-Artikel gute Wege, um unsere Botschaften nach außen zu vermitteln. Hiermit setzen wir auch auf die Neumitglieder*innenanwerbung. Wir werden unsere Inhalte im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf in Sticker-Designs und Plakate übersetzen.

Die verzahnte Webseite der Jusos Berlin (ein integriertes digitales Konzept, bei dem verschiedene Online-Kanäle nahtlos ineinandergreifen) ist eine wichtige Grundlage für unsere barrierefreie Zugänglichkeit und Kommunikation. Die Inhalte und die Struktur unseres Verbands sollen auf dem aktuellen Stand bleiben und zeitgemäß sein. Gleichzeitig wollen wir die Struktur der Webseite so ausbauen, dass sie eine zentrale Anlaufstelle zur Information über die Arbeit des Landesverbands, aber auch der Kreise und Arbeitskreise darstellt. Unser Ziel ist es, dass die Webseite eine gute Grundlage für die barrierefreien Angebote in Deutscher Gebärdensprache (DGS), in Leichter Sprache und Einfacher Sprache legt und den SQUAT-Standard berücksichtigt.

In unserem Newsletter, der alle zwei Monate verschickt werden sollte, sollen aktuelle Informationen und Statements zu wichtigen Themen zusammengefasst werden. Auch die nächsten Veranstaltungen

der Kreise oder die Treffen und Aktionen der verschiedenen Arbeitskreise können hier nach Wunsch aufgelistet werden. Das Ziel ist es, regelmäßig alle wichtigen Informationen und Veranstaltungen auf einen Blick zu haben.

WIR BILDEN UNS!

Soft Skills und Rhetorik-Trainings

Unser emanzipatorisches Bildungsverständnis spiegelt sich nicht nur in der Vermittlung von politisch-inhaltlichem und theoretischem Wissen. Es zeigt sich vielmehr auch darin, dass wir unsere Mitglieder befähigen, sich auf verschiedenen Wegen in gesellschaftliche Debatten und die Organisation von Gemeinschaften einzubringen. Dafür wollen wir neben regelmäßigen Rhetorik-Trainings auch Workshops zur Sitzungsleitung, zur Gestaltung von Workshops und zum Organizing anbieten. Ein Teil dieses Angebots fokussiert sich explizit auf das Empowerment von FINTAs.

Intersektionale Viertelstunde

Auch unser Verband reproduziert unterschiedliche Diskriminierungsformen. Deswegen wollen wir zu Beginn von Veranstaltungen eine Intersektionale Viertelstunde stattfinden lassen. In dieser sollen Themen wie Sexismus und Antifeminismus, Antisemitismus, Rassismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit und weitere Diskriminierungsformen in unterschiedlichen Zusammenlegungen betrachtet werden.

Neumitgliederveranstaltungen

Wir machen Neumitgliedergewinnung zur dauerhaften Aufgabe – mit regelmäßigen, niedrigschwelligen Aktionen vor Schulen, OSZ/Ausbildungsstätten, Betrieben und im öffentlichen Raum, auch jenseits von Wahlkampf. Die Kreise unterstützen wir dabei praktisch mit Handreichungen, gezielter LaVo-Unterstützung vor Ort und besserer digitaler Orientierung sowie Formaten zur Ansprache bisher unterrepräsentierter Gruppen. Damit aus Eintritt Beteiligung wird, setzen wir auf Kreisebene berlinweit ein Buddy- und Welcome-System um, und bieten als Landesverband wiederkehrende Neumitgliederformate wie Brunches, Spieleabende oder Orientierungs-Sessions an.

Lesungen und Gespräche

Gemeinsame Lese- und Diskussionskreise sind involviertere Alternativen zum übrigen inhaltlichen Sitzungsprogramm und deshalb eine wertvolle Idee für unseren Bildungsanspruch. Wichtig ist, dass dieses Angebot selbst nicht akademisch gestaltet wird. Diese Veranstaltungen sollen niedrigschwellig und zugänglich für jeden Wissensstand sein sowie intersektionalen Perspektiven und marginalisierten Stimmen einen Raum geben. Dieses Angebot fördert den Gedankenanstoß und die Diskussion gemeinsam mit marginalisierten Gruppen.

Grundwerte und Bildungsarbeit

Wir wollen als Verband unsere Mitglieder bestmöglich miteinander vernetzen und schulen. Dafür wollen wir bestehende Strukturen, wie “Kreise supporten Kreise” ausbauen. Für den aktiven Wissenstransfer werden wir Funktions- und insbesondere Awarenessschulungen anbieten. Ein besonderer Fokus soll hier auf der Ausbildung zur Vermittlung unserer Grundwerte liegen.

Veranstaltungsformate sollen immer wieder dahingehend überprüft und reflektiert werden, dass sie möglichst niedrigschwellig sind und möglichst viele Personen ansprechen. Zum Beispiel soll darauf geachtet werden, dass bestimmte Formate, wie ein klassisches “Stammtischgespräch” insbesondere für FINTA Personen, abschreckend sein können. Bei unseren Sitzungen achten wir darauf, sie so gut wie möglich für die mentale und physische Gesundheit zu gestalten.

WIR VERNETZEN UNS!

Vernetzungen

Die Unterstützung, aber auch Vernetzung untereinander von marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel FINTA Personen, Queeren Menschen, Menschen mit Behinderung, BIPOCs und jüdischen Personen im politischen Ehrenamt, sind uns ein besonderes Anliegen. Entsprechende Vernetzungen sollen regelmäßig und verstetigt, auch abseits von Kongressen und Landesdelegiertenkonferenzen, angeboten werden. Vernetzungen sind dabei ein safer space innerhalb der Partei und des Verbands, indem die jeweiligen Gruppen über ihre Erfahrungen innerhalb wie außerhalb der Partei sprechen und Kraft sammeln können.

Ostvernetzung

Unser Anspruch als Verband ist es, ostdeutsche Stimmen zu stärken und ostdeutsche Identitäten anzuerkennen. Die Ostvernetzung bietet für Menschen, die sich aus Gründen der Biografie, des Wohnorts, des Kreisverbandes oder aus beruflichen oder studienbezogenen Gründen mit dem Thema Ostdeutschland verbunden fühlen, einen Ort der Vernetzung. Zusätzlich schaffen wir einen verbandsoffenen Raum für Auseinandersetzung, Vernetzung und Diskussion. Im Mittelpunkt stehen dabei Themen wie ostdeutsche Identität, Lebensrealitäten in Ostberlin, sowie weitere gesellschaftliche und politische Fragestellungen mit ostdeutschem Bezug.

Empowerment

Analog zum Aufbau von Vernetzungen wollen wir marginalisierte Gruppen in unseren Verbandsstrukturen besonders fördern. Dafür bauen wir Empowerment-Programme auf, die marginalisierten Gruppen die Möglichkeit geben, sich untereinander zu vernetzen und durch Workshops Wissen zu erlangen und zu stärken. Diese Programme werden intersektional gestaltet, um sicherzustellen, dass die Überlappung verschiedener Formen der Diskriminierung stets berücksichtigt wird. Ziel soll es sein, die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen zu erhöhen und sie zu empowern, sich für unterschiedliche Ämter und Funktionen in der Breite des Verbandes und Gesellschaft einzubringen.

Reflexion

Diskriminierung macht auch vor unserem Jugendverband nicht halt: Unsere Mitglieder, unsere Strukturen sind gesellschaftlich geprägt und somit auch nicht frei von Diskriminierung. Um dem entgegenzuwirken und unsere Mitglieder weiterzubilden, bieten wir im Zuge der verschiedenen Vernetzungen auch Reflexionsseminare an, die Teil unseres Kampfes für die Gerechtigkeit marginalisierter Gruppen sind. Wir werden weiterhin Räume für kritische Männlichkeit, critical whiteness und Allyship, sowie antisemitismuskritische Räume anbieten. Dabei schulen wir unsere Mitglieder in einem diskriminierungs-sensiblen Umgang und dabei, ihre eigenen Privilegien zu hinterfragen, um zu Allys zu werden.

Informelle Formate

Informelle Formate, wie Lesekreise, Film- und Spieleabende sowie Treffen, bei denen es kein festgelegtes inhaltliches Programm gibt, helfen uns dabei, andere Zielgruppen anzusprechen und Neumitglieder in entspannter Atmosphäre bei uns aufzunehmen. Als politischer Verband stellen wir auch hier wichtige gesellschaftliche Themen in den Vordergrund: politische Filme und Bücher und Austauschrunden zu einem bestimmten Thema ermöglichen einen offenen Austausch, fördern politische Bildung und stärken zugleich das Gemeinschaftsgefühl innerhalb unseres Verbands.

WAHLKAMPF 2026

Im Jahr 2026 wird in Berlin auf Landes- und Bezirksebene erneut gewählt. Um die SPD und insbesondere unsere Juso-Kandidierenden zu unterstützen, möchten wir im Wahlkampf einen klaren Fokus auf das Erreichen junger Menschen legen. Dafür wollen wir neue Formate entwickeln und erproben, die sich gezielt an junge Menschen richten, etwa Nacht-Infostände, Verteilungen vor Clubs oder sogenannte „Change My Mind“-Tische. Auch Social Media soll dabei eine zentrale Rolle spielen.

Um uns dabei gegenseitig zu unterstützen, planen wir die Durchführung einer Wahlwerkstatt. Dort soll durch gegenseitiges Skillsharing unser gemeinsamer Juso-Wahlkampf vorbereitet und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig möchten wir die Wahlwerkstatt nutzen, um einen Grundstein für die Vernetzung und Unterstützung unserer Kandidierenden zu legen, die uns künftig in den Parlamenten vertreten werden.

BASISKONGRESSE

Wir wollen weiter am Format der Kongresse festhalten, diese jedoch auf eintägige Veranstaltungen fokussieren. Durch Kongresse ermöglichen wir die intensive Auseinandersetzung mit einem Themenkomplex über verschiedene Sitzungsformate hinweg. So können beispielsweise Spaziergänge, Workshops, Lesungen und Podiumsdiskussionen ein vielfältiges Programm bieten und damit eine Vielzahl an Mitgliedern mit unterschiedlichen Interessen ansprechen. So gelingt die Zusammenarbeit von Mitgliedern mit unterschiedlichen Erfahrungstufen. Die Kongresse werden aus dem Landesvorstand heraus in Zusammenarbeit mit den Kreisen und Arbeitskreisen organisiert.

VERBANDSWERKSTATT 2027

Die Verbandswerkstatt hat in unserem Verband eine Doppelfunktion. Sie ist Teil der Bildungsarbeit und Ort der Diskussion für den Verband. Dort werden Inhalte weiterentwickelt und der Austausch zwischen Genoss*innen gefördert. Wir wollen die Verbandswerkstatt 2027 nutzen, um neue Mitglieder an unsere thematischen Debatten heranzuführen und ihnen methodische Fähigkeiten zu vermitteln. Inhaltlich sind die Seminare ausgewogen von Grundsatz- und Kernthemen bis hin zu berlinbezogenen Themen anzubieten, haben aber einen gemeinsamen Überbau, bei dem wir uns konkret auf einen Grundwert beziehen. Darüber hinaus ist jedes Seminar verpflichtet, eine intersektionale queerfeministische Perspektive auf das jeweilige Thema einzubauen und zu diskutieren. Wir werden Awarenessbeauftragte und diskriminierungssensible Schutzräume, z. B. als FINTA-, BIPoC-, Menschen mit Behinderung- und Queere-Räume anbieten. Abends werden wir ein Kulturangebot anbieten.

IN DER SPD

Unser Verhältnis zur SPD bleibt kritisch-solidarisch. Allerdings müssen wir insbesondere in den letzten Jahren feststellen, dass die SPD zu oft rechte Erzählungen und eine solche Politik mitträgt anstatt für solidarische Entwicklungen einzustehen. Auch wenn die Politik der SPD oft unseren Idealen widerspricht, bleibt unser Engagement in ihr relevant, um linke Mehrheiten auch langfristig und in Parlamenten zu ermöglichen. Das Ziel unseres Engagements in der SPD ist dabei für uns immer die Durchsetzung unserer Inhalte und Ideale linker Politik. Dafür werden wir uns weiterhin auf allen Ebenen in der SPD einbringen.

IM BUNDESVERBAND

Wir wollen weiterhin als Jusos Berlin auch innerhalb des Juso-Bundesverbands sichtbar auftreten und Berliner Akzente setzen. Hierfür werden wir uns aktiv bei Veranstaltungen und Formaten auf der Bundesebene einbringen, einen guten Austausch mit anderen Landesverbänden und Bezirken pflegen und die Vernetzung nicht nur auf einer Funktionärs- sondern auch auf der Basisebene vorantreiben.

Als Jusos Berlin sind wir Mitglied der Bundes-Ostvernetzung. Gleichzeitig erkennen wir an, dass wir als Stadt mit nur teilweise ostdeutscher Geschichte und als Großstadt nicht im gleichen Maße von strukturellen Problemen betroffen sind, wie die ostdeutschen Flächenländer. Wir respektieren daher die besondere Gesamtsituation der ostdeutschen Landesverbände und stehen solidarisch an ihrer Seite. Wir achten darauf, dass Berlin in der Bundes-Ostvernetzung auch durch Personen vertreten wird, die eine ostdeutsche Biografie haben oder den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in den Berliner Ostbezirken legen.

VERBANDSVERSTÄNDNIS

Unsere Grundwerte müssen mit uns wachsen. Wir müssen stetig daran arbeiten, die Werte, die unser Selbstverständnis ausmachen, in unserer politischen Arbeit präsenter zu machen. Auch müssen wir gemeinsam überlegen, welche Weiterentwicklung dieses Selbstverständnisses möglich ist. Welche neuen Themenfelder ergeben sich? Welche Prioritäten wollen wir in unserer politischen Arbeit verfolgen? Auch unsere Grundwerte können sich aktuellen Gegebenheiten anpassen, doch nur, wenn diese von einer breiten Masse der Mitglieder gestützt werden.

Als Jusos Berlin ist es unser Anspruch, unsere Verbandsstrukturen regelmäßig auf ihre Funktionalität hin zu überprüfen und dabei insbesondere zu beachten, ob sie für marginalisierte und mehrfachbelastete Personen (wie etwa auch durch Care- oder Schichtarbeit) funktionieren.

Für uns ist klar: Mentale Gesundheit ist genauso wichtig wie körperliche Gesundheit. Auch unsere eigenen Strukturen, Veranstaltungen und Arbeitsweisen reflektieren wir kritisch hinsichtlich mentaler Belastung, aber auch hinsichtlich der Inklusion neurodivergenter Personen. Dabei versuchen wir insbesondere, für ausreichend Pausenzeiten und Rückzugsmöglichkeiten zu sorgen.

Verhältnis der Kreise

Der Landesverband der Jusos Berlin setzt sich aus seinen zwölf Kreisverbänden zusammen, die sich in ihren Strukturen, ihrer Geschichte und ihrem Mobilisierungspotential unterscheiden. So divers wie unsere Stadt ist, so divers ist auch unser Verband. Wir erkennen an, dass verschiedene Kreise mit einer Vielfalt an unterschiedlichen Herausforderungen in ihrem Wirkungsbereich konfrontiert sind. Insbesondere am Stadtrand und außerhalb des S-Bahn-Rings sind die Wege häufig weit und die Anzahl an aktiven Mitgliedern gering. Wir unterstützen diese Kreise und Kreisteile als gesamter Verband dabei, ihren Kampf fortzusetzen und Mitglieder zu gewinnen.

STRUKTUREN UND GREMIEN

In der Wahlperiode 2024/26 haben wir eine Strukturreform durchgeführt, deren Ergebnisse zur Landesdelegiertenkonferenz I/2026 beschlossen und umgesetzt werden. Die Ergebnisse dieses Beschlusses sind bindend für uns als Verband.

Landesdelegiertenkonferenz

533 Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin. Es
534 sollen mindestens zwei LDKen pro Jahr stattfinden. Zukünftig kann eine LDK nur an einem Tag
535 durchgeführt werden, falls dies aufgrund von aktuellen politischen Umständen möglich ist.

536 Wir wollen uns an die vereinbarte Tagesordnung und Planung halten, um die LDK bestmöglich
537 durchzuführen.

538 Der Landesvorstand schlägt ein Präsidium vor. Hierfür können nach Bedarf Vorschläge aus den Kreisen
539 eingeholt werden. Das Präsidium wird quotiert besetzt und auch seine Redeleitung soll so erfolgen.

540 Die Kreisverbände sind aufgerufen, eine Quotierung ihrer Delegationen ggf. durch Ergreifen geeigneter
541 Maßnahmen, bspw. der Abmeldung von Delegierten und der Verkleinerung der Delegation bis zur
542 Erreichung der Quotenvorgaben, sicher zu stellen. Wir werden Anträge, die nicht in
543 geschlechtergerechter Sprache verfasst wurden, nicht behandeln. Wir werden unquotierte
544 Delegationen weiterhin zur Rechtfertigung aufs Präsidium bitten und sie entschlossen auffordern, sich
545 eine harte Quote zu geben. Antragsteller*innen, insbesondere der Landesvorstand und die
546 Kreisverbände, sollen, wenn sie mehrere Anträge einbringen, insgesamt auf eine quotierte Einbringung
547 achten, damit Anträge nicht immer von Männern eingebracht werden. Die Redeliste beginnt strikt mit
548 der Antragsbringung, sodass, wenn ein Mann den Antrag einbringt, eine nicht-männliche Person
549 folgen muss. Mindestens eine Gegenrede ist möglich.

550 Bei der Einladung von Gastredner*innen für Grußworte hält der Landesvorstand die 50-Prozent-Quote
551 ein. Wir werden auch künftig anstreben, stets alle Anträge auf jeder Landesdelegiertenkonferenz zu
552 behandeln. Die Antragsdebatten sollen im Zentrum der LDKen stehen. Grußworte müssen in einem
553 ausgewogenen Verhältnis zur Antragsdebatte stehen und nach Möglichkeit an diese gekoppelt sein.

554 Jedes Jahr werden deutlich mehr Anträge an den Bundeskongress der Jusos entsendet, als von diesem
555 bearbeitet werden können. Wir wollen daher in Absprache mit den anderen Landesverbänden auch
556 weiterhin nur eine enge Auswahl an Anträgen an den Bundeskongress entsenden. Dies sind Anträge
557 mit sorgfältiger Analyse, die eine wichtige grundsätzliche Beschlusslage der Jusos erwirken wollen oder
558 eine neue Beschlusslage enthalten, bzw. gegensätzlich zur aktuellen stehen.

559 Im Zuge der gegenseitigen Solidarität zwischen Kreisen setzen wir uns den Anspruch, nur Anträge zu
560 stellen, die aufgrund von Lücken in unseren Beschlusslagen oder aktueller politischer,
561 wissenschaftlicher oder gesellschaftlicher Entwicklungen notwendig sind. Wir vermeiden Anträge, die
562 bestehenden Beschlusslagen nichts hinzufügen und legen stattdessen einen Fokus auf Schulung dieser
563 Beschlusslagen an unsere Mitglieder. Weiterhin halten wir daran fest, dass die Kreise die Anzahl und
564 Umfang der Anträge, welche zur LDK zur Behandlung gesendet werden, die Zahl vier nach Möglichkeit
565 nicht übersteigen soll. Mit der Antragsfrist der LDK wird eine Priorisierung der eigenen Anträge
566 eingereicht. Weitere Anträge können weiterhin bei Bedarf im eLV diskutiert und beschlossen werden.
567 Dadurch verringert sich die Arbeitslast der anderen Kreise und Mitglieder und es bleibt mehr Zeit auf
568 der LDK für Vernetzungen, Bildungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Formate.

569 Wir begreifen die LDK als Übungsraum, auch für sehr junge oder unerfahrene Genoss*innen. Niemand
570 sollte Hemmungen haben, auf der LDK auch mit unbekannten Personen über Anträge zu verhandeln
571 oder sich durch Wortbeiträge einzubringen. Wir bieten diesen Raum als Raum zum gemeinsamen
572 Erlernen von politischen Abläufen, wie es unsere Aufgabe als Jugendverband ist.

573 Der Landesvorstand wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf ausreichende Pausenregelungen und
574 eine möglichst barrierearme Ausgestaltung der Landesdelegiertenkonferenzen geachtet wird. Der
575 Landesvorstand organisiert bei Bedarf eine Kinderbetreuung.

576 Um den Austausch der Mitglieder zu verbessern, können die Kreise perspektivisch mehr in die
577 Organisation einer Verbandsparty eingebunden werden. Ziel ist, dass möglichst viele Mitglieder
578 teilnehmen können.

579 **Lenkungsgruppen zur Konzepterarbeitung**

580 Zusätzlich zu der inhaltlichen Ausarbeitung durch den Landesvorstand werden wir Lenkungsgruppen
581 aufbauen. Diese werden von bis zu zwei Mitgliedern des Landesvorstands geleitet und bestehen
582 darüber hinaus aus bis zu 8 weiteren Mitgliedern der Jusos Berlin. Die Teilnahme wird
583 zielgruppenspezifisch ausgeschrieben und vom Landesvorstand ausgewählt. Sie werden die Umsetzung
584 der Themenschwerpunkte konzeptionell begleiten.

Arbeitsbereich A: Arbeit und Soziales

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg & Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A1_1/26 Gesund, bezahlbar, solidarisch: Kiezkantinen in jedem Bezirk

Begründung:

Gutes, gesundes und bezahlbares Essen ist keine Luxusfrage, sondern ein soziales Grundrecht. In einer Stadt, in der fast jede fünfte Person von Armut betroffen oder bedroht ist und die Lebensmittelpreise kontinuierlich steigen, wird der Zugang zu vollwertiger Ernährung zunehmend zu einer Frage sozialer Gerechtigkeit. Gleichzeitig zeigen Studien einen klaren Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit: Menschen mit niedrigem Einkommen leiden häufiger an ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Adipositas.

Berlin braucht eine Ernährungswende, die sozial gerecht und gesundheitsfördernd ist. Kiezkantinen können dabei ein zentraler Baustein sein: Als niedrigschwellige, öffentlich zugängliche Orte schaffen sie nicht nur Zugang zu gesunder Ernährung für alle, sondern fördern auch den sozialen Zusammenhalt in den Kiezen, ermöglichen Begegnung und tragen zur Gesundheitsprävention bei.

Soziale Gerechtigkeit

Fast 20 Prozent der Berliner*innen sind von Armut betroffen oder bedroht. Die steigenden Lebensmittelpreise treffen gerade Familien, Rentner*innen, Studierende und Erwerbslose besonders hart. Kiezkantinen bieten diesen Menschen Zugang zu gesunder, vollwertiger Ernährung, ohne sie zu stigmatisieren. Anders als Tafeln, die auf Bedürftigkeitsprüfungen setzen, sind Kiezkantinen für alle offen und schaffen damit soziale Teilhabe für alle. Deswegen sollen Kiezkantinen und Tafeln auch nicht in Konkurrenz zueinander existieren, sondern Kiezkantinen eine Ergänzung zu bestehenden Systemen bieten.

Gesundheitsprävention und Chancengleichheit

Studien belegen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit gibt. Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status leiden deutlich häufiger an ernährungsbedingten Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Adipositas und bestimmten Krebsarten. Dies liegt unter anderem daran, dass gesunde, frische Lebensmittel oft teurer sind als hochverarbeitete Produkte. Kiezkantinen können durch den niedrigschwelligen Zugang zu ausgewogenen, vollwertigen Mahlzeiten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsprävention leisten und damit langfristig auch das Gesundheitssystem entlasten. Besonders Kinder und Jugendliche profitieren von regelmäßigen, gesunden Mahlzeiten, die ihre körperliche und kognitive Entwicklung fördern.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Berlin ist eine vielfältige, aber oft auch anonyme Stadt. Kiezkantinen schaffen Orte der Begegnung, an denen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einkommensgruppen und Generationen zusammenkommen. Sie stärken das Gemeinschaftsgefühl und wirken sozialer Isolation entgegen.

Inklusion und Beschäftigung

Kiezkantinen können wichtige Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen schaffen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Das Beispiel der Kiezkantine Prenzlauer Berg zeigt, wie Menschen mit psychischen Erkrankungen durch flexible Arbeitszeiten und individuelle Förderung wieder an das Arbeitsleben herangeführt werden können.

Anknüpfung an bestehende Strukturen

Mit der Berliner Ernährungsstrategie und der „Kantine Zukunft Berlin“ existieren bereits politische Rahmenbedingungen und Beratungsstrukturen. Kiezkantinen können diese Ansätze ergänzen und auf Kiez-Ebene erlebbar machen.

Forderungen:

Als Jusos Berlin fordern wir:

1. Aufbau eines berlinweiten Netzwerks von Kiezkantinen

- In jedem Berliner Bezirk sollen mindestens zwei öffentlich zugängliche Kiezkantinen eingerichtet werden, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen offenstehen.
- Die Kantinen sollen in bestehenden Gemeinschaftsräumen, Nachbarschaftszentren, Stadtteilzentren oder ähnlichen Einrichtungen angesiedelt werden.
- Ein solidarisches Bezahlungssystem (Pay-what-you-can / Spendenmodell) soll sicherstellen, dass niemand ausgeschlossen wird.

2. Verlässliche öffentliche Finanzierung

- Das Land Berlin richtet ein Förderprogramm „Kiezkantinen Berlin“ ein, das den Aufbau und den laufenden Betrieb von Kiezkantinen finanziell absichert.
- Bestehende Projekte wie die Kiezkantine Prenzlauer Berg erhalten rückwirkend eine verlässliche Finanzierung für ihren laufenden Betrieb.
- Die Bezirke werden verpflichtet, geeignete Räumlichkeiten kostenfrei oder kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

3. Verknüpfung mit der Berliner Ernährungsstrategie

- Kiezkantinen sollen als integraler Bestandteil der Berliner Ernährungsstrategie verankert werden und eng mit der „Kantine Zukunft Berlin“ zusammenarbeiten.
- Die Kantinen setzen auf regionale, saisonale, ökologische Lebensmittel mit hohem Bio-Anteil und ausgewogene Ernährung nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE).
- Die Zusammenarbeit mit lokalen Produzent*innen, der solidarischen Landwirtschaft und Foodsharing-Initiativen wird gefördert.

4. Soziale und inklusive Ausrichtung

- Kiezkantinen sollen bewusst als Orte der Begegnung, Inklusion und Integration gestaltet werden.
- Sie bieten Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt benachteiligt sind (z.B. Menschen mit psychischen Erkrankungen, Langzeitarbeitslose, Geflüchtete).
- Die Kantinen werden barrierefrei gestaltet und berücksichtigen unterschiedliche Ernährungsbedürfnisse (vegetarisch, vegan, halal, kosher, allergikerfreundlich).

5. Partizipation und demokratische Mitgestaltung

- 76 • Die Gestaltung und Organisation der Kiezkantinen erfolgt partizipativ unter Einbeziehung der
- 77 Anwohner*innen, lokaler Initiativen und Ernährungsräte.
- 78 • Ehrenamtliches Engagement wird gefördert und anerkannt.
- 79 • Die Kantinen bieten auch Bildungsangebote zu gesunder Ernährung, Kochen und
- 80 Lebensmittelverschwendung an.

81 **6. Pilotprojekte und Evaluation**

- 82 • Zunächst werden in verschiedenen Bezirken Pilotprojekte gestartet, die wissenschaftlich
- 83 begleitet und evaluiert werden.
- 84 • Erfolgreiche Modelle werden anschließend auf ganz Berlin ausgeweitet.

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A2_1/26 Gerechte Politik für alle Menschen in Berlin – raus aus der untererfassten Metropole

Wir alle merken es im Alltag in Berlin: Die Stadt funktioniert nicht so, wie sie sollte. Das hat vielfältige Gründe, einer davon liegt aber in der Statistik: Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ermittelt regelmäßig die offizielle Bevölkerung beider Bundesländer, dabei wird zwischen zwei Kennzahlen unterschieden:

- Bei der Bevölkerungsfortschreibung wird die erfasste Bevölkerung anhand des letzten Zensus durch Geburten- und Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge aktualisiert und fortgeschrieben. Daraus ergibt sich für 2024 eine Bevölkerung von 3.685.265. Diese Methode ist in allen Bundesländern einheitlich und ermöglicht daher deutschlandweite Vergleichbarkeit, wird aber immer fehleranfälliger, je mehr Zeit seit dem Zensus vergangen ist. Der Zensus wird ca. alle zehn Jahre durchgeführt. Dabei werden stichprobenhaft Haushalte abgefragt. Beim letzten Zensus 2022 wurden 10,6 Millionen Menschen direkt befragt. Diese Zahlen werden mit dem Melderegister-Zahlen verrechnet.
- Die Einwohnerregisterstatistik gibt an, wie viele Menschen in Berlin und den einzelnen Bezirken gemeldet sind. Zuletzt waren es Ende 2024 3.897.145 Einwohner*innen in Berlin.

Diese und ähnliche Statistiken werden landes- wie bundespolitisch als Grundlage zahlreicher politischer Entscheidungen genommen, etwa bei der Kapazitätsplanung öffentlicher Infrastruktur oder bei der Verteilung von Bundesgeldern auf die Länder.

Die Unterschiede zwischen beiden Zahlen sind auf Fehler sowohl in der Methodik der Bevölkerungsfortschreibung als auch in der Meldestatistik zurückzuführen. Das Problem: Beide Statistiken schaffen es nicht, darzustellen, wie viele Menschen wirklich in Berlin leben. Erfasst wird nicht die Zahl der Menschen, die tatsächlich in einer Stadt leben und tagtäglich ihre Infrastruktur nutzen, sondern die Zahl derer, die mit ihrem Hauptwohnsitz dort gemeldet sind. Nicht erfasst werden Menschen, die ihren Zweitwohnsitz in Berlin haben, Zugezogene, die noch nicht umgemeldet sind, Geflüchtete, die melderechtlich nicht erfasst oder einer anderen Kommune zugewiesen sind oder Wohnungslose, die oft gar nicht gemeldet sind. Schätzungen zufolge leben etwa 400.000 – 600.000 Menschen mehr in Berlin als offiziell angegeben. Sie alle nutzen die öffentliche Infrastruktur: Straßen, ÖPNV, Krankenhäuser, Schulen etc. Durch Pendler*innen aus dem Umland und Tourist*innen erhöht sich der Druck auf die öffentliche Infrastruktur noch weiter.

Dieses grundsätzliche Problem tritt in vielen deutschen Großstädten auf, aber sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen nirgendwo so stark wie in Berlin: Der Anteil dieser sogenannten „unsichtbaren Bevölkerung“ liegt hier bei ca. 10-15% der Gesamtbevölkerung, in Großstädten wie Hamburg oder München wird er auf ca. 5-8% geschätzt.

Als Positivbeispiel für eine bessere statistische Erfassung kann Frankreich dienen: Hier werden von der Statistikbehörde INSEE für die Bevölkerung von Städten und Kommunen insgesamt drei Kennzahlen erfasst und angegeben:

- Population municipale: Meldestatistik, vergleichbar mit der Einwohner*innenstatistik in Deutschland
- Population totale: Tatsächliche Alltagsbevölkerung, die erfasst, wie viele Menschen sich dauerhaft und regelmäßig in der Stadt aufhalten
- Population touristique: Erfasst zusätzlich Tourist*innen und Personen, die sich nur saisonal in einer Stadt aufhalten. Erfasst damit auch saisonale Schwankungen der tatsächlichen Bevölkerung

Die Situation auf Landesebene

Das Problem ist seit Langem bekannt, es fehlt aber bislang an politischen Mehrheiten, gerechtere Lösungen zu finden. In den letzten Jahren hat sich die Diskrepanz zwischen erfasster und tatsächlicher Bevölkerung durch den starken Zuzug nach Berlin verschärft. Ein ewiges Aussitzen des Problems ist für uns nicht hinnehmbar, wir fordern echte Lösungen!

Wir begrüßen bisher in der Praxis durchgeführte Ansätze, das Problem der Untererfassung zu umgehen. So werden beispielsweise benötigte Krankenhauskapazitäten nach tatsächlichem Fallaufkommen statt nach Einwohner*innenzahl bestimmt. Auch die benötigten ÖPNV-Kapazitäten werden nach Fahrgastaufkommen ausgelegt, nicht aber deren Finanzierung. Diese Ansätze sind in der Praxis wirksam, bekämpfen aber nur Symptome, ohne das zugrundeliegende Problem zu beheben. Außerdem führen sie oft zu einer chronischen Unterfinanzierung. Daher fordern wir eine grundlegende statistische Neuerfassung der Bevölkerung als Grundlage von Planungen in der Landespolitik. Das heißt konkret:

- Die Erfassung der tatsächlichen Alltagsbevölkerung zusätzlich zur Meldestatistik nach französischem Vorbild. Beide Kennzahlen sollen regelmäßig von staatlicher Seite aus erfasst und veröffentlicht werden.
- Eine zusätzliche Erfassung der Personen, die sich zu Spitzenzeiten in Berlin aufhalten, beispielsweise im Sommer oder zu Semesterbeginn an den Hochschulen
- Die Planung der benötigten Kapazitäten öffentlicher Infrastruktur anhand der Alltagsbevölkerung, nicht der Meldebevölkerung, dies umfasst:
 - Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, z.B. Feuerwehr
 - Gesundheitsversorgung, z.B. Zahl der Krankenhausbetten, Kassenplätze für Therapeut*innen
 - Plätze in Kitas und Schulen
 - ÖPNV
 - Öffentliche Verwaltung und Bürgerämter
 - Öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Abfall, Wasser und Energie
 - Bedarfsprognosen für Wohnraum
- Ausreichend finanzielle Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben. Dies umfasst explizit auch eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln für die Bezirke

Uns ist bewusst, dass die Erfassung der Alltagsbevölkerung ungenauer und fehlerbehafteter ist als die Meldestatistik. Kleine Fehler in den Schätzungen sind aber besser als eine dauerhafte systematische Untererfassung von über 10%.

Der bundespolitische Blick

Die systematische Untererfassung von Großstädten führt in der Praxis dazu, dass insbesondere die Stadtstaaten weniger Bundesmittel erhalten als ihnen zusteht, sei es bei der Verteilung des

79 Sondervermögens, beim Länderfinanzausgleich oder bei weiteren Bundeszuweisungen. Auch etwa
80 Berlins Anteil an der Umsatzsteuer wird über die Bevölkerungsfortschreibung ermittelt. Daran
81 wiederum orientieren sich auch wichtige Förderungen des Bundes, wie zur Umsetzung des
82 Gewalthilfegesetzes.

83 Für jede in Berlin lebende Person stehen also im Schnitt 10-15% weniger finanzielle Mittel zur
84 Verfügung als im Bundesdurchschnitt. Für die Bereitstellung einer guten Infrastruktur bedarf es aber
85 auch einer ausreichenden Finanzierung. Dabei ist für uns klar, dass jeder Mensch gleich viel wert ist
86 und dies sich auch in der Finanzierung widerspiegeln muss. Wir fordern daher:

- 87 • nach französischem Vorbild die Einführung einer zwischen Bund und Ländern einheitlich
88 anerkannten und regelmäßig erfassten Statistik zur Alltagsbevölkerung von Ländern und
89 Kommunen zusätzlich zur Meldestatistik
- 90 • die Verteilung von Bundesmitteln auf Länder und Kommunen nach Alltagsbevölkerung statt
91 Meldebevölkerung, um so den tatsächlichen Bedarf an öffentlicher Infrastruktur besser
92 abbilden zu können

93 Vom aktuellen System profitieren neben wohlhabenden Ländern im Süden auch strukturschwache und
94 ländlich geprägte Länder, vor allem im Osten. Daher muss solch eine Mittelverschiebung mit einer
95 gleichzeitig eingeführten stärkeren finanziellen Förderung für strukturschwache und ländliche Räume
96 einhergehen.

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A3_1/26 Einsamkeit ist eine soziale Frage – niemand soll allein bleiben müssen!

Einsamkeit hat sich in unserer Gesellschaft zu einem drängenden Problem entwickelt. Aktuellen Studien zufolge fühlt sich fast jeder zweite junge Mensch in Deutschland einsam. In Europa insgesamt berichten 57 % der 18- bis 35-Jährigen von moderater bis starker Einsamkeit. Ein alarmierender Wert, der zeigt, dass die seit der Corona-Pandemie erhöhte Einsamkeit unter jungen Menschen anhält. Einsamkeit ist damit längst kein Schicksal, nur vereinzelt Betroffener mehr, sondern ein Massenphänomen in der Mitte der Gesellschaft. Junge Menschen sind ähnlich stark betroffen wie ältere. Dieser Befund ist kein Zufall, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen, auf die Politik eine Antwort finden muss.

Jugend in der Einsamkeit

Die Einsamkeit junger Menschen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Während der Pandemie erlebte sie einen drastischen Höhepunkt. Im ersten Corona-Jahr fühlten sich dreimal so viele Menschen einsam wie zuvor und auch nach Aufhebung der Maßnahmen liegen die Quoten weiter über dem Vorkrisenniveau. Viele Jugendliche und junge Erwachsene stehen unter hohem Druck in Ausbildung, Studium oder Job, ziehen für Karriere und Bildung häufig in fremde Städte und müssen sich soziale Netzwerke immer wieder neu aufbauen. Zugleich erzeugt die allgegenwärtige digitale Kommunikation neue Probleme: Soziale Medien suggerieren ständig, alle anderen hätten ein erfülltes Sozialleben. Wer da nicht mithalten kann, fühlt sich umso isolierter. Die Schwelle, persönliche Kontakte im „echten Leben“ zu knüpfen, ist höher geworden. Hinzu kommen finanzielle Hürden: Wer wenig Geld hat, kann sich Freizeitaktivitäten, Reisen oder Ausgehen, alles Gelegenheiten, um Leute zu treffen, oft nicht leisten. Einsamkeit ist somit auch eine soziale Frage im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit: Armut und unsichere Lebensverhältnisse begünstigen Vereinsamung. Umgekehrt sind höhere Bildung und wirtschaftliche Sicherheit nachweislich Schutzfaktoren, weil sie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern.

Gesamtgesellschaftliches Problem

Einsamkeit macht vor keiner Altersgruppe Halt. Nach wie vor sind auch viele Senior*innen einsam. Insbesondere Menschen, denen Partner*in oder Freundeskreis weggebrochen sind, oder Ältere mit geringem Einkommen. Altersarmut verstärkt die Gefahr der Vereinsamung deutlich. Gleichzeitig zieht sich Einsamkeit durch alle Generationen und Milieus. FINTA-Personen berichten häufiger von Einsamkeit als Männer, Singles und Alleinlebende sind stärker betroffen als Familienmenschen, und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen kämpfen oft mit sozialer Isolation. Menschen mit Migrationsgeschichte, BiPoCs oder queere Menschen sind dabei besonders häufig von Einsamkeit betroffen, die durch Diskriminierung verstärkt wird.

Berlin als „Hauptstadt der Einsamkeit“

In Berlin fühlen sich vergleichsweise besonders viele isoliert, weshalb Berlin in Medien bereits als „Hauptstadt der Einsamkeit“ bezeichnet wird. Allein die hohe Zahl von über 50 % Single-Haushalten in Berlin verdeutlicht, wie viele Menschen potenziell ohne tägliche Ansprechperson leben. Doch Einsamkeit ist mehr als nur allein zu wohnen. Sie bedeutet, dass soziale Beziehungen fehlen oder als

unzureichend empfunden werden. Dieses Gefühl der sozialen Leere ist für die Betroffenen schwerwiegend, und es darf von der Politik nicht länger als privates Problem abgetan werden.

Gesundheitliche und gesellschaftliche Folgen

Chronische Einsamkeit ist nicht harmlos, sondern macht auf Dauer krank. Sozial isolierte Menschen haben ein deutlich höheres Risiko für psychische Erkrankungen wie Depressionen und Angststörungen. Auch körperlich sind die Auswirkungen dramatisch. So erhöht Einsamkeit das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Schlaganfällen um rund 30 %, und anhaltende Isolation ist so schädlich für die Gesundheit wie das Rauchen von 15 Zigaretten täglich. Studien zeigen zudem eine Verbindung zwischen Einsamkeit und einem erhöhten Risiko für Demenz im Alter sowie Suizid. Einsamkeit ist somit ein stiller Killer. Sie verkürzt Lebenszeit und Lebensqualität.

Darüber hinaus untergräbt eine vereinsamte Gesellschaft ihren eigenen Zusammenhalt. Menschen, die sich dauerhaft ausgeschlossen fühlen, verlieren das Vertrauen in die Gemeinschaft. Das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft leidet und Einsamkeit kann so zu einem politischen Problem werden: Wer keine Bindungen spürt, fühlt sich vom demokratischen Gemeinwesen nicht vertreten. Untersuchungen warnen, dass Vereinsamung Misstrauen und politische Entfremdung fördert und anfälliger für radikale Ansichten macht. Es geht also nicht „nur“ um individuelles Wohlbefinden, sondern um gesellschaftliche Stabilität und Demokratie. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich immer mehr Menschen ins soziale Abseits zurückziehen und so womöglich anfällig werden für extremistisches Gedankengut oder Versprechungen autoritärer Bewegungen, weil ihnen Gemeinschaft und Halt fehlen. Einsamkeit zu bekämpfen, heißt, sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Politischer Handlungsauftrag

Dass in einem wohlhabenden Land wie Deutschland tausende Menschen im Stillen an Einsamkeit leiden, ist ein unhaltbarer Zustand. Der Anspruch muss deswegen klar formuliert werden: Niemand soll allein bleiben müssen! Einsamkeit ist kein persönliches Versagen und auch kein unvermeidliches Schicksal, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung, die wir gemeinsam angehen können. Andere Länder haben das bereits erkannt. Großbritannien etwa hat 2018 als erstes Land der Welt ein eigenes Ministerium und eine Beauftragte für Einsamkeit geschaffen, um staatliche Maßnahmen gegen Isolation zu koordinieren. In Japan gibt es seit 2021 ebenfalls einen Regierungsbeauftragten für Einsamkeit, nachdem die Suizidraten während der Pandemie alarmierend stiegen. Auch in Deutschland hat das Thema inzwischen politische Aufmerksamkeit erlangt: Ende 2023 hat die Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie gegen Einsamkeit mit über 100 Einzelmaßnahmen beschlossen. Im Zentrum steht dabei die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders, etwa durch Förderung von Mehrgenerationenhäusern, dem Ausbau von Beratungsangeboten und dem neuen Kompetenznetz Einsamkeit zur Vernetzung von Wissenschaft und Praxis. Diese ersten Schritte begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings richten sich viele der bestehenden Programme vor allem an Senior*innen. Spezifische Ansätze für jüngere Menschen fehlen bislang weitgehend. Wir fordern daher, die Bekämpfung von Einsamkeit in allen Altersgruppen entschlossen voranzutreiben. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen gefragt.

Wohnen neu denken - gemeinschaftlich und nachhaltig

Da wir den Großteil unserer Freizeit in den eignen vier Wänden verbringen, müssen wir bei der Bekämpfung von Einsamkeit insbesondere das Wohnen neu denken - gemeinschaftlich und nachhaltig. Alternative, gemeinschaftliche Wohnformen auch über das klassische WG-Alter hinaus können helfen, Einsamkeit im Alltag spürbar zu reduzieren. Unterschiedliche Wohnkonzepte können dabei passgenau

auf die verschiedenen Wünsche und Bedürfnisse in den jeweiligen Lebensphasen zugeschnitten werden. Von geteilten Gärten- und Balkonflächen über Gemeinschaftsräume im Haus oder geteilte Küchen für zwei oder mehr Parteien bis hin zu tatsächlichen WGs für alle Altersgruppen lassen sich alle möglichen Lösungen realisieren. Die moderne Architektur bietet hierfür bereits zahlreiche überzeugende Ansätze, und Initiativen, wie das Mietshäusersyndikat oder CoHousing Berlin, zeigen, wie solche Vorhaben in der Praxis funktionieren können.

Land und Bund sind in der Pflicht, hier Verantwortung zu übernehmen, solche Wohnformen aktiv zu fördern und selbst anzubieten. Auf Landesebene sollte die Stärkung lebendiger Quartiere im Mittelpunkt stehen: Wo Flächen gemeinschaftlich genutzt werden, entstehen niedrigschwellig zugängliche Begegnungsräume.

Dabei kann gemeinschaftliches Wohnen auf weniger Fläche nicht nur zur Bekämpfung des Wohnraummangels, sondern auch zu mehr Nachhaltigkeit beitragen. In einer dicht besiedelten Stadt wie Berlin lässt sich die Pro-Kopf-Wohnfläche verringern. Autos oder große Elektrogeräte wie Waschmaschinen und Kühlschränke können gemeinsam genutzt werden.

Schließlich muss auch an die Ältesten gedacht werden, denn unter Senior*innen ist Einsamkeit besonders verbreitet. Jeder ältere Mensch sollte die Möglichkeit haben, in einem Seniorenwohnheim zu leben, das nicht nur Pflege bietet, sondern durch Treffpunkte und Socializing-Angebote Gemeinschaft stärkt. Hier muss der Sozialstaat massiv investieren, um solche Wohnformen für alle bezahlbar zu machen.

Begegnen - Konsumfreie Treffpunkte für alle Generationen

Auch außerhalb des eigenen Zuhauses brauchen wir Treffpunkte, die jede*r kostenlos nutzen kann, um sich mit seinen Freund*innen zu treffen oder neue Kontakte zu knüpfen. Dabei spielen Stadtteiltreffs eine wichtige Rolle und sollten unbedingt weiter gestärkt werden. Zudem können beispielsweise bestehende Bibliotheken ausgebaut werden: mit schönen und kostenfreien Aufenthaltsräumen, in denen alle Altersgruppen lesen, arbeiten, spielen oder einfach zusammensitzen können. Kostenlos ausleihbare Geräte, Spiele oder Instrumente, die sich nicht jede*r selbst leisten kann, können soziale Ungleichheiten ausgleichen und Zusammenhalt stärken.

Auch im Freien brauchen wir solche kostenlosen Begegnungsräume: schön gestaltete Parks, Grillstellen und frei zugängliche Sport- oder Spielgeräte sowie ansprechende Plätze in Städten können Aufenthaltsqualität schaffen, die Menschen ausdrücklich einlädt, statt sie zu verdrängen. Dazu gehört, an bestimmten, klar definierten Orten auch ein gewisses Maß an Lautstärke, Musikboxen und lebendigem Treiben zu tolerieren. Wo viele Menschen zusammenkommen, entsteht unvermeidlich auch Müll – statt dies als Argument gegen Nutzung zu verwenden, sollten die Bezirke gute Abfallkonzepte bereitstellen. So werden öffentliche Räume zu attraktiven Begegnungsorten für alle, die Einsamkeit im Alltag wirksam entgegenwirken können.

Von Vorbildern lernen

Einige Kommunen und Bezirke gehen mit gutem Vorbild voran. So hat Reinickendorf 2024 als bundesweit erster Bezirk einen hauptamtlichen Einsamkeitsbeauftragten eingestellt. Diese Stelle dient als zentrale Anlauf- und Koordinationsperson, um vor Ort Strategien gegen Einsamkeit zu entwickeln, Akteur*innen zu vernetzen und Präventionsprojekte ins Leben zu rufen. Daran wollen wir anknüpfen. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen, damit niemand in unserem Land und unserer Stadt mit seinem Alleinsein allein gelassen wird.

Deshalb fordern wir:

Auf Bezirks- und Landesebene

- In allen Berliner Bezirken soll eine Ansprechperson gegen Einsamkeit etabliert werden. Diese koordiniert vor Ort Präventionsmaßnahmen, vernetzt soziale Träger, Initiativen und Nachbarschaftsprojekte und entwickelt Konzepte.
- Die Bezirke sollen dafür jeweils eine Strategie gegen Einsamkeit erarbeiten und mit ausreichenden Ressourcen ausstatten.
- Der Senat wird aufgefordert, ein Landesprogramm gegen Einsamkeit aufzulegen.
 - Dieses soll kommunale Aktivitäten fördern und berlinweit bündeln. Konkret brauchen wir mehr Begegnungsstätten und Nachbarschaftszentren, die niedrigschwellige Angebote für einsame Menschen jeden Alters bereithalten, von generationenübergreifenden Begegnungscafés bis zu kulturellen Freizeitgruppen.
 - Berlin soll zudem eine jährliche Aufklärungskampagne starten, um über Einsamkeit zu informieren, Vorurteile abzubauen und Betroffene zu ermutigen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. In Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten sollen Präventionsprogramme gegen soziale Isolation verankert werden.
 - Quartiere sollen gestärkt werden. Bei der Stadtplanung soll der Fokus auf lebendigen Quartieren liegen, die Begegnungsräume schaffen, in denen Menschen ihren Alltag auf niedrigschwellige Weise gemeinschaftlich leben können.
 - Hierfür sollen:
 - Bezirksbibliotheken ausgebaut und mit attraktiven Aufenthaltsräumen sowie kostenlos ausleihbaren Geräten, Spielen und Musikinstrumenten ausgestattet werden.
 - Treffpunkte im Freien wie Parks oder Plätze verschönert und mit beispielsweise Grillstellen und kostenlos ausleihbaren Spiel- und Sportgeräteboxen ausgestattet werden.
 - Durch ein Umdenken in der Kultur soll an bestimmten Orten eine höhere Toleranz für Lärm, Musikboxen und Menschenmengen zum Standard werden. Sperrstunden oder Musikboxen-Verbote vertreiben Menschen, statt soziale Zusammenkünfte zu ermutigen.
 - Beim Bau von neuem Wohnraum soll besonders auf gemeinschaftliche Wohnformen gesetzt werden, die für alle Generationen attraktiv und bezahlbar sind.
 - Der Senat soll sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass urbane Ballungsräume mit hohen Einsamkeitsraten, zB Berlin, besondere Unterstützung bei der Umsetzung von Anti-Einsamkeits-Maßnahmen erhalten.

Auf Bundesebene:

- SPD-Bundestagsfraktion und Bundesministerien sollen die im Dezember 2023 gestartete Bundesstrategie gegen Einsamkeit mit Nachdruck umsetzen und weiterentwickeln. Dabei muss explizit die Lebenswelt junger Menschen berücksichtigt werden, indem z. B. Patenschafts- und Mentor*innenprogramme, die einsame Jugendliche mit Ehrenamtlichen zusammenbringen, geschaffen werden.

- 165 ○ Wir fordern die Einsetzung eines*r Bundesbeauftragten für die Bekämpfung von
166 Einsamkeit, der*die die Maßnahmen koordiniert und deren Fortschritt regelmäßig
167 evaluiert.
- 168 ○ Einsamkeit soll als fester Aspekt in die Gesundheitspolitik integriert werden:
169 Ärzt*innen und psychosoziale Beratungsstellen müssen für das Thema sensibilisiert
170 werden und Betroffene aktiv auf Unterstützungsangebote hinweisen.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

A4_1/26 Mehr Median wagen – Wohlstand an der Realität der Mehrheit messen

Beschlussvorschlag

Die Jusos Treptow-Köpenick fordern, dass die SPD sich auf allen Ebenen – lokal, bundesweit und in Europa – dafür einsetzt, dass Median-Indikatoren in den Vordergrund der politischen Berichterstattung und Entscheidungsfindung gestellt werden.

Deshalb fordern wir:

- in allen offiziellen Regierungsberichten (z. B. Jahreswirtschaftsbericht, Armuts- und Reichtumsbericht) Median-Einkommen, Median-Vermögen und Medianlöhne verpflichtend neben dem BIP pro Kopf auszuweisen;
- dafür zu sorgen, dass diese Kennzahlen in der öffentlichen Kommunikation stärker betont werden, um die Lebensrealität der Mehrheit sichtbar zu machen;
- sich auf EU-Ebene für eine Verankerung von Median-Indikatoren im Europäischen Semester stark zu machen, um die soziale Dimension der EU zu stärken;
- wissenschaftliche Institute (z. B. DIW, Hans-Böckler-Stiftung) zu beauftragen, regelmäßig Verteilungsberichte vorzulegen, die Medianwerte ins Zentrum stellen.

Vergleich BIP pro Kopf und Medianwerte

Wenn man sich das BIP pro Kopf in Deutschland anschaut, lag dies 2024 bei 51.833 €. Rechnet man z. B. die Top 10 % der Einkommen heraus, wäre man nur noch bei ca. 36.300 €. Betrachtet man aber noch das Medianeinkommen – also das Einkommen, das in der Verteilung genau in der Mitte liegt (50 % darüber und 50 % darunter) – ist man nur noch bei knapp 26.000 €. Das ist nur noch knapp die Hälfte des BIP pro Kopf und verdeutlicht, wie verzerrt die Darstellung ist.

Begründung:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist ein international üblicher Wohlstandsindikator. Allerdings handelt es sich dabei um einen Durchschnittswert, der durch extreme Spitzen nach oben verzerrt ist. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist diese Zahl kaum aussagekräftig.

- Studien des DIW Berlin zeigen, dass die Einkommen im obersten Dezil (Top 10 %) in den letzten Jahrzehnten weit stärker gewachsen sind als die Einkommen der unteren 50 % (Grabka & Goebel 2022).
- Der OECD-Bericht „Under Pressure: The Squeezed Middle Class“ (2019) belegt, dass die Mitte der Gesellschaft seit Jahren stagniert, während die Oberschicht ihren Wohlstand ausgebaut hat.
- Laut dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021) liegt das Median-Nettovermögen in Deutschland bei ca. 70.000 €, während der Durchschnitt durch Milliardär:innen auf über 230.000 € getrieben wird – eine Verzerrung, die soziale Ungleichheit verschleiert.

35 Wenn wir ernst nehmen, dass die SPD „die Partei der Mehrheit“ ist, dann müssen wir auch die
36 Messinstrumente ändern: Weg von Durchschnittszahlen, hin zu Indikatoren, die wirklich zeigen, wie es
37 der Mitte und den unteren Einkommensgruppen geht.

38 Medianwerte sind deshalb nicht nur ökonomisch präziser, sondern auch politisch ehrlicher. Sie machen
39 sichtbar, dass die „gefühlte Ungerechtigkeit“ vieler Menschen keine Einbildung ist, sondern in den
40 Statistiken selbst steckt.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

A5_1/26 Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen – Kooperation mit den Tafeln stärken

Die Jusos Treptow-Köpenick fordern, dass die SPD sich auf allen Ebenen dafür einsetzt, Lebensmittelverschwendung verbindlich zu reduzieren und gleichzeitig die bestehende Zusammenarbeit zwischen Supermärkten und gemeinnützigen Organisationen wie den Tafeln zu stärken. Dabei sollen nicht reine Zwangsmaßnahmen im Zentrum stehen, sondern transparente Nachweise, digitale Lösungen und positive Anreize.

Deshalb fordern wir:

- **Nachweisbare Abgabe statt Entsorgung:** Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte ab einer Verkaufsfläche von 400 qm sollen verpflichtet werden, nachzuweisen, dass genießbare, aber nicht verkaufte Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen abgegeben werden.
- **Digitale Lieferscheine über die Tafel-App:** Die bereits von der Berliner Tafel genutzte App zur Erfassung von Abholungen und Spenden soll bundesweit als Standard etabliert werden. Digitale Lieferscheine ersetzen langfristig alle Papierdokumente und ermöglichen eine transparente, effiziente Dokumentation.
- **Anreize für engagierte Märkte statt reiner Sanktionen:** Da viele Supermärkte bereits spenden und der Umfang oft von der jeweiligen Marktleitung abhängt, sollen positive Anreize geschaffen werden – z. B. steuerliche Erleichterungen, Förderprogramme oder öffentlich sichtbare Auszeichnungen („Lebensmittelretter-Markt“).
- **Technologische Unterstützung für die Tafel-Logistik:** Gemeinnützige Organisationen wie die Tafeln sollen beim Ausbau digitaler Strukturen unterstützt werden. Künstliche Intelligenz kann bei Tourenplanung, Lageroptimierung und Angebots-Nachfrage-Abgleich helfen und so die Verteilung der Lebensmittel effizienter machen.
- **Strukturelle Förderung der Tafeln:** Bund und Länder sollen Förderprogramme ausweiten, damit die Tafeln steigende Lebensmittelmengen logistisch, finanziell und personell bewältigen können.

Begründung:

In Deutschland werden jährlich rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel entsorgt – etwa 20 % des gesamten Nahrungsmittelverbrauchs. Ein relevanter Teil davon fällt im Handel an, während die Nachfrage bei den Tafeln steigt.

Reine Zwangsmaßnahmen gegenüber Unternehmen greifen zu kurz. Viele Supermärkte arbeiten bereits mit den Tafeln zusammen; der Umfang hängt jedoch stark vom Engagement der Marktleitenden ab. Wichtig ist daher nicht, die Unternehmen zusätzlich zu belasten, sondern die Zusammenarbeit einfacher, nachweisbarer und attraktiver zu gestalten.

Die Einführung digitaler Lieferscheine über die Tafel-App erleichtert die Dokumentation, senkt den Aufwand und sorgt für Transparenz über abgegebene Lebensmittel. So können Spenden geprüft, erfasst und statistisch ausgewertet werden.

36 Die Logistik der Tafeln wird zunehmend komplexer. KI-gestützte Tourenplanung und Lagerverwaltung
37 haben sich bereits als effizient erwiesen und können bundesweit dazu beitragen,
38 Lebensmittelverschwendung weiter zu verringern und Spenden bedarfsgerecht zu verteilen.

39 Durch eine Kombination aus Nachweis, Anreizmechanismen und digitaler Unterstützung kann
40 Deutschland das Ziel, die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren, wirksam erreichen –
41 sozial, ökologisch und praxisnah.

Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B1_1/26 Feministische Erinnerungspolitik stärken: FINTA-Geschichte sichtbar machen, Forschung fördern, Bildung verändern

Erinnerungspolitik ist nie neutral. Sie entscheidet darüber, wessen Geschichte erzählt, wessen Kämpfe anerkannt und wessen Perspektiven weitergegeben werden. Bis heute ist die öffentliche Erinnerungskultur jedoch maßgeblich von patriarchalen Strukturen geprägt: FINTA-Personen erscheinen in historischen Erzählungen häufig nur am Rand, als Ausnahme oder gar nicht. Ihre Rolle in sozialen und politischen Bewegungen, im antifaschistischen Widerstand, in Arbeitskämpfen oder in Sorgearbeit wird systematisch unterschätzt oder ausgeblendet.

Diese Leerstelle ist Ausdruck struktureller Ungleichheit in Forschung, Bildung und öffentlicher Erinnerung. Wer in der Geschichte nicht vorkommt, dem wird auch politische Bedeutung in der Gegenwart abgesprochen. Feministische Erinnerungspolitik ist daher keine Ergänzung bestehender Geschichtsbilder, sondern eine Voraussetzung für historische Gerechtigkeit, demokratische Bildung und gesellschaftliche Emanzipation.

FINTAs haben politische Bewegungen getragen, Widerstand organisiert, soziale Kämpfe geführt und gesellschaftliche Veränderungen erstritten – oft unter doppelter oder mehrfacher Unterdrückung durch Patriarchat, Klassismus, Rassismus etc. Diese Erfahrungen müssen als kollektive politische Geschichte erzählt werden, nicht als Randnotiz oder individualisierte Ausnahmebiografie.

Feministische Erinnerungspolitik darf dabei nicht auf ehrenamtliches Engagement oder zivilgesellschaftliche Einzelinitiativen reduziert werden. Sie ist eine staatliche Aufgabe und muss strukturell in Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik verankert werden. Nur so kann eine Erinnerungskultur entstehen, die Vielfalt abbildet, Ungleichheiten reflektiert und demokratische Teilhabe stärkt.

Feministische Erinnerungspolitik muss strukturell gestärkt werden. FINTA-Perspektiven müssen systematisch in Forschung, Bildung und öffentlicher Erinnerung verankert werden, um historische Ungleichheiten abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Geschichte wirkt fort. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine gerechte Erinnerungskultur. Feministische Erinnerungspolitik ist daher kein Symbolprojekt, sondern ein notwendiger Bestandteil emanzipatorischer Politik. Wer Gleichstellung ernst meint, muss auch Erinnerung gerecht gestalten.

Wir fordern daher:

- ... dass feministische Erinnerungspolitik als staatliche Aufgabe anerkannt wird und FINTA-Perspektiven verbindlich in Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik berücksichtigt werden.
- ... dass der Senat die Forschung zu „FINTA in der Geschichte“ gezielt ausbaut und finanziell fördert, insbesondere durch die Unterstützung wissenschaftlicher und außeruniversitärer Forschungsprojekte, die FINTA als politische Akteur:innen und kollektive Bewegung sichtbar machen.

- 34 • ... dass FINTA und feministische Bewegungsgeschichte im öffentlichen Raum stärker sichtbar
35 gemacht werden, unter anderem durch die Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen
36 Einrichtungen sowie durch Gedenktafeln, Erinnerungsorte und eine kritische Überprüfung
37 bestehender Ehrungen.
- 38 • ... dass feministische Perspektiven verbindlich in schulische Lehrpläne sowie in die politische
39 Bildungsarbeit aufgenommen werden, als selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschafts-,
40 Demokratie- und Sozialgeschichte.
- 41 • ... dass feministische Erinnerungspolitik intersektional ausgerichtet wird und insbesondere
42 jüdische, migrantische, ostdeutsche, queere, behinderte sowie proletarische FINTA und FINTA
43 im antifaschistischen Widerstand berücksichtigt.
- 44 • ... dass ein landesweiter feministischer Erinnerungsschwerpunkt etabliert wird, der
45 bestehende Aktivitäten bündelt, feministische Geschichte sichtbarer macht und langfristig im
46 öffentlichen Bewusstsein verankert.

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B2_1/26 Büchersteuer abschaffen – Wissen darf kein Privileg sein

1 Wissen, Bildung und kulturelle Teilhabe sind Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft.
2 Bücher sind dabei kein Konsumgut wie jedes andere, sondern ein zentrales Medium des
3 demokratischen Zugangs zu Information, politischer Bildung und persönlicher Emanzipation.

4 Trotz des in Deutschland geltenden ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Bücher von 7 % bleiben
5 Preise künstlich erhöht – und damit auch soziale Hürden, die Menschen mit geringem Einkommen,
6 junge Menschen, Alleinerziehende und einkommensschwache Familien besonders treffen.

7 Dänemark geht hier mit gutem Beispiel voran: Seit dem 01.01.2026 ist die Mehrwertsteuer auf Bücher
8 dort vollständig abgeschafft, um eine „Lese Krise“ zu bekämpfen und Literatur für alle erschwinglicher
9 zu machen. Auch andere europäische Staaten wie Irland oder Tschechien haben diesen Schritt bereits
10 vollzogen. Eine solche Maßnahme zeigt: Büchersteuer ist keine Notwendigkeit – sie ist eine politische
11 Entscheidung.

12 Die Besteuerung von Büchern trifft nicht alle gleich. Eine Steuer auf Lesen ist regressiv – sie verschärft
13 Ungerechtigkeit, statt sie zu verringern.

14 Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bücher wäre ein konkreter Schritt gegen soziale
15 Bildungsbarrieren, sowie ein konkretes Instrument für gerechte Teilhabe an Wissen. Ebenso würde dies
16 einen großen Beitrag zum Schutz von Buchhandlungen und unabhängigen Verlagen ermöglichen, die
17 immer mehr von Aussterben bedroht sind.

18 Lesen zu besteuern heißt, Ungleichheit zu besteuern. Wir wollen das Gegenteil: eine Gesellschaft, die
19 den Zugang zu Wissen erleichtert, statt verteuert.

20 Aus diesem Grund fordern wir, dass Deutschland die Mehrwertsteuer auf Bücher vollständig
21 abschaffen soll, um den Zugang zu Wissen und Bildung gerecht und unabhängig vom Einkommen zu
22 ermöglichen.

Wir fordern daher...

- 24 • ... dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, eine gesetzliche Regelung zur vollständigen
25 Abschaffung der Mehrwertsteuer auf gedruckte Bücher und E-Books einzuführen.
- 26 • ... dass Bücher steuerrechtlich als Grundlage von Bildung und kultureller Teilhabe eingestuft
27 werden – nicht als preisbelastbares Wirtschaftsgut.
- 28 • ... dass die Preisentlastung verpflichtend und vollständig an die Leser*innen weitergegeben
29 werden soll, um soziale Wirkung sicherzustellen.
- 30 • ... dass die Maßnahme als Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Bildungsteilhabe in
31 politische Strategien aufgenommen wird.

32 Wir müssen klar und deutlich sagen: Bildung darf nicht käuflich sein!

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B3_1/26 „Vater Staat ist nicht dein Daddy“ – Weg mit der Verbeamtung von Lehrkräften

Die Verbeamtung von Lehrkräften wird seit Jahren als Garant für Stabilität, Loyalität und Qualität im Schulsystem verkauft, ist in Wahrheit aber eine falsche Sicherheit, die strukturelle Probleme verdeckt und neue Ungerechtigkeiten erzeugt. Empirische Studien zur Unterrichtsqualität zeigen keinen belastbaren Nachweis, dass verbeamtete Lehrkräfte besseren Unterricht machen als angestellte – Unterschiede in der Wirksamkeit hängen vielmehr mit professioneller Kompetenz, Arbeitsbedingungen und Unterstützungssystemen zusammen, nicht mit dem Status. Gleichzeitig zementiert der Beamtenstatus eine Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer: Verbeamtete Kolleg:innen erhalten deutlich höhere Pensionen bei gleicher Arbeit, während angestellte Lehrkräfte dauerhaft schlechter gestellt sind, obwohl sie den gleichen Belastungen und Anforderungen im Schulalltag ausgesetzt sind. Parallel dazu erleben viele angestellte Lehrkräfte – vor allem Quereinsteiger:innen und Vertretungskräfte – unsichere Kettenbefristungen, die der angeblichen „Sicherheit“ verbeamteter Kolleg:innen diametral gegenüberstehen und eine neue Form prekärer Beschäftigung im öffentlichen Dienst etablieren.

Lebenslang safe? Verbeamtung blockiert Entwicklung und Fairness

Diese „Sicherheit“ ist in mehrfacher Hinsicht trügerisch. Für viele Lehrkräfte bedeutet der Beamtenstatus vor allem eine lebenslange, kaum antastbare Stellung, die weder systematisch an kontinuierliche Qualitätssicherung noch an transparente Leistungsentwicklung gebunden ist. Kündigungen wegen fachlicher Ungeeignetheit oder dauerhaft schlechten Unterrichts sind bei Beamten extrem selten und rechtlich wie organisatorisch aufwendig, was eine Kultur begünstigt, in der einzelne Lehrkräfte sich auf der Absicherung „ausruhen“ können, ohne nennenswerte Konsequenzen befürchten zu müssen. In einem System, in dem der Status einmal vergeben und dann lebenslang garantiert wird, verschiebt sich der Fokus von professioneller Entwicklung hin zu einer Sicherungslogik: Wer „drin“ ist, ist sicher – unabhängig davon, wie sich Unterrichtsqualität und Engagement entwickeln. Das ist besonders fatal, wenn Schulen gleichzeitig mit Digitalisierung, wachsender Heterogenität, Inklusion und der Aufgabe der Demokratiebildung konfrontiert sind. Während verbeamtete Lehrkräfte strukturell übergeschützt sind, bleiben angestellte Kolleg:innen oft über Jahre in unsicheren befristeten Verträgen, was die Spaltung im Kollegium vertieft und die gemeinsame professionelle Entwicklung erschwert. Hinzu kommt, dass die Verbeamtung nicht nur gegenüber angestellten Lehrkräften, sondern auch gegenüber der übrigen Gesellschaft ein massives Gerechtigkeitsproblem darstellt. Verbeamtete Lehrkräfte beziehen im Ruhestand durchschnittlich deutlich höhere Versorgungsbezüge als vergleichbare Angestellte in der gesetzlichen Rentenversicherung – oft mit Netto-Unterschieden von mehreren hundert Euro im Monat, die sich über die Rentenphase zu sechsstelligen Summen addieren. Diese Differenzen entstehen nicht aus „Mehrleistung“, sondern aus einem rechtlichen Sonderstatus, der über Steuern und damit von allen Bürger:innen finanziert wird. Sie verstärken den Eindruck einer privilegierten Gruppe im öffentlichen Dienst und untergraben die Akzeptanz notwendiger Reformen der gesetzlichen Rente. Besonders widersprüchlich ist, dass ausgerechnet Lehrkräfte, die mit ihren Schüler:innen Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität thematisieren sollen, in einem System arbeiten, das intern massive Ungleichbehandlungen reproduziert – zwischen Beamten und Angestellten,

zwischen sicheren und befristeten Stellen. Der Beamtenstatus reduziert zudem die Flexibilität im System. Verbeamtete Lehrkräfte sind faktisch an ihr Bundesland als Dienstherrn gebunden; ein Wechsel in ein anderes Land ist formal möglich, aber in der Praxis kompliziert und oft mit Unsicherheit verbunden. So werden Lehrkräfte durch Statusrecht territorial „festgenagelt“, statt dass Länder durch gute Arbeitsbedingungen und attraktive Schulen miteinander in einem fairen Wettbewerb um Fachkräfte stehen. Ein angestelltenbasiertes System würde Mobilität deutlich erleichtern: Lehrkräfte könnten leichter zwischen Ländern, Schulformen oder auch in andere pädagogische oder wissenschaftliche Felder wechseln und ebenso leichter zurückkehren. Eine solche Flexibilisierung kommt auch den Schulen zugute, weil Erfahrungsaustausch und berufliche Biografien nicht länger durch Statusgrenzen begrenzt werden.

Rechtsextreme im Schuldienst? Beamtenstatus erschwert Konsequenzen und verhindert Demokratiebildung

Besonders problematisch ist der Umgang mit rechtsextremen oder klar antidemokratisch agierenden Lehrkräften. Das beamtenrechtliche System macht es hier ausgesprochen schwer, konsequent zu reagieren. Selbst bei massiven Verstößen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, rassistischen Äußerungen oder offener Nähe zu rechtsextremen Organisationen sind Entlassungsverfahren langwierig, komplex und oft nur mit großem juristischem Aufwand erfolgreich. Das ist demokratiepolitisch brisant: Personen, die aktiv gegen die Werte des Grundgesetzes arbeiten, profitieren im Beamtenstatus von einem zusätzlichen Schutzschirm. Prominente Beispiele aus dem öffentlichen Diskurs um rechtsextreme Ex-Lehrkräfte, die später in Politik und Öffentlichkeit auftreten, verdeutlichen das Dilemma: Was passiert, wenn solche Akteure versuchen, in den Schuldienst zurückzukehren? Ein Angestelltenstatus mit klaren arbeitsrechtlichen Regelungen und einem konsequent angewandten Bekenntnis zu Antidiskriminierung und Demokratie würde hier mehr Handlungsfähigkeit schaffen. Wer sich nachweislich und dauerhaft gegen die Grundwerte stellt, kann mit arbeitsrechtlichen Mitteln schneller und transparenter aus dem Dienst entfernt werden, ohne dass ein beamtenrechtlicher Sonderstatus zusätzliche Hürden errichtet. Ein weiterer, oft unterschätzter Aspekt ist das Spannungsverhältnis zwischen Beamtenstatus und politischer Bildungsaufgabe. Lehrkräfte sind laut Beutelsbacher Konsens und Frankfurter Erklärung zur politischen Bildung verpflichtet, politische Kontroversen im Unterricht sichtbar zu machen, Schüler:innen zur Artikulation eigener Interessen zu befähigen und demokratiefeindlichen Positionen aktiv entgegenzutreten. Gleichzeitig unterliegen verbeamtete Lehrkräfte einem beamtenrechtlichen Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot in politischer Betätigung, das formal ihre öffentliche politische Artikulation begrenzt und in der Praxis zu Verunsicherung führt, was sie sagen und tun dürfen. Ein Angestelltenstatus mit den üblichen arbeitsrechtlichen Pflichten, aber ohne spezielles beamtenrechtliches Mäßigungsgebot, wäre hier stimmiger: Lehrkräfte wären weiterhin an Verfassung und Schulgesetze gebunden, könnten aber politische Bildung und Demokratieförderung klarer, angstfreier und professionell ausüben – und zugleich könnte der Staat bei eindeutig demokratiefeindlichem Verhalten konsequenter einschreiten.

Boomer-Pensionen vs. volle Klassen: Verbeamtung als „Game Over“ für unsere Schulen?

Auch finanzpolitisch ist die Verbeamtung von Lehrkräften kein tragfähiges Modell. Die Pensionslasten für Beamte im öffentlichen Dienst steigen durch den demografischen Wandel deutlich an, und ein erheblicher Anteil dieser Ausgaben entfällt auf ehemalige Lehrkräfte, die die größte Gruppe unter den Versorgungsempfänger:innen bilden. In den nächsten Jahren werden die Ausgaben für Beamtenpensionen deutlich steigen, weil die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand treten. Dies

trifft die Länderhaushalte besonders hart, die Schulfinanzierung und Beamtenversorgung gleichzeitig schultern müssen. Zugleich wird das Risiko einer steigenden Lebensdauer vollständig vom Staat getragen: Jede zusätzliche Rentengeneration verlängert die Zahlung hoher Pensionsansprüche, ohne dass dafür – wie in kapitalgedeckten oder gemischten Systemen – über Jahrzehnte ausreichend Rücklagen aufgebaut wurden. Die Verbeamtung von Lehrkräften bindet damit langfristig Mittel, die dringend für Qualitätsverbesserungen im laufenden Schulbetrieb benötigt würden: kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams, moderne Gebäude, Digitalisierung, Fortbildung sowie bessere Unterstützungssysteme, damit angestellte Lehrkräfte schnell entfristet werden können, statt in Kettenbefristungen zu verharren. In der deutschen Diskussion wird hingegen häufig so getan, als sei die Verbeamtung notwendig, um den Lehrkräftemangel zu bekämpfen und den Beruf attraktiv zu halten. Tatsächlich kämpfen Länder mit und ohne Verbeamtung mit massiven Rekrutierungsproblemen. Ursache sind vor allem hohe Arbeitsbelastung, große Klassen, unzureichende Unterstützungssysteme, mangelnde Planbarkeit von Arbeitszeiten und eine Politik, die über Jahre auf Sparen statt Investieren gesetzt hat. Ein sicherer Status kompensiert diese Defizite allenfalls teilweise und kurzfristig, erzeugt aber langfristig Fehlanreize: Solange Verbeamtung der primäre Attraktivitätsfaktor bleibt – statt gute Arbeitsbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten und faire Bezahlung –, wird das System strukturell träge bleiben. Zudem bleibt das Befristungsproblem ungelöst: Wer nicht verbeamtet wird, erlebt weiterhin Unsicherheit, statt durch ein gutes Angestelltenmodell zügig in verlässliche unbefristete Stellen zu kommen. Dem gegenüber stehen internationale Beispiele, die zeigen, dass gute Schulen und attraktive Lehrberufe auch ohne Beamtenstatus möglich sind. In skandinavischen Ländern wie Schweden, Dänemark oder Finnland sind Lehrkräfte in der Regel Angestellte. Diese Systeme sind so gestaltet, dass alle Berufsgruppen – einschließlich ehemals beamtenähnlicher Tätigkeiten – in denselben Sicherungsmechanismen vorkommen. Lehrkräfte haben so planbare, angemessene Altersversorgungen, ohne einen Sonderstatus zu benötigen, und der Status als Angestellte ermöglicht gleichzeitig eine stärkere Kopplung von Beschäftigung an Qualifikation, Weiterentwicklung und Schulqualität. Dort ist der Lehrberuf attraktiv, weil Arbeitsbedingungen, kollegiale Kulturen und Professionalisierung im Vordergrund stehen – nicht ein rechtlicher Status.

Berlin als Bildungs-Pionier: Abschaffung starten und bundesweit voranlegen!

Für Berlin als Land mit besonderem Reformspielraum bedeutet das: Berlin kann und sollte Vorreiter werden, indem es die Verbeamtung für neue Lehrkräfte beendet, auf ein attraktives, tariflich gut geregeltes Angestelltenmodell umstellt, frühzeitige Entfristung zur Regel macht und parallel eigene Bausteine kapitalgedeckter Zusatzversorgung erprobt. So kann das Land zeigen, dass ein modernes, gerechtes Lehrkräftebeschäftigungssystem ohne Beamtenstatus möglich ist, das Bildungsqualität ebenso stärkt wie soziale Sicherheit, Flexibilität und demokratische Handlungsfähigkeit – und als Modell für eine spätere bundesweite Reform dienen.

Daher fordern wir:

- Die Abschaffung der Verbeamtung für neu eingestellte Lehrkräfte in Berlin.
- Die Umstellung auf unbefristete, tariflich abgesicherte Angestelltenverhältnisse mit attraktiven Gehältern und zügiger Entfristung statt Kettenbefristungen.
- Die Entwicklung eines Berliner Modells tariflicher Zusatzversorgung für Lehrkräfte als Baustein einer einheitlichen, statusunabhängigen Alterssicherung.
- Gesetzlichen Bestandsschutz für bereits verbeamtete Lehrkräfte und gleichzeitig den schrittweisen Aufbau von Versorgungsfonds zur Finanzierung der bestehenden Pensionslasten.

- Den Ausbau guter Arbeitsbedingungen als zentralen Attraktivitätsfaktor: kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams, verbindliche Entlastungs- und Fortbildungsstrukturen sowie verlässliche Arbeitszeitregelungen statt Statusprivilegien.
- Die Klarstellung, dass politische Bildungsaufgaben durch einen Angestelltenstatus ohne beamtenrechtliches Mäßigungsgebot besser unterstützt werden, und entsprechende Anpassung der schulrechtlichen Vorgaben zur Rolle von Lehrkräften in der Demokratiebildung.
- Die Schaffung klarer arbeitsrechtlicher Instrumente, mit denen rechtsextreme und eindeutig antidemokratisch agierende Lehrkräfte schneller und transparenter aus dem Schuldienst entfernt werden können, anstatt sie durch einen besonderen Status zusätzlich zu schützen.

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B4_1/26 Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre war gestern – heute brauchen sie den Mindestlohn!

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die einzelnen SPD-Mitglieder im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) einzuleiten, sodass Auszubildende künftig Anspruch auf eine Vergütung in Anlehnung an den gesetzlichen Mindestlohn haben. Des Weiteren müssen begleitende Unterstützungsprogramme für kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe aufgelegt werden.

Ausbildung gilt als zentraler Pfeiler unserer Arbeitsgesellschaft. Sie soll jungen Menschen den Einstieg in ein selbstbestimmtes Berufsleben ermöglichen und zugleich die Fachkräftebasis sichern, auf die die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur angewiesen sind. Entsprechend hoch ist der politische Anspruch, den wir an Ausbildung stellen. Umso größer ist der Widerspruch zwischen diesem Anspruch und der materiellen Realität vieler Auszubildender.

Denn obwohl Auszubildende regelmäßig in Vollzeit arbeiten, Verantwortung tragen und fest in betriebliche Abläufe eingebunden sind, gelten für sie bis heute andere Maßstäbe als für andere Beschäftigte. Während der gesetzliche Mindestlohn den Zweck hat, Arbeiter*innen vor Armut zu schützen, sind Auszubildende von diesem Schutz ausdrücklich ausgenommen. Statt eines klaren Anspruchs bleibt es bei der rechtlich vagen Vorgabe einer „angemessenen Vergütung“.

Die Folgen dieser Regelung sind längst sichtbar. Viele Auszubildende können von ihrer Ausbildungsvergütung nicht eigenständig leben. Miete, Lebenshaltungskosten und notwendige Ausgaben stehen in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Vergütung. Wer keine Rücklagen hat, gerät unter Druck: Nebenjobs werden zur Voraussetzung, Ausbildung zur Dauerbelastung. In einem Lebensabschnitt, der eigentlich der Qualifizierung dienen soll, dominiert Existenzsicherung. Im besonderen Maße betrifft dies Menschen aus einkommensschwachen Haushalten.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Ausbildungsabbrüche zunehmen und viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Besonders problematisch ist dabei das Signal, das der bestehende Rechtsrahmen sendet. Der Ausschluss vom Mindestlohn vermittelt, dass Ausbildungsarbeit weniger wert sei als andere Arbeit. Diese Abwertung wirkt weit über die Ausbildungszeit hinaus. Wer Arbeit so vergütet, organisiert keine Ausbildung, sondern kalkuliert bewusst mit Mangel.

Worum es geht, ist nicht Wohlstand, nicht Komfort, nicht politische Großzügigkeit. Es geht um das absolute Minimum. Darum, ob Menschen, die in Vollzeit arbeiten, ihre grundlegenden Lebensbedürfnisse sichern können. Wenn Ausbildung Zukunft sichern soll, dann muss sie auch heute tragfähig sein.

Forderungen:

1. Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist auf eine Vergütung entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn zu ändern.

2. Wir bekräftigen unsere Forderung für die sofortige Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B5_1/26 Für mehr Lifestyle-Bildungszeit: Zeit, dass alle zu ihrem Recht kommen!

„Gönn Dir Bildung. Nimm Dir Zeit: Nutzt uns alle“. So steht es auf der Infoseite der Senatsverwaltung. Bezahlte Freistellung für berufsbegleitende Bildung ist in Berlin und fast allen anderen Bundesländern als Arbeitnehmer*innenrecht und wichtiges Instrument der beruflichen Weiterentwicklung, politischen Bildung und Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeit verankert.

Bildungszeit stärkt die psychische Gesundheit, schafft eine bewusste Unterbrechung vom Arbeitsalltag und ermöglicht Distanz zu Stressoren. Nicht umsonst gehören Gesundheit und Stressbewältigung sogar am häufigsten zu den angefragten Themengebieten. Durch die räumliche und zeitliche Ablösung von Routinen entstehen Erholung, Empowerment und Selbstverwirklichung. Belastungen werden relativiert, neue Perspektiven gewonnen und der Stresspegel sinkt. So weit, so gut.

Vor allem in Berlin wird Bildungszeit allerdings viel zu selten benutzt. Befragungen aus den letzten Jahren belegen teilweise eine Nutzungsquote von weniger als 1% der Anspruchsberechtigten. Das macht uns zum bundesweiten Schlusslicht. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass Teile der arbeitenden Bevölkerung faktisch ausgeschlossen werden und das Angebot nicht an deren Lebensrealitäten angepasst ist.

Der Anteil der Arbeitnehmer*innen mit eigener Flucht- oder Migrationserfahrung in Berlin liegt mittlerweile bei grob rund 20 bis 25 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen. Doch wenn man als (post)migrantische*r Arbeitnehmer*in ein anerkanntes Seminar in der/den Erstsprache/n sucht, findet man vor allem eins: intensive Deutschkurse. Da fragt man sich zurecht, ob der Genitiv oder Konjunktiv II unbedingt Erholung, Empowerment oder Selbstverwirklichung liefert, oder ob der Bildungswunsch- und -bedarf eher in eine andere Richtung ginge. Wieso gibt es kein anerkanntes Seminar zu Klimaschutz auf Russisch, Buchhaltung auf Arabisch, Fake-News und verlässlicher Information auf Englisch, oder Rückentraining auf Türkisch? Die Arbeitswelt in Berlin ist geprägt von sprachlicher kultureller Vielfalt, wobei das eingeschränkte Angebot für anspruchsberechtigte Arbeitnehmer*innen ohne fortgeschrittenes Deutsch oder mit sonstiger Sprachpräferenz hindert die Ausübung ihres Anrechts sowie das demokratiefördernde Potenzial von Bildungszeit.

Junge Beschäftigte und gerade auch Auszubildende nehmen ihr Recht auf Bildungszeit ebenfalls bislang deutlich seltener wahr als andere Arbeitnehmer*innen. Laut Erhebungen der Senatsverwaltung und verschiedener Bildungsträger liegt die Inanspruchnahmequote bei jungen Menschen seit Jahren auf niedrigem Niveau. Gründe sind vor allem mangelnde Information, fehlende Unterstützung durch Betriebe sowie das Fehlen passgenauer Angebote für diese Zielgruppe. Damit Bildungszeit tatsächlich alle erreicht, braucht es gezielte Informationskampagnen und niedrigschwellige Angebote für junge Beschäftigte und Azubis.

Wir erleben derzeit Diskurse, in denen die konservativen und rechten Kräfte im Bund und Land unsere gewerkschaftlich erkämpften Rechte wie der 8-Stunden-Tag, Lohnfortzahlung im Krankenstand angreift, das Recht auf Teilzeit als Lifestyle-Entscheidung verpönt. Gerade in Zeiten wie diesen müssen wir die

Interessen aller und vor allem auch junger und (post)migrantischer Arbeitnehmer*innen entschlossen verteidigen und ausbauen.

Wenn Sprach- und Altersbarrieren abgebaut werden, können deutlich mehr Arbeitnehmer*innen ihre Chance zur Weiterbildung tatsächlich nutzen. Dies erhöht die Reichweite und allgemeine Akzeptanz des Bildungszeitmodells in den Betrieben und darüber hinaus. So kann das Instrument sein Potenzial entfalten und wird vom Nischenangebot zum echten Motor gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Verabschiedung des Bildungszeitgesetzes 2021 war eine verpasste Chance, das Modell an die Realitäten der Arbeitnehmer*innen anzupassen. Wir müssen das Gesetz sowie die Anerkennungs- und Förderpolitik Berlins dringend reformieren, um mehrsprachige Angebote zu ermöglichen und das volle Potenzial von lebenslangem Lernen für unsere Stadtgesellschaft und Arbeitnehmer*innenschaft auszuschöpfen.

Wir fordern daher:

- Eine Reform des Bildungszeitgesetzes zur Klarstellung der Förderfähigkeit von Bildungszeitangeboten in anderen Unterrichtssprachen.
- Eine allgemeine gesetzliche Informationspflicht für Arbeitgeber*innen, ihre Beschäftigten mindestens einmal im Jahr sowie bei Neueintritt bzw. Ausbildungsstart aktiv und verständlich über ihr Recht auf Bildungszeit zu informieren. Diese Information soll in geeigneter schriftlicher Form und in den meistgesprochenen Sprachen der Beschäftigten erfolgen.
- Eine Anpassung der Leitfäden der Senatsverwaltung für Träger*innen mit Beispielen für berufliche und politische Bildungsangebote sowie eine Erleichterung der Anerkennungspraxis für mehrsprachige Seminare.
- Die Aufnahme einer Zielvorgabe, dass bis 2030 mindestens 20% der als Bildungszeit anerkannten Veranstaltungen in mindestens einer weiteren Sprache angeboten werden soll.
- Dabei sollten Richtwerte zu den meistgesprochenen Community-Sprachen als unverbindliche Orientierungsgröße benannt werden, um Anbieter*innen zur Auswahl passender zusätzlicher Unterrichtssprachen für ihre Zielgruppen in Berlin zu unterstützen.
- Ein Landesförderprogramm zur Unterstützung von Träger*innen, die Angebote in weiteren Sprachen und/ oder gezielt für junge Menschen entwickeln (z. B. Zuschüsse für Übersetzung von Materialien und Themenplänen, mehrsprachige Referententeams, zusätzliche Kursentwicklung).
- Mehrjährige Projektförderungen in Zusammenarbeit mit (post)migrantischen Organisationen, Gewerkschaften und Sprachzentren zum Aufbau von Angebote für migrantisierte Communities und internationale Beschäftigte in deren Erst- und Arbeitssprachen, u.a. um Inhalte der politischen oder beruflichen Bildung mit Sprachkursen zu verknüpfen.
- Projektförderungen gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern und Jugendbildungsstätten zur Erarbeitung von Konzepte und Angrbote für Bildungszeitseminare, die sich gezielt an junge Menschen und Auszubildende richten.
- Offizielle Informationsportale des Landes zur Bildungszeit sollten mehrsprachige Infos zu Ansprüchen, Verfahren und verfügbaren Kursen bereitstellen, damit auch ausländische Beschäftigte ihr Recht kennen.
- Die Unterstützung von gewerkschaftlichen und betrieblichen Akteur*innen, unter anderem auch gezielt den Jugend- und Auszubildendenvertretungen, durch Leitfäden und Ressourcen zur innerbetrieblichen Werbung.

Antragsbereich D: Digitales und Innenpolitik

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf; Jusos Lichtenberg; Jusos Marzahn-Hellersdorf; Jusos Mitte; Jusos Pankow, Jusos Xhain

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D1_1/26 Anerkennung statt Abwertung – Ostdeutsche Biografien, Abschlüsse und Lebensleistungen gerecht behandeln

1 Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind strukturelle Missstände in Ostdeutschland noch
2 präsent. Nicht nur bei denen, die diese Umbruchsphase hautnah erlebt haben, sondern auch bei deren
3 Nachkommen und den sogenannten Wendekindern.

4 Bis heute sind viele ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien von struktureller Abwertung
5 betroffen. Abschlüsse aus der DDR, langjährige Berufserfahrung sowie Erwerbsverläufe, die durch die
6 Transformation nach 1990 geprägt wurden, gelten bis heute häufig als defizitär, erklärungsbedürftig
7 oder minderwertig. Dies ist vor allem durch die fehlende staatliche Anerkennung von ostdeutschen
8 Berufs- und Bildungsabschlüssen vor 1989, aber auch durch gesellschaftliche Abwertung geprägt. So
9 konnten Personen aus Ostdeutschland nach der Wende oft nicht weiter in ihrem Beruf arbeiten bzw.
10 mussten eine erneute (Berufs-)Ausbildung durchführen, um einen anerkannten Abschluss zu erreichen.
11 Diese Abwertung wirkt nicht nur symbolisch, sondern hat konkrete soziale Folgen: geringere
12 Einkommen, schlechtere Eingruppierungen, eingeschränkte berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und
13 schlussendlich niedrigere Renten.

14 Die massiven Umbrüche der Nachwendezeit – Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit,
15 Entwertung ganzer Berufsfelder und erzwungene Neuorientierungen – waren keine individuellen
16 Fehlentscheidungen, sondern das Ergebnis politischer und ökonomischer Transformationsprozesse.
17 Diese Transformationsprozesse wurden maßgeblich durch die Privatisierungs- und Abwicklungspolitik
18 der Treuhandanstalt geprägt, deren Entscheidungen Millionen Beschäftigte betrafen und ganze
19 Industriezweige in Ostdeutschland nachhaltig veränderten. Dennoch werden ostdeutsche Biografien
20 bis heute oft an westdeutschen Normalverläufen gemessen. Wer diesen Maßstab nicht erfüllt, gilt als
21 „unterbrochen“, „nicht anschlussfähig“ oder „unzureichend qualifiziert“.

22 Diese Perspektive erkennt die tatsächlichen Kompetenzen, Anpassungsleistungen und Erfahrungen
23 vieler Ostdeutscher. Sie ignoriert langjährige Berufspraxis, Verantwortungsübernahme unter
24 schwierigen Bedingungen und die Fähigkeit, sich mehrfach neu zu orientieren. Gleichzeitig reproduziert
25 sie soziale Ungleichheit und trägt zu einem Gefühl dauerhafter Geringschätzung bei.

26 Gleichwertige Lebensverhältnisse können nicht allein über Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung
27 erreicht werden. Sie setzen voraus, dass Lebensleistungen anerkannt, Abschlüsse respektiert und
28 Biografien nicht systematisch entwertet werden. Anerkennung ist dabei nicht nur eine Frage des
29 Arbeitsmarktes, sondern auch der gesellschaftlichen Würde und eines demokratischen
30 Selbstverständnisses.

31 Eine gerechte Gesellschaft muss deshalb ostdeutsche Bildungs- und Erwerbsbiografien strukturell
32 anerkennen, statt sie weiterhin nachträglich zu korrigieren oder zu relativieren.

Ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien müssen gleichwertig anerkannt und behandelt werden. Abschlüsse, Berufserfahrung und Transformationsleistungen aus der DDR und der Nachwendezeit dürfen weder formal noch faktisch benachteiligt werden. Anerkennung ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in demokratische Institutionen.

Wir fordern daher:

- ... dass ostdeutsche Bildungs- und Berufsabschlüsse vor 1989 als gleichwertig anerkannt werden und bestehende Anerkennungs- und Bewertungsverfahren vereinfacht, transparenter und bundesweit einheitlich ausgestaltet werden. Abschlüsse aus der DDR dürfen nicht pauschal als minderwertig behandelt oder durch überzogene Nachweispflichten faktisch entwertet werden. Anerkennungs- und Bewertungsverfahren sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- ... dass langjährige Berufserfahrung als eigenständige Qualifikation anerkannt wird, insbesondere bei Einstufungen im öffentlichen Dienst, bei tariflichen Eingruppierungen und bei beruflichen Anerkennungsverfahren. Praktische Kompetenz darf nicht systematisch hinter formalen Titeln zurückstehen.
- ... dass Anerkennung nicht auf den Arbeitsmarkt begrenzt bleibt, sondern auch gesellschaftlich und institutionell erfolgt. Ostdeutsche Biografien dürfen in Verwaltung, Medien, Bildung und öffentlicher Kommunikation nicht länger als defizitär oder erklärungsbedürftig dargestellt werden.
- ... dass ostdeutsche Diskriminierungserfahrungen als reales gesellschaftliches Phänomen anerkannt und systematisch erfasst werden, um strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu machen und politisch adressieren zu können. Dazu gehören auch Benachteiligungen aufgrund ostdeutscher Herkunft oder Biografie.
- ... dass gebrochene Erwerbsbiografien der Nachwendezeit rentenrechtlich gerechter bewertet werden, insbesondere Zeiten von Arbeitslosigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen und erzwungener beruflicher Neuorientierung in den 1990er-Jahren, weil viele Betroffene Nachteile aus Entscheidungen erlitten, die sie nicht beeinflussen konnten.
Wir fordern daher eine feste monatliche Zuzahlung zur gesetzlichen Rente. Als Vorbild soll die Zuwendung nach § 17a StrRehaG dienen. Dieses Gesetz regelt die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen der ehemaligen DDR. Hierdurch wird Unrecht anerkannt, und bei einer rechtsstaatswidrigen Freiheitsentziehung von mehr als 90 Tagen – z. B. aufgrund einer Verurteilung wegen ungesetzlichen Grenzübertritts – wird eine monatliche Zuzahlung zugestanden. Diese Zuzahlung soll einkommensunabhängig ausgezahlt und entsprechend dem Prozentsatz angepasst werden, um den aktuellen Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verändern. Transformationszeiten dürfen nicht dauerhaft zu Altersarmut führen.
- ... dass auch die zweite Generation ostdeutsch sozialisierter in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsmilieus im Bildungs- und Ausbildungssystem abgebaut und Chancengerechtigkeit gestärkt werden. Die sozialen Folgen der Transformation enden nicht mit einer Generation.
- ... dass auch die zweite Generation ostdeutscher Familien in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsbiografien in Schule, Öffentlichkeit und

76 Medien abgebaut, ostdeutsche Biografien als gleichwertig anerkannt und
77 Chancengerechtigkeit statt Stigmatisierung gestärkt werden.

78 Heutige Schul- Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse unterliegen deutschlandweit denselben
79 Regelungen und Prüfungsordnungen. Während die rechtliche Anerkennung heutiger Abschlüsse also
80 gesichert ist, besteht weiterhin gesellschaftlicher und struktureller Nachholbedarf. Vor allem die
81 teilweise bis heute erhaltenen stereotypen Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber ostdeutschen
82 sozialisierten Bildungsbiografien gehören endgültig abgebaut. Denn dass diese negativen Vorurteile
83 sachlich nicht gerecht sind, zeigt sich bereits in der heutigen Zeit. So führt Sachsen seit mehreren Jahren
84 konstant im INSM-Bildungsmonitor und zählt bundesweit zu den leistungsstärksten
85 Bildungsstandorten.

86 Die echte Anerkennung ostdeutscher Abschlüsse ist also nicht nur ein formaler Verwaltungsakt,
87 sondern ein zwangsläufiger Schritt hin zur vollständigen Herstellung der Chancengleichheit und
88 gesellschaftlicher Wertschätzung.

89 Gleichwertigkeit bedeutet mehr als formale Gleichstellung. Sie bedeutet, dass Lebensleistungen
90 anerkannt, Biografien respektiert und strukturelle Benachteiligungen korrigiert werden. Solange
91 ostdeutsche Abschlüsse entwertet, Berufserfahrungen relativiert und Transformationsleistungen
92 unsichtbar gemacht werden, bleibt die Einheit unvollständig. Anerkennung ist kein Rückblick, sondern
93 eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische
94 Zukunft. Für uns heißt Anerkennung, dass die Einheit nicht nur institutionell, sondern gesellschaftlich
95 vollzogen wird.

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

D2_1/26 Raus aus der Abhängigkeit. Rein in die Zukunft. Für USA- Unabhängige Verwaltungen

1 In der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump wird immer deutlicher, wie sehr der US-Präsident
2 wirtschaftlichen Einfluss nutzt, um seinen Willen zu erreichen. Viele der Gründer und Besitzer der
3 großen Tech-Konzerne zeigen ein enges Verhältnis zu Trump und profitieren von diesem.

4 Viele deutsche Unternehmen, aber auch die Verwaltung, sind abhängig von amerikanischen
5 Unternehmen und ihrer IT-Infrastruktur. So nutzen Bundes, Landes und Kommunalverwaltungen
6 Programme von Microsoft und Google, aber auch Meta und X für die Kommunikation mit den
7 Bürger*innen. Dies führt dazu, dass das Funktionieren und die Handlungsfähigkeit des Staates
8 deutschlandweit abhängig von US-Konzernen und somit auch dem Wohlwollen von deren
9 Besitzer*innen und dem*der US-Präsident*in.

10 Auch ist diese Abhängigkeit ein Problem für den Datenschutz, da durch Gesetze wie den Stored
11 Communications Act (SCA) und den US Cloud Act, die Herausgabe von US-Anbietern gespeicherte
12 Daten auch gegeben ist, auch wenn die Daten außerhalb der USA gesammelt werden. Deutsche Daten
13 sind dann, besonders bei internationalen Konflikten, in Clouds von US-Anbietern nicht sicher und
14 können durch die US-Regierung als Druckmitteln benutzt werden.

15 Die Nutzung dieser Angebote - durch die hohen Lizenzgebühren - ist sehr kostenintensiv und bringt
16 eine strategische Abhängigkeit mit sich. Spontane Wechsel zu anderen Anbietern sind durch Verträge
17 oft nicht möglich. Auch im Falle eines Systemausfalls kann dies direkt massive Auswirkungen auf bspw.
18 Leistungsgewährung und die Erreichbarkeit der Verwaltung haben.

19 Besonders die aktuelle internationale Situation zeigt deutlich, dass die Abhängigkeit von
20 amerikanischen Tech-Konzernen, durch Regierungen strategisch genutzt werden kann, um Druck auf
21 deutsche und europäische Regierungen aufzubauen. IT-Rechtler Dennis-Kenji Kipker (Hochschule
22 Bremen) sagt der Deutschen Presse-Agentur "Zumindest punktuell und in kritischen Funktionen
23 könnten die USA direkt über Politik, Exportkontrollen und Sanktionsrecht oder indirekt über die
24 Compliance-Vorschriften großer US-Anbieter Deutschlands digitale Leistungsfähigkeit spürbar
25 beeinträchtigen."

26 Um die Unabhängigkeit von US-Firmen zu erreichen, darf keine neue Abhängigkeit von bspw.
27 alternativen Unternehmen aus anderen autokratischen Ländern entstehen. Wir sehen auch die
28 Nutzung von TikTok durch die Verwaltung kritisch, da es auch hier Berichte zur Weitergabe von
29 Nutzer*innendaten an China gibt. TikTok verstößt somit vermutlich gegen die Datenschutz-
30 Grundverordnung (DSGVO).

31 Bereits im Koalitionsvertrag heißt es treffenderweise "Digitalpolitik ist Machtpolitik". Mit dem neu
32 eingerichteten Digitalministerium soll die digitale Souveränität des Landes gestärkt werden. Ein
33 wichtiger Baustein in diesem Prozess soll der "Deutschland-Stack" sein, bei dem es sich um eine
34 nationale Technologieplattform handle, der aber erst 2028 fertig sein soll. Diese Plattform soll die
35 bundesweit einheitliche und souveräne Technik und Software in die Verwaltung bringen.

Einzelne Landesregierungen haben bereits erste Schritte eingeleitet. Vorreiter in Deutschland ist Schleswig-Holstein, welches bereits Microsoft-Programme durch andere Systeme ersetzte. Am 23.01. veröffentlichte der Berliner Senat eine Open Source Strategie mit dem Ziel "digitale Unabhängigkeit [zu] stärken, Kostensteigerungen bei Lizenzen bremsen und gleichzeitig Innovationskraft und regionale Wertschöpfung fördern". Open Source Software (OSS) werden Programm-Lösungen genannt, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und die somit kostengünstiger genutzt werden können, als Programme von Unternehmen. Zudem können in OSS Produkte und Services einfacher integriert werden.

Ziel der Berliner Strategie ist es, bis 2032 70 % des Software-Stacks des IKT-Arbeitsplatzes auf OSS umgestellt zu haben. Dies macht deutlich, dass viele der Ziele sehr weit in der Zukunft liegen und aktuell bestehende Abhängigkeiten nicht zeitnah angepasst werden. Ein schnelles und strategisches Handeln ist jedoch notwendig und braucht Priorität.

Insgesamt bedarf es einer Entwicklung von europäischen Angeboten und die Nutzung dieser, um so die Verwaltung unabhängig und datensicher zu gestalten und den europäischen Markt im Bereich Technologie zu stärken.

Wir fordern:

- Die Entwicklung eines Modells mit standardisiertem Verfahren, welches kritische Abhängigkeiten von Infrastruktur identifiziert und bewertet
- vor der Einführung von neuen IT-Programmen bzw. dem Wechseln zu anderen die umfassende Prüfung von Open Source und europäischen Angeboten mit Blick auf die Einhaltung aller einschlägigen rechtlichen Regelungen, insbesondere der DSGVO
- Priorisierung von Beschaffung von Open Source Systemen und Vergabe an diese. Dabei sollen besondere technische Erfordernisse berücksichtigt werden, sodass neue Systeme die notwendige Leistungsfähigkeit sicherstellen
- nach einer Evaluationsphase mit abschließender Veröffentlichung der Ergebnisse die Auswahl und umfassenden Einführung des sichersten und besten Angebotes
- langfristig Beteiligung an der Entwicklung sicherer und europäischer Open Source Systeme
- Förderung von alternativen, europäischen Angeboten für die gängigen US-Technologien
- Erarbeitung von Gesetzen, welche den Zugriff auf in Europa gespeicherten Daten, verhindert

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

D3_1/26 Kein Pass, keine Rechte? Niemand ist illegal - Auch ohne Staat!

Ende 2024 waren in Deutschland fast 30.000 Menschen laut Statistischem Bundesamt staatenlos. Nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1954 werden Personen als staatenlos bezeichnet, wenn kein Staat diese Personen als Staatsangehörige ansieht. Dies kann dadurch passieren, dass die Staatsangehörigkeit auf Grund von fehlenden Dokumenten nicht nachgewiesen wird, weil bspw. die Geburt nicht registriert wurde oder Personen wegen ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Geschlechts diskriminiert werden und der Staat diese deshalb nicht anerkennt. So erhalten etwa viele Tuareg in Libyen systematisch keine Staatsbürgerschaft, gleiches gilt für Palästinenser*innen in bspw. Syrien. Zudem können Personen ihre Staatsangehörigkeit verlieren, wenn der Staat, in dem sie geboren sind, nicht mehr existiert oder ihnen die Staatsangehörigkeit aberkennt, wie z.B. das ehemalige Burma den Rohingya die Staatsangehörigkeit aberkannte. In Staaten, in denen Kinder nur die Staatsbürgerschaft des Vaters übernehmen dürfen, werden Kinder staatenlos, wenn der Vater unbekannt oder die Vaterschaft nicht anerkannt wird.

Die Staatenlosigkeit und auch die ungeklärte Staatsangehörigkeit werden in Deutschland bei Geburt von Eltern an ihre Kinder weitergegeben, da in Deutschland geborene Kinder nicht automatisch Staatsbürger*innen sind. Nur wenn die Eltern bestimmte Voraussetzungen besitzen (unter anderem mind. ein Elternteil für 5 Jahre in Deutschland und unbefristete Aufenthaltsrecht), können Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Von allen Staatenlosen in Deutschland wurden 17.1% in Deutschland geboren (Stand: 2024). Seit 2018 ist diese Zahl stetig angestiegen und ist auf die zuvor genannte Regelung der Weitervererbung zurückzuführen. Insgesamt sind ein Viertel aller Staatenlosen Personen in Deutschland Minderjährige. 2022 leben 66% der Staatenlosen bereits sechs Jahren oder länger in Deutschland.

Anerkannte Staatenlose erhalten in Deutschland nicht automatisch einen bestimmten Aufenthaltstitel. Selbst nach der Anerkennung müssen verschiedene Rechtsnormen berücksichtigt werden, die zu einem Aufenthaltstitel führen können. Viele der staatenlosen Personen haben geringe Chancen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Zur Einbürgerung ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel notwendig, den 2022 nur 21% der anerkannten Staatenlosen in Deutschland haben. Mehr als die Hälfte (58%) besitzt bspw. aus rechtlichen oder politischen Gründen nur einen befristeten Aufenthaltstitel. So ist die Einbürgerung für Staatenlose oft sehr unwahrscheinlich, obwohl erleichterte Bedingungen für die Einbürgerung staatenloser Personen gelten (6 statt 8 Jahre rechtmäßiger Aufenthalt).

In Deutschland haben anerkannte Staatenlose offiziell dieselben Rechte wie ausländische Staatsbürger*innen. Zudem gilt, wie zuvor genannt, bspw. ein etwas anderer Einbürgerungsanspruch. Jedoch zeigen sich in der Realität bspw. bei der Anzahl der Staatenlosen mit befristeten Aufenthaltstitel und dem Nachweis der Identität für die Einbürgerungen deutliche Hürden und Herausforderungen. Auch im Alltag zeigt sich dies durch Schwierigkeiten beim Eröffnen von Konten, beim Reisen oder beim Einschreiben in eine Hochschule. Auch ist es staatenlose Personen nicht möglich in Deutschland (auch nicht auf kommunaler Ebene) zu wählen, wodurch ihnen eine wesentliche Möglichkeit der Mitbestimmung verwehrt wird.

Ohne rechtmäßigen Aufenthalt haben Personen in Deutschland keinen Anspruch auf einen Reiseausweis. Dieser kann jedoch "wohlwollend" durch die Ausländerbehörden erteilt werden. Diese hat somit einen Ermessensspielraum in der Erteilung von Reiseausweisen. Stand 28. Februar 2023 hatten nach Angaben der Bundesregierung etwa 8.815 der seinerzeit 29.260 als staatenlos registrierten Personen in Deutschland einen Reiseausweis für Staatenlose. Dies bedeutet, dass für mehr als $\frac{1}{3}$ der Staatenlosen Personen Reise quasi unmöglich ist.

Bis heute gibt es kein einheitliches Verfahren zur Anerkennung einer Staatenlosigkeit in der Bundesrepublik. Diese werden in großen Teilen auf Landes- oder kommunaler Ebene entschieden. Auch in der Staatsbürgerschaftsgesetzes-Reform gab es keine Änderungen für Staatenlose.

Laut Art. 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht auf Staatsangehörigkeit. Im internationalen Recht gilt die Vermeidung und die Beseitigung von bestehender Staatenlosigkeit als Ziel. Dies spiegelt sich auch in mehreren völkerrechtlichen Übereinkommen gegen Staatenlosigkeit wider.

Wir wollen den Menschen, die in Deutschland leben, die Möglichkeit bieten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, wenn sie dies möchten. Die Einbürgerung bietet für staatenlose Personen die Möglichkeit, die Staatenlosigkeit und die damit eingehenden Auswirkungen zu überwinden.

Die Einbürgerung von Menschen sehen wir als Mehrwert für die Gesellschaft: sie bildet die real existierende Diversität in Deutschland so ab, dass mehr Personen Politik, die sie in ihrem Alltag betrifft, mitentscheiden können.

Wir fordern daher:

- allgemein die Erarbeitung und Einführung eines einheitlichen Systems zur Anerkennung der Staatenlosigkeit innerhalb der Bundesrepublik
- eine erleichterte Einbürgerung durch Anpassung der Voraussetzungen an die Situation und Umstände staatenloser Menschen und Unterstützung bei Verfahren
- die Einrichtung von Anlaufstellen für staatenlose Menschen, um diese bei der Einbürgerung von Anfang bis Ende zu unterstützen und ggf. auch in juristischen Belangen
- Die Anforderungen für Einbürgerung für Kinder, die staatenlos in D geboren sind sollen bspw durch die Verringerung der notwendigen Aufenthaltsdauer gemindert werden
- langfristig die Anstrengung einer europäischen Lösung, die die speziellen Umstände und Bedürfnisse von staatenlosen Menschen berücksichtigt und diesen bei Vorliegen der nötigen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung derer erschwerten Bedingungen die Einbürgerung, möglich macht
- dass sich die Bundesregierung weltweit dafür einsetzt, dass die Ursachen für die Entstehung von Staatenlosigkeit bekämpft werden

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D4_1/26 Reform des MedCanG und KCanGs

1 Im April 2024 traten das Konsumcannabisgesetz (KCanG) und das Medizinal-Cannabisgesetz
2 (MedCanG) in Kraft, wodurch Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) entlassen wurde. Die
3 Gesetzesänderung ermöglichte neben dem privaten Eigenanbau von bis zu drei Pflanzen und der
4 Mitgliedschaft in einem Cannabis Social Club (CSC) auch die erleichterte ärztliche Verschreibung von
5 Cannabis auf einem regulären Rezept.

6 Diese Gesetzesänderung hat zur Folge, dass Privatpersonen unkontrolliertes Cannabis für den
7 Freizeitkonsum (KCan) entweder selbst anbauen oder über CSCs beziehen können. Dabei erfolgt die
8 Qualitätskontrolle von Cannabisblüten CSC-Produktion lediglich stichprobenartig. Eine
9 chargenspezifische Prüfung auf mikrobielle Kontaminationen, Pestizid- oder Schwermetallbelastung ist
10 für die Abgabe innerhalb der CSCs derzeit nicht vorgesehen. Dies hat ein erhöhtes gesundheitliches
11 Risiko durch Pathogene Keime für Cannabiskonsumenden zur Folge.

12 Medizinisches Cannabis (MedCan) kann seit der Gesetzesänderung von Ärzt*innen erleichtert
13 verschrieben werden. MedCan unterliegen jedoch vor der Freigabe durch pharmazeutische Hersteller
14 einer umfassenden Qualitätskontrolle, einschließlich einer Keimreduktion sowie einer Prüfung auf
15 mikrobielle Verunreinigungen, Pestizid- und Schwermetallrückstände und unterscheidet sich
16 dahingehend von KCan. Auch eine Prüfung des Wirkstoffgehaltes, welcher in nicht professionellem
17 Anbau variieren kann, und weitere Verunreinigungen durch Zugabe synthetischer Cannabinoide wird
18 bei CSC Produkten nicht geprüft. Die bestehenden CSC sollen jedoch weiterhin als Produktionsstätten
19 in Deutschland genutzt werden und als Rohstofflieferanten für die Pharmazeutische Industrie
20 fungieren.

21 Um MedCan in einer Apotheke zu erhalten, ist weiterhin eine ärztliche Verschreibung erforderlich. Dies
22 hat zur Entstehung zahlreicher dubioser Online-Plattformen geführt, auf denen durch telemedizinische
23 Fragebögen Rezepte für cannabisbasierte Arzneimittel ausgestellt werden. Diese Praxis untergräbt die
24 Notwendigkeit einer fundierten ärztlichen Konsultation, da kein direktes Patient*innen – Ärzt*innen
25 Gespräch inkl. Diagnose erfolgt.

26 Durch diese Entwicklung verliert die ärztliche Verschreibung ihren medizinischen Mehrwert und
27 reduziert sich auf einen reinen bürokratischen Vorgang, der von einigen Online-Anbietern finanziell
28 ausgeschöpft wird. Das Wohl der Patient*innen steht hierbei nicht im Vordergrund.

29 Apotheker*innen, die medizinische Cannabisblüten basierend auf Online-Rezepten abgeben müssen,
30 äußern seit längerem Bedenken bezüglich dieser Praxis. Sie sehen sich einem heilberuflichen
31 Gewissenskonflikt ausgesetzt, da die Verordnungspraxis fragwürdig erscheint und nicht immer den
32 pharmazeutischen Versorgungsansprüchen genügt. Zudem stellt die Vielfalt an Cannabispräparaten
33 eine Herausforderung für die sachgerechte Beratung dar. Bereits im Jahr 2023, vor der
34 Cannabislegalisierung, waren über 222 verschiedene Produkte an Cannabisblüten auf dem deutschen
35 Arzneimittelmarkt dokumentiert.

Der Vorschlag der Empfehlungen der Ausschüsse zu Punkt der 1059. Sitzung des Bundesrates am 21. November 2025 zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes ist dabei nur in Teilen zu begrüßen.

Positiv bewerten wir insbesondere die Einbeziehung von Cannabispräparaten in die Arzneimittelpreisverordnung sowie die Verschärfung des Heilmittelwerbegesetzes.

Jedoch sind die verpflichtende persönliche ärztliche Untersuchung, das vollständige Verbot von Online-Verschreibungen sowie das Versandverbot von Cannabisprodukten entschieden abzulehnen. Mit der Legalisierung von Cannabis im Jahr 2024 wurde die Möglichkeit geschaffen, Cannabis legal zu erwerben. Die geplanten, nicht kommerziell ausgerichteten Cannabis Social Clubs stellen für viele Freizeitkonsument*innen jedoch keine ausreichende Alternative dar. Bis April 2025 wurden lediglich 222 Vereine genehmigt. Der geschätzte Gesamtbedarf an Cannabis in Deutschland lag 2024 bei 670–823 Tonnen, wovon weniger als 0,1 % durch Anbauvereine gedeckt wurden.

Derzeit wird ein bedeutender Teil der legalen Cannabisversorgung über den Medizinalcannabis-Bereich abgedeckt. Dies bestätigen die Zahlen des Imports von Cannabis nach Deutschland. So nahmen im ersten Halbjahr 2025 nahmen die Importe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 400 Prozent zu – von rund 19 auf rund 80 Tonnen.

Der Missbrauch ärztlicher Verschreibungen ist dabei zu kritisieren und zu verhindern. Dennoch stellt Medizinalcannabis aus Verbraucherschutzpolitischer Sicht die sicherste Möglichkeit dar, die Bevölkerung flächendeckend mit pharmazeutisch geprüften, qualitativ hochwertigen Produkten zu versorgen.

Eine Erschwerung des Zugangs zu medizinischem Cannabis würde hingegen dazu führen, dass Konsument*innen die Medizinalcannabis zu Freizeit Zwecken nutzen, verstärkt in den unkontrollierten Eigenanbau oder zurück auf den Schwarzmarkt ausweichen müssten. Aus diesen Gründen ist die Empfehlungen der Ausschüsse abzulehnen.

Angesichts der derzeitigen Problematik erscheint eine Überführung von Cannabisblüten in den Bereich der rezeptfreien (OTC), verschreibungsfähigen Arzneimittel als sinnvoll Lösung um Missbräuliche Verschreibungen und Verbraucherschutz zu befrieden. Dies würde den Zugang zu standardisierten, geprüften Produkten für Patient*innen und Konsument*innen erleichtern und zugleich die Notwendigkeit fragwürdiger Online-Verschreibungen eliminieren.

Da jedoch nicht alle Apotheken über die notwendigen Kenntnisse, Kapazitäten verfügen und zum Teil ihren moralischen Status als Heilberufler infrage stellen, sollte für die Abgabe von Cannabispräparaten eine spezialisierte freiwillige Weiterbildung für Apotheker*innen angeboten werden. Apotheken, die diese Qualifikation erwerben, könnten den Verkauf von Cannabisblüten übernehmen, während andere Apotheken von der Abgabepflicht entbunden werden.

Darüber hinaus unterscheidet sich die Beratung zu Cannabisblüten grundlegend von der Beratung zu klassischen Arzneimitteln wie beispielsweise Ibuprofen-Tabletten. Aufgrund der komplexen organoleptischen Eigenschaften der Cannabispflanze und der Begleitenden Wirkung durch verschiedene Terpene der Pflanze ist eine vertiefte pharmazeutische Beratung am Arzneimittel erforderlich. Diese Beratung kann nur durch geschultes Apothekenpersonal vor Ort, und nicht durch den verschreibenden Arzt gewährleistet werden.

Diese Änderung würde nicht nur die Qualität der Patient*innen-Beratung verbessern, sondern auch eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken bewirken, dem fortschreitenden Apothekensterben entgegenwirken und zusätzlich Hausärzte entlasten, welche durch den Vorgeschlagenen Gesetzesentwurf mit einer zunehmenden Erstkonsolidierung von Freizeitkonsumenten rechnen müssten. Angesichts dieser Sachlage erscheint eine Einstufung als OTC-Arzneimittel umso sinnvoller.

Forderung:

- Wir fordern, eine Reformierung der Legalisierung von Cannabisblüten in ihrer jetzigen Form, insbesondere eine bessere Kontrolle für Cannabis aus den CSCs eine bessere Kontrolle der Bezugsmöglichkeiten zum eigenen Anbau von Cannabisblüten.
- Überführung von Cannabisblüten in den Bereich der OTC-Arzneimittel, um eine sichere, kontrollierte und standardisierte Abgabe zu gewährleisten.
- Wir fordern, Implementierung einer spezialisierten Weiterbildung für Apothekerinnen und Apotheker, die an der Abgabe von Cannabisblüten interessiert sind, um eine qualifizierte Beratung und Versorgung sicherzustellen.
- Freistellung von Apotheken, die sich nicht an der spezialisierten Weiterbildung beteiligen möchten, von der Pflicht zur Abgabe von Cannabisprodukten.
- Cannabisblüten werden als OTC zusätzlich in die OTC-Übersicht des Gemeinsamen Bundesausschusses aufgenommen, um eine Übernahme der Gesetzlichen Krankenkassen durch Begründung des Vertragsarztes zu ermöglichen.
- Kontrolle der monatlichen Abgabehöchstmengen für Cannabisblüten durch die ePA
- Cannabisblüten die im OTC verkauft werden sollen weiterhin nach Ph.Eur. 5.1.8 C freigegeben werden, wohingegen verschreibungsfähige Cannabisblüten nur nach Freigabe gem. Ph.Eur. 5.1.4 verkehrsfähig sind.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

D5_1/26 I want to be a strong (digitally) independent society!

1 Dass die amerikanische Regierung eine essenzielle Gefahr für die Demokratie und Souveränität von
2 Staaten weltweit darstellt, ist inzwischen bekannt. Diese Gefahr begrenzt sich aber nicht „nur“ auf die
3 analoge Welt. Die digitale Welt ist in den Händen einer kleinen Gruppe amerikanischer Konzerne, die
4 Betriebssysteme für Regierungen und Krankenhäuser weltweit bereitstellen, durch Social-Media-
5 Algorithmen Diskurse beeinflussen und die Cloud-Daten von Millionen Menschen speichern. Denkbar
6 ist, dass die amerikanische Regierung Druck auf amerikanische Konzerne ausübt, um Dienstleistungen
7 auch in der EU vorzuenthalten.

8 Wie stark die Abhängigkeit ist, zeigt beispielhaft der Fall des Chefanklägers Khan des Internationalen
9 Strafgerichtshofs. Er wurde mit einigen Kolleg*innen 2025 vom amerikanischen Präsidenten Trump mit
10 Sanktionen belegt und berichtete, dass er monatelang nicht auf sein Microsoft-Mail-Postfach zugreifen
11 konnte. Der Milliardär Elon Musk, der mit seinem Starlink-Satellitennetzwerk für viele Menschen in der
12 Ukraine oder aktuell im Iran den einzigen Zugang zum Internet bereitstellt, hat schon mehrfach damit
13 gedroht, diese Dienste einzuschränken.

14 Es wird Zeit, dass Deutschland und die EU digital unabhängig werden von amerikanischen Konzernen
15 und damit auch von der amerikanischen Regierung!

Öffentliche Infrastruktur schützen!

17 Öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen sind in Deutschland und weltweit massiv auf die Dienste
18 amerikanischer Unternehmen angewiesen. Im Jahr 2019 nutzten 96 % aller Bundesbehörden Windows
19 und das Microsoft-Office-Paket. Etwa drei Viertel der Daten der deutschen Behörden werden mit
20 Oracle-Lösungen verarbeitet. Das ist nicht nur eine Gefahr für die dauerhafte Arbeitsfähigkeit der
21 deutschen Behörden, wie der Fall des Internationalen Strafgerichtshofs zeigt, es ist auch eine finanzielle
22 Belastung. Allein der Deutsche Bundestag und die Ministerien zahlen jährlich etwa 200 Millionen € an
23 Lizenzverträgen an Microsoft. Auch viele Kliniken nutzen die Microsoft-Dienste und sind durch
24 steigende Preise finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt.

25 Seit einigen Jahren gibt es (deutsche) Open-Source-Alternativen zu den entsprechenden Programmen,
26 die aber von der Bundesregierung nicht aktiv genutzt werden. Das Zentrum für digitale Souveränität,
27 das vom BMI gegründet wurde, stellt das Programm OpenDesk zur Verfügung, das auch der ICC in
28 Zukunft nutzen will. In Deutschland finden diese Lösungen bisher kaum Verwendung; die Bundesländer
29 wurden in der Vergangenheit aktiv am Beitritt gehindert. Diese Haltung der Bundesregierung ist
30 unhaltbar – sie spielt mit der digitalen Handlungsfähigkeit des Landes.

Wir fordern daher:

- Die deutsche Bundesregierung, alle Ministerien und der Bundestag müssen auf Open-Source-Lösungen umsteigen.
- Langfristig muss eine europäische Lösung entwickelt werden, die alle Bereiche von der Produktion von Hardware bis zu Online-Diensten abdeckt.

Save Social!

37 Soziale Netzwerke werden schon lange nicht mehr nur von „den jungen Leuten“ zum privaten
38 Austausch oder zu Unterhaltungszwecken genutzt. Immer mehr stehen auch „journalistische“ Inhalte
39 im Zentrum der Netzwerke. Journalistische Angebote sind dazu gezwungen, ihre Inhalte auch in
40 sozialen Netzwerken zu teilen und sich dort den Regeln der Algorithmen zu beugen – oder sie verlieren
41 ihr Publikum und damit auch ihre finanzielle Grundlage. Welcher Inhalt wem ausgespielt wird, wird
42 dabei von Algorithmen der Plattformen gesteuert, die von außen nicht einsehbar sind. Die Auswahl von
43 Inhalten folgt dabei aber keineswegs dem Interesse des Gemeinwohls oder journalistischen
44 Qualitätsansprüchen. Erfolgreich sind Inhalte, die polarisieren und damit oft geteilt werden.

45 Dabei werden vermehrt KI-generierte Inhalte verwendet. Bilder und Videos, die angeblich Ereignisse
46 aus dem Zweiten Weltkrieg und den Konzentrationslagern zeigen sollen, vermitteln Geschichten, die
47 teilweise nie stattgefunden haben. Historische Figuren und Ereignisse werden für Klicks genutzt und
48 dabei umgedeutet oder einfach erfunden. Auf der Plattform „X“ kann die KI Grok dafür genutzt werden,
49 pornografische Inhalte von tausenden Mädchen und Frauen zu generieren, ohne dass diese darin
50 eingewilligt hätten. Die Diskursmacht sozialer Medien beeinflusst auch die Diskurse in Gesellschaft und
51 Politik.

52 Für uns als Jungsozialist*innen ist klar: Die Steuerung von Debatten und die Interpretation der
53 „Wahrheit“ dürfen nicht in den Händen einzelner Konzerne liegen.

54 Wir schließen uns der Initiative „Save Social“ an und fordern insbesondere:

- 55 • Die Bundesregierung soll die Plattform „X“ verlassen.
- 56 • Mit öffentlichen Geldern produzierte Inhalte müssen auch auf unabhängigen Plattformen zu
57 finden sein.
- 58 • Auf allen Plattformen muss die Möglichkeit der Verwendung von Outlinks, d. h. Links auf
59 Inhalte außerhalb der jeweiligen Plattform, ermöglicht werden.
- 60 • Plattformen müssen Verantwortung für geteilte Inhalte übernehmen.
- 61 • Die Nutzung von KI zur Erstellung pornografischer Inhalte muss strafrechtlich verfolgt werden.

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antragssteller*innen: Arbeitskreis Internationales der Jusos Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

E1_1/26 Nicht der Orange folgen - Eine neue transatlantische Realität

1 Als Jusos ist uns eine gewisse US-Skepsis nicht neu. Während oft von einem Sinnbild der Demokratien
2 und dem Land der unendlichen Freiheiten gesprochen wurde, sahen die Realitäten oft anders aus.
3 Innenpolitisch hatte das Land schon immer eine komplexe Auseinandersetzung mit Rassismus und
4 insbesondere in ihrer Außenpolitik wirkten die USA nicht als Garant für Frieden, Freiheit und
5 Demokratie. Zu oft wurden eigene Interessen verfolgt, sich über Regeln und Konventionen
6 hinweggesetzt, die von anderen eingefordert wurden. Dennoch, die USA haben für Europa eine
7 gewisse Stabilität garantiert.

8 Wir wussten alle, dass eine zweite Amtszeit unter Trump schwer werden würde. Das Ausmaß, die
9 Dreistigkeit und Schnelligkeit seiner Handlungen übertreffen jedoch selbst die schlimmsten
10 Befürchtungen. Fast täglich häufen sich neue Schlagzeilen. Es gibt genug, das sich innenpolitisch
11 kritisieren lässt. Trump ist im wahrsten Sinne des Wortes dabei, ein autoritäres Regime aufzubauen.
12 Wer nicht die „Project 2025“ gelesen hat, weiß dies spätestens seit den Bildern der hingerichteten,
13 friedlichen US-Bürger*innen und Protestant*innen. Ganz nach Trumps Strategie gibt es dabei jedoch
14 so viel zu kritisieren, dass eine Aufzählung all seiner Untaten förmlich unmöglich wird. Da eine Analyse
15 seiner internationalen Tätigkeiten nicht weniger Aufmerksamkeit benötigt, gilt es zumindest, die
16 Geschehnisse der jüngsten Zeit klar zu benennen und aufs Schärfste zu kritisieren. Auch um nicht
17 hinzunehmen, dass die regelbasierte Weltordnung vor unseren Augen zertrümmert wird.

Gegen imperiale Außenpolitik

18 Dass sich die USA in die Innenpolitik souveräner Länder einmischen, ist nichts Neues. Diese Ambitionen
19 waren aber nie so offensichtlich, nie so dreist. Jenseits der innenpolitischen Lage in Venezuela ist das
20 Vorgehen von Trump absolut inakzeptabel. Es wurde nicht nur in ein souveränes Land militärisch
21 eingedrungen, sondern ein Staatsoberhaupt entführt. Dies bricht die UN-Charta in jeglicher Hinsicht.
22 Inzwischen wird klar, dass Trump Nord- und Südamerika als seine alleinigen Einflusszonen ansieht, in
23 der seine Interessen notfalls mit Gewalt und unter Bruch des Völkerrechts durchgesetzt werden. Wie
24 führende Vertreter*innen der US-Regierung ausdrücklich unterstreichen, möchten die USA ihre Ziele
25 von nun an verstärkt mit Dominanz und Gewalt erreichen anstatt mit friedlicher internationaler
26 Kooperation auf Augenhöhe. Auch Trumps Zollpolitik ist hierbei als Ausdruck seiner imperialistischen
27 Politik zu verstehen. Diese Zölle werden gegenüber vielen Ländern als mächtiges Druckmittel
28 eingesetzt. Ein Staat, der wirtschaftliche Abhängigkeiten ausnutzt, um zu kriegen, was er will, ist kein
29 verlässlicher Handelspartner.
30

31 Die Entwicklung von Trumps Politik gegenüber Grönland ist ein letzter Weckruf für Europa: Die USA
32 drohten, Grönland, das autonomer Teil Dänemarks ist, gegen den Willen der Grönländer*innen und
33 Dän*innen völkerrechtswidrig unter Androhung von Gewalt und auf absurde Weise zu kaufen oder
34 gewaltsam militärisch zu annektieren. Als europäische Länder Unterstützung für Grönland
35 ausgedrückten, drohten die USA erneut mit Zöllen als Druckmittel, um einen Kauf Grönlands zu

erzwingen. Zum ersten Mal richtete sich die imperialistische amerikanische Politik damit direkt gegen Europa.

Trumps Umgang mit multilateralen Institutionen

Außenpolitisch entziehen die USA unter Führung von Trump internationalen Organisationen ihre politische und finanzielle Unterstützung, was besonders in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit katastrophale Auswirkungen auf das Leben von Menschen hat. Der Zerfall der Weltordnung verläuft nicht nur über Kriege, sondern über die Demontage von Institutionen. Trump zielt darauf ab, dass internationale Gerichte, UN-Institutionen und humanitäre Organisationen finanziell ausbluten oder politisch eingeschüchtert werden. Internationale Stabilität und Hilfeleistungen werden für das „MAGA“-Dogma aufgeopfert. Denn der Rückzug von Beiträgen und das Knüpfen an Konditionen durch Großzahler wie die USA kann schnell zu Finanzierungskrisen und wegfallenden Leistungen der Organisationen führen. Gerade wenn Staaten internationale Institutionen offen angreifen oder delegitimieren, ist die Verteidigung dieser Institutionen nicht Symbolpolitik, sondern die Voraussetzung dafür, dass internationales Recht nicht zur leeren Formel wird.

Nebenbei baut Trump neue Organisationen wie seinen „Friedensrat“ auf, der bewusst in Konkurrenz mit den UN und anderen Organisationen stehen wird. Die alten Institutionen werden aktiv abgebaut und mit neuen ersetzt, die unter stärkerer Kontrolle von Trump stehen. Seine autoritären Ambitionen beschränken sich also nicht nur auf die Innenpolitik.

Ausbeutung und Instrumentalisierung der internationalen Friedensprozesse

Insbesondere in den Kriegen in Gaza und der Ukraine sehen wir, dass Trump nicht an dem Friedensprozess selbst, sondern nur an seinem eigenen Vorteil interessiert ist. Es ist klar, dass es der Ukraine nach dem Krieg wirtschaftlich sehr schlecht gehen wird. Dass diese nun als Kondition für einen Friedensvertrag Zugeständnisse für Rohstoffe geben soll, ist pervers. Wiederholt stellte die US-Regierung die Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg in Frage, stellte sich eher auf die russische als auf die ukrainische Seite und verhandelte über die Köpfe der Europäer*innen und insbesondere der Ukraine hinweg mit Russland über eine Beendigung des Krieges. Das alles zeigt: Die USA unter Trump sind nicht an einem nachhaltigen und gerechten Frieden in der Ukraine interessiert, sondern an ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung und besseren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Aggressor Russland. Wir selbst bekennen uns klar dazu, dass die Ukraine Teil der Europäischen Union werden wird. In diesem Zuge ist es inakzeptabel, dass die Leidtragenden des Angriffskrieges durch Russland, in solche Zugeständnisse getrieben werden könnten.

Während in Gaza Tausende ihr Leben verlieren, träumt Trump von einer Immobilieninvestition an der Küste. Diese realitätsfernen Vorstellungen müssen scharf kritisiert werden. Auch hier dürfen wir als Europa nicht zulassen, dass Trump einen Vorteil aus dieser Tragödie ziehen kann.

Das Ende der amerikanisch-europäischen Freundschaft

Europa als ehemals enger Verbündeter der USA ist von Trumps Politik direkt negativ betroffen, da wir sicherheitspolitisch und wirtschaftlich stark von den USA abhängig sind. Trumps Politik übergeht europäische und besonders ukrainische Sicherheitsinteressen gegenüber Russland und bedroht im Fall von Grönland europäische Länder auf aggressive Weise. Zusätzlich verhängte die US-Regierung hohe Einfuhrzölle gegen die EU, drückte ihre Verachtung von liberalen und demokratischen Werten in

77 Europa aus und kündigte die Unterstützung gleichgesinnter rechtsextremer und autoritärer Parteien
78 an.

79 Vor dem Hintergrund dieser zunehmend unzuverlässigen und sogar feindseligen und erpresserischen
80 Einstellung gegenüber europäischen Partner*innen müssen wir unsere transatlantische politische
81 Strategie ändern. Auf sämtliche amerikanischen Drohungen und Eskalationen haben europäische
82 Regierungen aufgrund der starken Abhängigkeit von den USA bislang vor allem durch Beschwichtigung,
83 Zugeständnisse und übermäßiges Lob von Donald Trump reagiert, um Schlimmeres zu verhindern. Weil
84 diese Politik nicht dazu geführt hat, dass die USA wieder zu einem freundschaftlich-kooperativen
85 Verhältnis zurückkehren, sondern im Gegenteil Donald Trump zu immer mehr Drohungen und
86 Missachtung europäischer Interessen animiert hat, müssen wir daraus lernen und unsere Strategie
87 ändern: Die neue, nicht mehr freundschaftliche Beziehung zu den USA muss Europa aktiv und
88 selbstbewusst gestalten.

89 **Deshalb fordern wir:**

- 90 • Die EU soll bei zukünftigen Drohungen und Sanktionen der USA entschieden und mit Rückgrat
91 antworten. Statt auf Beschwichtigungspolitik zu setzen, soll die EU es glaubhaft machen, dass
92 in solchen Fällen, die ihr zur Verfügung stehenden Machtinstrumente genutzt werden. Dazu
93 gehören Gegenzölle, der Verkauf von US-Staatsanleihen, Aufkündigung von US-Militärbasen
94 und das EU-Anti-Coercion-Instrument.
- 95 • Europa muss sicherheitspolitisch und wirtschaftlich unabhängiger werden. Dazu muss die EU
96 ihre militärischen Kapazitäten eigenständig denken und Rollen, die zuvor von den USA
97 eingenommen wurden, eigenständig füllen. Gerade im Hinblick auf IT muss mehr auf
98 europäische Produkte gesetzt werden. Bei kritischer Infrastruktur müssen amerikanische
99 Unternehmensbeteiligungen auf Sicherheitsrisiken überprüft werden, ähnlich wie bei China.
100 Lieferketten müssen diversifiziert und die in den USA gelagerten Goldreserven zurück nach
101 Europa geholt werden. Die zunehmende Integration europäischer Streitkräfte ist zentraler
102 Bestandteil dieser europäischen Sicherheitsstrategie mit dem langfristigen Ziel einer
103 europäischen Armee.
- 104 • Trotz schwierigen transatlantischen Verhältnisses soll Europa den Austausch mit
105 amerikanischen politischen Akteur*innen fortführen, insbesondere mit oppositionellen
106 Kräften aus Politik und Zivilgesellschaft. Die autoritären Entwicklungen in den USA werden auf
107 das Stärkste kritisiert. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Akteur*innen, die sich für
108 Demokratie und Menschenrechte in den USA einsetzen.
- 109 • Europa muss Solidarität mit Grönland und Dänemark zeigen, wenn sie bedroht werden. Auch
110 ein Kauf Grönlands durch die USA unter Androhung von Gewalt ist völkerrechtswidrig und von
111 Anfang an unwirksam. Die Absurdität dieses Vorhabens muss klar benannt werden. Das
112 Selbstbestimmungsrecht der Grönländer*innen muss verteidigt werden und jede Verhandlung
113 über die Zukunft Grönlands muss unter Beteiligung Grönlands stattfinden. Eine Stationierung
114 von europäischen Truppen in Grönland soll angeboten werden, inklusive der Bundeswehr. Wir
115 ermöglichen Grönland den Beitritt zur EU und verstärken den zivilgesellschaftlichen Austausch
116 mit der Bevölkerung, insbesondere in Bezug auf die dänische koloniale Vergangenheit und
117 Verbrechen wie die systematische Zwangsverhütung mit der "Spiralen-Kampagne".
- 118 • Die wegfallenden Zahlungen durch die USA sollen zumindest teilweise von der EU und
119 Deutschland insbesondere als reichstes Mitglied der Union abgefangen werden, unter

- 120 anderem durch Überbrückungs- und Stabilitätsfonds und mehrjährige Zusagen, statt
121 kurzfristiger Ad-hoc-Zahlungen.
- 122 • Deutschland und die EU sollen sich explizit gegen die politische Einschüchterung,
123 Delegitimierung oder Sanktionierung internationaler Institutionen und ihres Personals stellen
124 und entsprechende Maßnahmen ergreifen, wie diplomatische Gegenmaßnahmen und
125 rechtliche Unterstützung.
 - 126 • Deutschland und Europa müssen mit gutem Beispiel vorausgehen. Wir selbst dürfen nicht
127 selektiv vorgehen, wann wir uns an völkerrechtliche Bestimmungen halten.

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

E2_1/26 États-Unis – als Antwort Europa

1 Die Welt hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. Es gibt neue Fragen, die uns gestellt werden,
2 neue Anforderungen und Herausforderungen, die es vor 20 Jahren noch nicht gab, die aber
3 beantwortet werden wollen.

4 Die USA waren noch ein Verbündeter, auf den wir bauen konnten. Trotz aller berechtigter Skepsis einer
5 US-zentristischen Welt, in der sich die USA nicht selten selbst über ihre eigenen Regeln hinweggesetzt
6 haben, konnten wir als Europäer*innen dennoch von Stabilität und Sicherheit profitieren. Mit Trump
7 haben wir einen US-Präsidenten, der die regelbasierte Weltordnung nicht nur missachtet, sondern
8 aktiv bekämpft. Dabei ist die „MAGA“-Politik inzwischen in einem Mehrheitsfähigen Teil der US-
9 Bevölkerung, tief verwurzelt. Damit wird Trumps Isolationskurs auch nicht mit seiner Abwahl
10 verschwinden. Als Europa stehen wir wie nie zuvor, isoliert auf der internationalen Bühne, allein da.
11 Dies heißt auch, dass wir nicht mehr an unserem komfortablen Denken festhalten können, dass die
12 großen Supermächte, separaten Einzelstaaten genauso wie bisher zuhören werden. Deutschland allein
13 kann im Angesicht von Mächten wie China und den USA nicht mehr darauf vertrauen, dass wir gehört
14 werden.

15 Das wir isoliert und geschwächt dastehen bleibt nicht das einzige Problem. Wir haben in den letzten
16 Jahren erlebt, wie mächtige Länder wie China und Russland Ambitionen, jenseits ihrer Grenzen
17 entwickeln. China bekennt sich klar zu dem Ziel, Taiwan auch mit militärischen Mitteln einzunehmen.
18 Russland versucht diese Ambitionen durch seinen Angriffskrieg auf die Ukraine bereits umzusetzen.
19 Das Völkerrecht wird immer mehr als Empfehlung angesehen und besonders Sicherheitspolitisch haben
20 sich damit neue Realitäten aufgetan. Damit sind wir nicht nur militärisch vulnerabel, sondern auch
21 politisch. Überall dort, wo wir Unklarheit und fehlendes Bekenntnis zu unseren Werten und Ideen
22 erlauben, geben wir aggressiven Staaten die Möglichkeit, diese Schwächen auszunutzen. Damit können
23 Bündnisse aufgebrochen, Partner*innen gespalten und rechte Rhetorik auch innenpolitisch salonfähig
24 gemacht werden.

25 Schon bevor vertrauenswürdige Partnerstaaten abgenommen und aggressive Staaten zugenommen
26 haben, konnten wir die Grenzen der internationalen Ordnung erkennen. Existenzielle Probleme wie der
27 Klimawandel sind uns seit Jahrzehnten bekannt. Fortschritt war seitdem schleppend bis non-existent.
28 Die fragmentierten Stimmen vieler einzelner Staaten, schaffen scheinbar nicht genug Resonanz, um
29 echte Veränderung bewirken zu können. Mit dem Wegfall der USA als zuverlässiger Partner, kann dies
30 nun unser Weckruf sein, um etwas zu schaffen, dass effektiver und lauter unsere Werte auf der
31 internationalen Bühne vertreten kann. Mehr als es die transatlantische Kooperation je konnte.

32 Die Europäische Union ist dabei unsere beste Chance, dass unsere Werte auf der internationalen Ebene
33 nicht untergehen und wir als europäische Mitgliedsstaaten nicht mundtot werden. Mit ihr können die
34 momentanen Probleme der Welt auch wirklich durch enge und effektive Kooperation gelöst und wir
35 unabhängig von den USA agieren können. Denn dort, wo die USA jetzt gerade hingehen, dürfen wir
36 ihnen nicht folgen.

37 In ihrer jetzigen Form wird die europäische Union dieser Rolle und ihrem Potential aber nicht gerecht.
38 In vielerlei Hinsicht ist die EU in ihren Strukturen zu sperrig, zu technokratisch, undemokratisch und zu

wirtschaftsliberal fokussiert. Sie selbst tritt zu selten als eigenständige Akteurin, nach innen als auch nach außen, auf. Besonders klar wird dies in der Migrationspolitik, in der die EU eher einer Festung gleicht, um Migrant*innen außen zu halten, anstatt geopolitische Realitäten und Ursachen der Migration nachhaltig aufzuarbeiten. Die EU kann mehr.

Und es gibt viel, dass man tun kann. Wesentliche Stellschrauben, die das Potential dieser Union maßgeblich verbessern werden, sind:

- Das Abschaffen des Vetos im Minister*innenrat. Der wesentliche Grund, warum eine einheitliche und aussagekräftige EU-Außenpolitik sich in der Praxis als schwierig erweist, ist dass sich in Abstimmungen alle einig sein müssen.
- Eine Reform im Minister*innenrat macht es zukünftig einfacher, gemeinsame Schulden aufzunehmen, was eine enorme Bandbreite an Handlungsoptionen öffnet.
- Momentan kann nur die EU-Kommission Gesetze einbringen. Dieses Initiativrecht muss auch auf das EU-Parlament und den Minister*innenrat erweitert werden.
- Die Wahl des/der Kommissionspräsident*in als auch des/der Präsident*in der EU muss demokratisch, entweder direkt nach präsidialem Prinzip oder durch das EU-Parlament geschehen.

In diesen und weiteren Maßnahmen wird nicht nur auf eine engere Union, sondern auf einen explizit föderalen, demokratisch legitimierten und kompetenten europäischen Staat gezielt, der unsere tiefsten Grundwerte aufgreift. Die Mitgliedsstaaten sollen weiterhin, weitreichende Kompetenzen erhalten. Aber nur eine starke und handlungsfähige, übergeordnete Ebene kann eine gemeinsame Politik nach außen hin koordinieren und ein gutes Leben nach innen hin aufrechterhalten. Die europäische Föderation wird die Mitgliedsstaaten nicht entmachten, sondern überhaupt erst eine effektive Außenpolitik, und eine noch tiefere, geregelte Kooperation innerhalb der EU ermöglichen.

Wir wollen uns nicht von der Welt distanzieren, und uns stattdessen befähigen antidemokratischen Mächten nicht nachgeben zu müssen. Nur so können wir demokratische, feministische und soziale Politik überhaupt erst ermöglichen und Probleme des Friedens und des Klimas tatsächlich lösen. Denn in der momentanen Weltlage, wird dies wohl niemand anderes tun. Während die USA ihre demokratischen Ideale aufzugeben scheint, ist eine geeinte EU ein Zeichen für den Rest der Welt, dass die demokratische Idee noch nicht gescheitert ist. Gerade nach innen gerichtet, bietet ein Umdenken des wirtschaftsliberalen Kerns der EU auch eine neue soziale Perspektive. Besonders im Hinblick auf flächendeckende Besteuerung der Reichen, oder eine menschenwürdige Migrationspolitik. Unsere Möglichkeiten sind nur durch unser Bekenntnis zum europäischen Projekt begrenzt.

Darum fordern wir:

- die derzeitigen, internationalen Realitäten als solche anzuerkennen und klar zu benennen. Darauf aufbauend muss es eine zukunftsorientierte Neuausrichtung in unserer internationalen Strategie geben, anstatt an der alten, bröckelnden Weltordnung festzuhalten.
- ein Umdenken und Weiterentwickeln der europäischen Idee. Die Europäische Union muss durch ambitionierte Reform, ein kompetenter und aktiver Akteur nach innen und vor allem nach außen werden.
- einen föderalen, europäischen Staat, um eine eigene, politische Vision für den Kontinent und ihren Mitgliedern zu ermöglichen

- 80 • wir bekräftigen unseren Beschluss nach einer gemeinsamen europäischen Armee und
81 unterstreichen unsere Forderung nach einer Erweiterung der EU, unter anderem durch einen
82 baldigen Ukraine Beitritt

Arbeitsbereich O: Organisation und Parteireform

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O1_1/26 Wir bleiben laut für unser Berlin – Unser Jugendwahlprogramm 2026

2026 geht es um viel: Unsere Stadt steht vor der Entscheidung, ob es mit konservativen bis rechtsextremen Politiker*innen zurück in die Vergangenheit geht oder ob unsere Forderungen nach einem solidarischen Berlin für alle endlich Realität werden.

Nach 30 Jahren Regierungsverantwortung steht die SPD in der Verantwortung, die großen Probleme und Herausforderungen, vor denen Berlin steht, nicht nur zu verwalten, sondern aktiv anzugehen und zu lösen.

Unser Berlin ist solidarisch. Unser Berlin hat für alle Menschen einen Platz, egal, wer sie sind, woher sie kommen, oder ob und was sie arbeiten. Wir setzen uns für die Menschen und Themen ein, die zu oft nicht gehört werden und die darüber entscheiden, wem die Zukunft in Berlin gehört. Für uns steht fest: Wir bleiben laut für Berlin!

Wahlkampf ist für uns Jusos Berlin mehr als Wahlwerbung. Es ist der Moment, in dem wir zeigen, wofür wir stehen und wie wir Politik machen: solidarisch, laut und nah an den Lebensrealitäten der Menschen in dieser Stadt. Gerade in Berlin, wo Mieten explodieren, soziale Ungleichheit wächst und rechte Kräfte stärker werden, ist ein klarer, linker Wahlkampf notwendig. Für uns bedeutet Wahlkampf zuhören, beteiligen und gemeinsam Druck für Veränderung aufbauen – in den Kiezen, an Unis, Schulen und auf der Straße. Mit Blick auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wollen wir Politik erlebbar machen und Menschen einladen, sich einzumischen.

Wir sind die Stimme der jungen Berliner*innen, die sich das Leben in dieser Stadt noch leisten wollen. Unbequem für Reiche & Konzerne, solidarisch für alle anderen.

Wir bleiben laut für eine bezahlbare Stadt

Für uns ist klar: Wir kämpfen für ein bezahlbares Berlin. Zentral ist hier der Wohnungsmarkt. Dieser darf nicht dem freien Markt überlassen werden, sondern muss klar reguliert werden und gehört in die öffentliche Hand. Es darf nicht sein, dass aus Grundbedürfnissen wie dem Dach überm Kopf Profite geschlagen werden und Dividendenausschüttungen sowie Spekulation der Konzerne den Wohnungsmarkt dominieren. Wir als Jusos stehen weiterhin klar für die Vergesellschaftung von Deutsche Wohnen und Co. Enteignen ein.

Wir kämpfen für eine Stadt, in der Auszubildende von ihrer Arbeit leben können. Deswegen wollen wir Azubi-Werke, die Auszubildende während ihrer Ausbildung zur Seite stehen und Wohnräume spezifisch für sie schaffen, die weitere Finanzierung des Azubi-Tickets und die Umsetzung einer Ausbildungsplatzumlage. Wir kämpfen für eine höhere Mindestausbildungsvergütung. Zudem fordern wir mehr Betriebsratsgründungen ein, welche auch die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen erhöhen und damit die Sichtbarkeit und Rechte von jungen Menschen und Nachwuchskräften im Betrieb sicherstellen.

Wir bleiben laut für eine nachhaltige Stadt

Wir setzen uns ein für Klimaschutz in allen Bereichen der Stadtentwicklung. Dazu gehört der Ausbau nachhaltiger Mobilität und ein nachhaltiger Bausektor. Unser Berlin gehört allen. Deswegen kämpfen wir für den Erhalt von Parks und Freiräumen in unserer Stadt, in denen sich alle konsumfrei, geschützt vor Wetterbedingungen und sicher aufhalten können.

Wir bleiben laut für eine vielfältige Stadt

Berlin ist vielfältige Regenbogenhauptstadt mit vielen Perspektiven. Diskriminierung jeglicher Art lehnen wir entschieden ab und stärken die Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen in unserer Stadt. Hierbei denken wir intersektional und spielen verschiedene Diskriminierungsformen nicht gegeneinander aus, sondern denken diese miteinander.

Unsere Stadt wurde unter anderem von verschiedenen Generationen unterschiedlicher Länder von sogenannten "Gastarbeiter*innen" und "Vertragsarbeiter*innen" geprägt. Wir wollen ihre Sichtbarkeit erhöhen und klar gegen Rassismus vorgehen. Wir wollen eine Teilhabe für alle ermöglichen und dementsprechend auch den Zugang zu Behörden vereinfachen.

In der näheren Vergangenheit gab es viele Angriffe auf queere Vereine und Personen. Solche Taten tragen dazu bei, dass betroffene Personen sich vermehrt unwohl fühlen und auch um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen. Deshalb wollen wir, dass alle Bezirke und das Land Berlin entschieden gegen jede Art der Queerfeindlichkeit entgegentritt und Projekte, Verwaltung und Bildung in den Bereichen besser finanziert.

Auch der Kampf gegen Antisemitismus ist sehr wichtig. Leider hat dieser auch stark zugenommen, was uns darin bekräftigt, wie wichtig weiterhin Erinnerungsarbeit, Aufklärung und der Schutz jüdischer Einrichtungen ist.

Wir haben den klaren Anspruch auf Inklusion und Barrierefreiheit in der Stadt. Deswegen muss Berlin für alle Menschen mit Behinderung vollumfänglich zugänglich sein. Alle Behörden müssen Inklusion Behörden vollumfänglich in allen Fachbereichen berücksichtigen, um die notwendige Teilhabe zu ermöglichen.

Zu einer vielfältigen Stadt gehört zwangsläufig die Bekämpfung rechter Straftaten und die Förderung von intersektionalen Antifa- und Demokratieförderstrukturen. Es braucht die ausreichende Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere in Randbezirken und eine vollständige Ausfinanzierung von Demokratieförderprojekten.

Wir bleiben laut für soziale Sicherheit

Es darf keine Einsparungen beim Ausbau sozialer Sicherheitssysteme geben. Menschen, die von Armut und Diskriminierung betroffen sind, müssen nachhaltig geschützt werden. Es braucht einen dringenden Ausbau von Notunterkünften sowie die Schaffung staatlicher Unterkünfte für obdachlose FINTA und für queere Menschen in allen Stadtteilen.

Repressiven Maßnahmen, wie die Einzäunungen öffentlicher Räume und die Aufrüstung der Polizei bei gleichzeitiger Einschränkung von Freiräumen, stellen wir uns entgegen und fordern stattdessen den generellen Fokus auf Prävention in der Innenpolitik. Dazu kommt die Ausfinanzierung von Hilfsdiensten und der Ausbau von Ombudsstellen.

Wir bleiben laut für ein gerechtes Bildungssystem

Der Ausbau und die Stärkung kostenfreier Bildung ist essentiell. Wir kämpfen weiter für die Abschaffung von Gymnasien und den Ausbau von Gemeinschaftsschulen. Außerdem muss Schule und

Unterricht diskriminierungssensibel und intersektional gedacht werden: Es braucht eine Anpassung der Lehrpläne, Weiterbildungen für Lehrkräfte und die langfristige Finanzierung von Antidiskriminierungsarbeit. Der Ausbau genereller Unterstützungsangebote für Kinder- und Jugendliche und der Schulsozialarbeit sowie die Stärkung außerschulischer Bildungs- und Demokratieangebote ist ebenso erforderlich.

Wir bleiben laut für eine solidarische Kulturlandschaft in Berlin

Der Kulturbereich ist immens von Kürzungen betroffen. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Stattdessen kämpfen wir an der Seite von Kulturschaffenden für bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Prekarisierung im Kulturbetrieb. Im Zentrum stehen die Forderungen nach einem Kulturfördergesetz, verbindliche tarifliche Regelungen, die verpflichtende Erfassung von Überstunden, die Absicherung von Projektarbeiten und vieles mehr.

Kultur bedeutet Teilhabe für alle, weswegen wir uns für kostenlose Kulturtickets für junge Menschen und sozial benachteiligte Personen einsetzen, die bisher in erheblichem Maße von Kulturveranstaltungen ausgeschlossen werden. Gleichmaßen wollen wir die Akteur*innen eines vielfältigen Kulturbetriebs stärken und setzen uns für die Sichtbarmachung von marginalisierten Gruppen im Kulturbereich sowie die Stärkung von Kulturinitiativen, die von jungen Menschen getragen werden, ein.

Unser Wahlkampf:

Wir machen Wahlkampf an den Orten, an denen auch unsere politischen Kämpfe stattfinden: Verteilungen vor Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendtheatern, Schulen, am Campus, vor Oberstufenzentren oder beim Jugendzentrum: Wir werden dort sein. Wir setzen dabei nicht nur auf Verteilungen, sondern auf partizipative Mitmach-Angebote - in ganz Berlin, aber besonders in den mitgliederschwachen Kreisverbänden. Außerdem erkennen wir die Bedeutung von Social Media als einen zentralen Ort des politischen Diskurses für junge Menschen an. Wir sind entschlossen, diese Plattformen zu bespielen, dort in den Austausch zu treten und sie nicht rechten Kräften zu überlassen.

Wir nehmen unsere Verantwortung als größte linke politische Jugendorganisation wahr und positionieren uns in unserem Jugendwahlkampf für ein internationalistisches, feministisches, antifaschistisches, antirassistisches und sozialistisches Berlin.

Dabei werden wir Wahlkampf nicht alleine machen. Wir wollen Jusos aus ganz Deutschland aktiv einbinden und uns hierfür, aber auch für einen gemeinsamen Überbau, mit der Juso-Bundesebene und den Jusos Sachsen-Anhalt und den Jusos Mecklenburg-Vorpommern im Wahlkampf austauschen.

Die Ziele unseres Jugendwahlkampfes sind dabei:

- Keinen reinen Abwehrkampf gegen rechte Parteien. Wir stellen unsere Vision einer progressiven und lebenswerten Zukunft in den Fokus.
- Junge Perspektiven und Anliegen in den Fokus nehmen und das auch für die politischen Entscheidungsprozesse langfristig bewirken.
- Die Perspektiven und Visionen der jungen Generation müssen eine zentrale Rolle in der Politik und im Wahlkampf der SPD einnehmen.
- Mobilisierung der Wähler*innenschaft: Wahlbeteiligung junger Menschen erhöhen und stärkste Partei bei jungen Wähler*innen und Erstwähler*innen werden.
- Unterstützung unserer Juso-Kandidat*innen.

- 118 - Wahlkampf zur Neumitgliedergewinnung: Wir wollen junge Menschen über den Wahlzettel
119 hinaus für unsere jungsozialistischen Themen und Werte begeistern.
- 120 - Hervorhebung unserer Eigenständigkeit: Wir sind eine unabhängige und eigenständige
121 Jugendorganisation innerhalb der SPD und haben unsere eigenen Themen und
122 Überzeugungen, die der SPD-Politik in Teilen entschieden entgegenstehen.
- 123 Wir wollen nicht nur Stimmen sammeln für den Wahlkampf. Wir wollen junge Menschen politisieren,
124 neue Aktive gewinnen, unsere Themen sichtbar machen, linke Themen setzen, Druck auf die
125 Mutterpartei ausüben und zeigen, dass wir viele und laut sind!

Antragsteller*innen: erweiterter Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O2_1/26 Ergebnisse der Strukturreform I: Gremien auf Landesebene

Einleitung

Wie im Arbeitsprogramm beschlossen, haben wir uns als Landesverband mit unseren Strukturen in Gänze beschäftigt. Dabei halten wir vorab folgende Dinge fest: Der Landesverband besteht aus seinen 12 Kreisverbänden sowie aus den Gremien auf Landesebene: dem Landesvorstand, dem erweiterten Landesvorstand sowie den Arbeitskreisen.

Die Analyse unserer Strukturen zeigt allgemein, dass es viele Aufgaben gibt, vor denen Jusos im Land und in den Bezirken stehen, die zu Mehrfachbelastungen führen. Viele Genoss*innen in den Kreisen und auf Landesebene engagieren sich sehr stark für unseren Verband. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, dass Veranstaltungen oftmals nicht in dem Maße angenommen werden, für die sie geplant wurden. Hinzu kommt, dass Berlin als Bundeshauptstadt Ort vieler Bündnisse und Veranstaltungen ist, bei denen Jusos präsent sein sollten oder könnten.

Damit unser Landesverband bestmöglich funktioniert, muss eine gute und ausführliche Kommunikation zwischen den Kreisen und insbesondere dem Landesvorstand gegeben sein. Gleichzeitig sehen die Kreise die Arbeit des Landesverbands als gemeinsame Aufgabe mit den Gremien auf Landesebene und setzen das Landesarbeitsprogramm gemeinsam mit ihnen um. Dieser Antrag kann nur mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden.

Gremien auf Landesebene

Landesvorstand

Der Landesvorstand (Lavo) der Jusos Berlin ist das zentrale politische Führungs- und Organisationsgremium des Landesverbandes. Er trägt die Verantwortung für die strategische Ausrichtung der Jusos Berlin und vertritt den Verband nach außen als politische Stimme. Dabei kommt dem Lavo eine repräsentative Funktion zu, die sich nicht allein an formalen Kreiszugehörigkeiten orientiert, sondern auch gesellschaftliche Vielfalt sowie unterschiedliche politische Wirkungs- und Lebensrealitäten in Berlin abbildet.

Er schafft die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die politische Arbeit des Landesverbandes, organisiert Landesdelegiertenkonferenzen, landesweite Veranstaltungen und sorgt für funktionierende Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen. Eine zentrale Aufgabe liegt zudem in der strategischen Planung: Der Landesvorstand definiert in Abstimmung mit den Kreisen politische Prioritäten, entwickelt langfristige Perspektiven für den Landesverband und formuliert klare politische Linien. Auf Basis dieses politischen Kurses hat der Landesvorstand weiterhin die Kompetenz, kurzfristige Entscheidungen selbstständig treffen zu können. Weitere Inhalte und insbesondere werden auf der Landesdelegiertenkonferenz als höchstes beschlussfassendes Gremium des Landesverbandes eingebracht und dort abgestimmt.

In der Umsetzung dieser politischen Arbeit nimmt der Landesvorstand bewusst keine Funktion als formales Kreisvertretungsgremium ein. Vielmehr steht die Unterstützung und Stärkung der Kreisverbände im Mittelpunkt. Der Landesvorstand organisiert landesweite Vernetzungs- und Empowermentangebote. Zugleich sorgt er für eine bessere Rückkopplung zwischen Landes- und

Kreisebene und trägt politische Impulse und Bündniskontakte in die Kreise hinein, um sie in ihrer eigenständigen Arbeit zu stärken.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der intensiven Betreuung aller Kreisverbände. Diese soll künftig verbindlicher gestaltet und nicht nur schriftlich, sondern auch durch in der Regel monatliche persönliche (ggf. digitale) Treffen erfolgen. Ziel ist es, gute Bedingungen für politische Arbeit vor Ort zu schaffen, Konflikte frühzeitig zu erkennen, zu moderieren und den innerverbandlichen Austausch zu verbessern.

In seiner Zusammensetzung bleibt der Landesvorstand grundsätzlich unverändert, d. h. 1-2 Personen als Landesvorsitzende (davon mindestens eine FINTA-Person), bis zu 8 Stellvertreter*innen und der*die Landeskoordinator*in der Juso-Hochschulgruppen qua Kooptierung. Ebenso wird eine Vertretung der JSAG, sofern vorhanden, kooptiert. Die formale Anbindung der Kreisverbände erfolgt weiterhin über den erweiterten Landesvorstand, der als zentrales Kreisgremium die Rückkopplung von Entscheidungen und die Beteiligung der Kreise an der politischen Willensbildung sicherstellt. Die bestehenden Strukturen werden konsequent genutzt, um Aufgaben verbindlich zu verteilen, unterschiedliche Perspektiven systematisch einzubinden und den Landesvorstand als politisches Führungs-, und Organisations- gremium handlungsfähig auszugestalten und gleichzeitig zu entlasten.

Erweiterter Landesvorstand

Der erweiterte Landesvorstand (eLV) ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin nach der Landesdelegiertenkonferenz. Er tagt mindestens sechsmal im Jahr und kann bei Bedarf auch von mindestens drei Kreisverbänden zusätzlich einberufen werden. Dabei werden die sechs Termine festgelegt, um die langfristige Planung zu ermöglichen. Der eLV besteht aus jeweils zwei Mitgliedern jedes Kreises sowie dem Landesvorstand. Je ein von ihnen vorgeschlagenes Mitglied der Arbeitskreise sowie der Juso-Schüler*innen wird ohne Stimmrecht kooptiert. Der eLV ist bei Anwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig.

Die Kreise entsenden jeweils zwei Mitglieder, die durch Wahl innerhalb des Kreisverbandes bestimmt werden und bei Bedarf durch zwei gewählte Stellvertreter*innen vertreten werden können. Wenn möglich, soll unter diesen Mitgliedern jeweils ein Mitglied des Kreisvorstandes (Vorsitzende, Sprecher*innen, stellv. Vorsitzende, Beisitzer*innen) sein. Diese Delegationen müssen pro Kreis quotiert sein. Die Amtszeiten des erweiterten Landesvorstands beträgt zwei Jahre analog zu den Amtszeiten der Landes- und Kreisvorstände. Dieses neue Delegiertenprinzip wird mit den Wahlen der Landesdelegierten Anfang 2027 in den Kreisen umgesetzt. Ab dem Jahr 2028 gilt die Amtszeit von zwei Jahren. Damit wird bei der Landesdelegiertenkonferenz 1/2026 letztmalig der erweiterte Landesvorstand gewählt und die Amtszeit der Gewählten dementsprechend auf ein Jahr verkürzt.

Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstands werden turnusgemäß von zwei Kreisen mit Unterstützung des Landesvorstands vorbereitet. Dieser Turnus wird am Anfang eines jeden Jahres im eLV festgelegt, um eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen und eine gerechte Kreisaufteilung sicherzustellen. Bei der Vorbereitung dieser Sitzungen übernehmen die Kreise eine tragende Rolle, bspw. bei der Erstellung der Tagesordnung, der Einladung, der Raumsuche und der Protokollführung. Die Moderation bleibt dabei beim Landesvorstand. Durch die Verlagerung der Verantwortung auf die Kreise erhoffen wir uns eine höhere Teilnahme, eine differenzierte Themensetzung sowie eine stärkere Förderung des gegenseitigen Kennenlernens. Außerdem können die organisierenden Kreise in Betracht ziehen, die Sitzung, sofern möglich, in ihrem Bezirk durchzuführen. Dadurch erhoffen wir uns, mehr interessierte Mitglieder zu erreichen und eine konsequente Aufgabenverteilung zu ermöglichen.

Der Landesvorstand kann bei Bedarf Aufgaben an den eLV auslagern oder ihn einbinden. Hierzu gehören unter anderem die Organisation von Ansprechpersonen bei Demos, aber auch die Organisation größerer Veranstaltungen. Dazu kann der eLV auch dauerhafte Beauftragte aus seiner Mitte benennen, die Aufgaben, wie beispielsweise die Arbeit in bestimmten Bündnissen, langfristig übernehmen.

Die Sitzungen des eLV sind verbandsöffentlich und bestehen aus einem Bericht des Landesvorstands, Kurzberichten aus den Kreisen, einem Bericht aus den Arbeitskreisen alle sechs Monate sowie einer flexibel angepassten Tagesordnung.

Der eLV soll auch außerhalb der Landesdelegiertenkonferenzen thematisch arbeiten. So können die Kreise Anträge auch (vermehrt) in den eLV einbringen, in dem eine Beschlussfassung möglich ist. Insbesondere bei zeitkritischen Themen kann so eine schnelle Beschlussfassung erfolgen und die Position der Jusos Berlin zügig in die Stadtgesellschaft sowie in die SPD getragen werden. Darüber hinaus kann die Antragsarbeit intensiviert und gebündelt werden. Es besteht beispielsweise die Möglichkeit, Grundsatzanträge anzukündigen und diese gemeinsam mit interessierten Mitgliedern aus verschiedenen Kreisen zu formulieren.

Die Mitglieder des eLV sind zusätzlich in einer gemeinsamen Messengergruppe organisiert, in der kreisübergreifende Einladungen, Berichte des Landesvorstands sowie relevante Informationen geteilt werden können. Anträge, Protokolle und Beschlüsse des erweiterten Landesvorstands werden allen Mitgliedern rechtzeitig zugänglich gemacht. Die Protokolle werden weiterhin in alphabetischer Reihenfolge von den Kreisen übernommen und werden in der Regel eine Woche nach einer Sitzung allen eLV-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Kreisvorsitzendenrunde

Bei Bedarf kann zudem ein informelles Gremium aus Kreisvorsitzenden von diesen selbst oder dem Landesvorstand einberufen werden. Dies kann insbesondere bei der kurzfristigen Weitergabe von Informationen sinnvoll sein oder wenn es um die Sammlung von Einschätzungen aus allen Kreisen geht. Ein solches Gremium wird jedoch nicht formell eingerichtet.

Landesdelegiertenkonferenz

Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin. Es sollen mindestens zwei LDKen pro Jahr stattfinden. Zukünftig kann eine dieser nur an einem Tag durchgeführt werden, falls dies aufgrund von aktuellen politischen Umständen möglich ist.

Wir wollen uns an die vereinbarte Tagesordnung und Planung halten, um die LDK bestmöglich durchzuführen.

Weiterhin halten wir daran fest, dass die Kreise die Anzahl und Umfang der Anträge, welche zur LDK zur Behandlung gesendet werden, die Zahl vier nach Möglichkeit nicht übersteigen soll. Mit der Antragsfrist der LDK wird eine Priorisierung der eigenen Anträge eingereicht. Weitere Anträge können weiterhin bei Bedarf im eLV diskutiert und beschlossen werden. Dadurch verringert sich die Arbeitslast der anderen Kreise und Mitglieder und es bleibt mehr Zeit auf der LDK für Vernetzungen, Bildungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Formate. Um den Austausch der Mitglieder zu verbessern, können die Kreise perspektivisch mehr in die Organisation einer Verbandsparty eingebunden werden. Ziel ist, dass möglichst viele Mitglieder teilnehmen können.

Arbeitskreise

Wie bereits im Landesarbeitsprogramm beschlossen, gilt: Arbeitskreise (AKs) sind wichtige Bestandteile unseres Verbands. Sie schaffen die Möglichkeit, kontinuierlich an Themenbereichen zu arbeiten und über Kreisgrenzen hinweg Positionen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Sie arbeiten themenspezifisch. Zur Einrichtung eines Arbeitskreises ist die Vorlage eines kurzen Konzepts auf der LDK mit der thematischen Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr, sowie eine langfristige Perspektive für den Arbeitskreis erforderlich.

AKs stellen kein inhaltliches Expert*innengremium dar, dem die Deutungshoheit zu Themenbereichen obliegt, sondern vernetzen Genoss*innen unterschiedlicher Kreise und Erfahrungsstufen zu einem Interessengebiet. Sie organisieren regelmäßig inhaltliche Sitzungen und können so eine Schwerpunktsetzung ermöglichen. Die Sitzungsformate können dabei abwechslungsreich variieren und auch zur niedrigschwelligen Vernetzung dienen, um auch für Neumitglieder interessant zu sein. Hier eignen sich beispielsweise auch offene Vorstandssitzungen, um neuere Mitglieder auch frühzeitig in die Organisation einzubinden. Durch gemeinsame Sitzungen mit Kreisen wird ihre Arbeit landesweit sichtbar. Per Anträge und Änderungsanträge können sie sich ebenso wie Kreisverbände auf der Landesebene einbringen. Pro Arbeitskreis wird ein*e Vertreter*in in den eLV kooptiert.

Um eine zielgerichtete und ressourcenschonende Arbeit der AKs zu ermöglichen, werden die AKs aufgefordert, alle 6 Monate über ihre Tätigkeit, Planungen und mögliche Herausforderungen oder Probleme im eLV zu berichten. Hierfür wird im eLV alle 6 Monate genügend Zeit eingeplant und die AKs rechtzeitig informiert. Können AKs innerhalb von 12 Monaten 2x nichts berichten (d. h. es kann auch keine Meldung über Probleme stattfinden), wird ihr Status in "temporär inaktiv" geändert. Per Beschluss im eLV können sie aus diesem Status heraus wieder geöffnet werden, sobald sich interessierte Genoss*innen finden, die den AK wiederbeleben möchten. Dies hat den Vorteil, dass eingeschlafene Strukturen nicht mit viel Arbeit durch den Landesvorstand aufrechterhalten werden müssen, die AKs aber schneller als per Beschluss der LDK wieder ins Leben gerufen werden können.

Projektgruppen

Unser Verständnis einer vitalen Verbandskultur ist geprägt von der Überzeugung, dass politische Arbeit nicht ausschließlich in institutionalisierten Gruppen stattfinden kann und darf. Wir wollen es daher weiterhin ermöglichen, dass Genoss*innen sich themenbezogen und kurzfristig zu Projektgruppen zusammenschließen, um Anträge oder Veranstaltungen zu erarbeiten oder vorzubereiten und Themen zu diskutieren. Der Landesvorstand und der erweiterte Landesvorstand können Projektgruppen einsetzen und sie fördern solcherlei Bestrebungen auch weiterhin in organisatorischer Hinsicht. Zur Einrichtung einer Projektgruppe ist die Vorlage eines kurzen Konzepts mit der thematischen Schwerpunktsetzung erforderlich. Sobald das im Konzept dargelegte Ziel erreicht ist, endet die Laufzeit von Projektgruppen.

Vernetzungen und Empowerment

Die Unterstützung, aber auch Vernetzung untereinander von marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel FINTA Personen, Queeren Menschen, BIPOCs und Menschen mit Behinderung im politischen Ehrenamt, aber auch von ostdeutschen Genoss*innen, sind uns ein besonderes Anliegen. Entsprechende Vernetzungen sollen regelmäßig und verstetigt, auch abseits von Kongressen und Landesdelegiertenkonferenzen, angeboten werden. Wir setzen auf einen Dreiklang aus

- a) niedrigschwelligen Austauschformaten bei Veranstaltungen, bei denen die Vernetzung keiner Tagesordnung folgen muss, sondern einen lockeren Austauschraum darstellt,

- b) Vernetzungsangeboten, die dauerhaft bestehen (z.B. über Chatgruppen) und niedrigschwellig, aber unabhängig von anderen Veranstaltungen stattfinden und
- c) Empowerment-Programmen.

Hierbei ist es wichtig, die Angebote möglichst niedrigschwellig zu gestalten und kreative und vielfältige Formate auszuprobieren. Vernetzungen sind dabei ein safer space innerhalb der Partei und des Verbands, indem die jeweiligen Gruppen über ihre Erfahrungen innerhalb wie außerhalb der Partei sprechen und Kraft sammeln können.

Analog zum Aufbau von Vernetzungen wollen wir marginalisierte Gruppen in unseren Verbandsstrukturen besonders fördern. Dafür bauen wir Empowerment-Programme auf, die marginalisierten Gruppen die Möglichkeit geben, sich untereinander zu vernetzen und durch Workshops Wissen zu erlangen und zu stärken. Diese Programme werden intersektional gestaltet, um sicherzustellen, dass die Überlappung verschiedener Formen der Diskriminierung stets berücksichtigt wird. Ziel soll es sein, die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen zu erhöhen und sie zu empower, sich für unterschiedliche Ämter und Funktionen in der Breite des Verbandes und Gesellschaft einzubringen.

Angebote zur individuellen Reflexion sind ein wichtiger Teil in unseren Kämpfen für Gerechtigkeit von marginalisierten Gruppen. Sowohl im Rahmen unserer Veranstaltungen als auch darüber hinaus möchten wir weiterhin Räume zur kritischen Reflexion bestimmter Privilegien bieten und diese inhaltlich ausbauen, sodass sie als echte Bildungsräume funktionieren und die Arbeitslast nicht ausschließlich bei marginalisierten Personen liegt.

Delegation zum Bundeskongress

Die "Repräsentationsabsicherung der Kreise" wird von den meisten Beteiligten weitestgehend positiv gesehen. Deshalb soll an dem Prinzip, dass jeder Kreis mindestens eine*n und maximal drei Delegierte zum Bundeskongress schicken kann, festgehalten werden. Kreise, die nur eine*n Volldelegierte*n zum Bundeskongress schicken, haben einen Anspruch auf einen hohen Ersatzdelegiertenplatz. Die Kreise werden ermutigt, auch Neumitglieder zu berücksichtigen, zum BuKo zu fahren, da sie somit die Jusos auf Bundes- und auf Landesebene besser kennenlernen.

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

O3_1/26 Ergebnisse der Strukturreform II: Mentale Gesundheit

Wir verstehen, dass das Ehrenamt auch bei den Jusos Berlin oft mit einer hohen Arbeitsbelastung verbunden ist und der Schutz der psychischen Gesundheit nicht immer ausreichend gewährleistet ist oder werden kann. Dabei müssen wir anerkennen, dass nicht alle mit den gleichen Voraussetzungen ein Ehrenamt ausüben und unterschiedliche Gruppen unterschiedlich strukturell und gesellschaftlich belastet sein können. Für junge Menschen, die (intersektional und mehrfach) diskriminiert sind, oder zum Beispiel junge Menschen mit Behinderungen ist Mental Health aus dem Grund zusätzlich wichtig, da sie täglich mit Mikroaggressionen, Diskriminierungserfahrungen, Hetze und den rechtskonservativen bzw. rechtsextremen politischen Angriffen konfrontiert werden.

Abbau von Barrieren

Aufgrund dessen ist es uns besonders wichtig, künftig weiter Vernetzungsangebote für diskriminierte Gruppen und insbesondere auch eine Vernetzung für Menschen mit Behinderung möglich zu machen und so sichere Austauschräume zu gewährleisten. Parallel zu den Vernetzungen wollen wir uns für eine barrierefreie Parteiarbeit einsetzen. Hierbei sind die Auswahl von barrierearmen und im Idealfall - freien Veranstaltungsorten sowie die Ermöglichung hybrider Sitzungsmodelle maßgeblich. Zudem betrachten wir es als sehr wichtig, jährlich jeweils einen Workshop zur Barrierefreiheit sowie zur Arbeitsentlastung von FINTA zu organisieren.

Der Workshop zur Barrierefreiheit soll unter anderem vermitteln, wie eine barrierefreie Parteiarbeit aussehen sollte und was man konkret wie verändern muss. Wir schlagen zusätzlich vor, im LaVo eine Person zu bestimmen, die das Thema Inklusion auf Landesebene betreut und als Ansprechperson zur Verfügung steht. Aber die Verantwortung von barrierefreien Strukturen in unserem Verband sollte nicht nur der Landesebene auferlegt werden: Kreise sind auch explizit dafür verantwortlich, Veranstaltungen barrierefrei zu gestalten und sich für ein inklusives Miteinander einzusetzen. Darüber hinaus sehen wir hier auch die SPD in der Verantwortung, barrierearme Veranstaltungen zu ermöglichen.

Der Workshop zur Arbeitsentlastung von FINTA soll in Form einer Veranstaltung zu kritischer Männlichkeit stattfinden, die sich entsprechend vor allem an cis-Männer in unserem Verband richtet, welche sich kritisch mit der Thematik auseinandersetzen müssen, inwiefern sie zur Arbeitsbelastung von FINTA beitragen und wie sie das verändern können. Dabei sollte die Organisation dieses Workshops nicht den FINTA auferlegt werden, sondern auch insbesondere von Männern übernommen werden. Die Absprache über die konkrete Ausgestaltung sollte jedoch mit FINTA erfolgen. Die FINTA-Vernetzungen sollten auch explizit Raum für Austausch in Bezug auf Arbeitsbelastung, wie man dies ändern kann und was man anonym bezüglich dessen weitergeben will, ermöglichen.

Zudem sollte jährlich eine Veranstaltung zu Mental Health organisiert werden. Diese soll vor allem vermitteln, wie wir in unseren Strukturen und in der politischen Arbeit so vorgehen, dass Arbeitsüberlastung vorgebeugt und Mental Health befördert wird.

Insbesondere im Fokus unseres Umgangs mit Mental Health und Arbeitsbelastung sind unser Umgang und die Kommunikation miteinander. Klare Erwartungen aneinander sollten kommuniziert werden. Die Arbeit, die in unserem Verband von den unterschiedlichsten Personen geleistet wird, sollte auch

wertgeschätzt werden, Grenzen reflektiert und eingehalten werden. Es sollten in der Arbeit Priorisierungen geschaffen werden und falls Arbeitsbelastungen zu viel sind, proaktiv ohne paternalistisch zu sein, untereinander Hilfe angeboten werden. Es ist für den Schutz Einzelner wichtig, Verantwortlichkeiten als Gesamtaufgabe zu begreifen. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander und begreifen politische Debatten untereinander auch nur als solche und nicht als persönliche Konflikte. Auch die Möglichkeit von Auszeiten ist essentiell und diese zu nehmen sollte allen jederzeit möglich sein.

Arbeitsentlastung

Zuletzt verstehen wir den digitalen Fortschritt auch als ein Mittel zur Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Die Nutzung eines gemeinsamen Juso Kalenders könnte auf Kreise erweitert werden und Termine auf unserer Website gesetzt werden, um mehr Übersicht zu schaffen. Weiterhin können Konzepte unter Beachtung von Datenschutz für die Automatisierung von Aufgaben erarbeitet werden. Auch ein Beschluss-Wiki könnte die Arbeit erleichtern. Jedoch sollte die Umsetzung nicht an bereits mit Arbeit überlasteten Personen im Verband hängen bleiben. Hierfür könnten sich auch Projektgruppen anbieten, die nach Kapazitäten digitale Ideen zur Arbeitsentlastung erarbeiten.

In Anbetracht eines Zeitalters, in dem die künstliche Intelligenz von immer mehr Menschen im Alltag genutzt wird, ist es auch unverzichtbar, die Debatte über den Umfang und die Art von KI Nutzung in unserer Verbandsarbeit zu diskutieren. Über die Gefahren der Nutzung sowie die Klimaschädlichkeit sollten wir uns bewusst sein und die Diskussionen auch aus dieser Perspektive führen.

Antragsteller*innen: Juso-Landesvorstand Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz 1.26 der Jusos Berlin möge beschließen

O4_1/26 Ergebnisse der Strukturreform III: Awareness-Konzept der Jusos Berlin

Wir verstehen Awarenessarbeit als eine politische Kernaufgabe unseres Verbandes. Sie ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern Voraussetzung für einen sozialistischen, feministischen, internationalistischen, antifaschistischen und antirassistischen Jugendverband. Awarenessarbeit schützt Menschen vor Diskriminierung, Gewalt und Grenzüberschreitungen und ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe aller.

Awarenessarbeit bedeutet für uns, Verantwortung zu übernehmen: präventiv, indem wir Strukturen schaffen, bevor es zu Grenzüberschreitungen kommt; intervenierend, indem wir in akuten Situationen handlungsfähig sind und klar Betroffenen glauben und sie bestmöglich unterstützen; nachsorgend, indem wir Betroffene nicht allein lassen; und strukturell, indem wir nicht nur Einzelfälle betrachten, sondern Machtverhältnisse, Ausschlüsse und Diskriminierungsmuster konsequent mitdenken.

ZIEL DES AWARENESS-KONZEPTS

Dieses Awareness-Konzept schafft eine gemeinsame Grundlage für die Awarenessarbeit der Jusos Berlin. Grundlage unserer Awarenessarbeit stellt dabei auch das von uns mitgestaltete und beschlossene Awareness-Konzept der Bundesjusos von 2024 dar. Diese Erweiterung dessen legt verbindliche Strukturen für die Landes- und Kreisebene fest. Rollen und Zuständigkeiten werden eindeutig beschrieben, um Unsicherheiten zu vermeiden und Handlungsfähigkeit zu sichern. Dabei berücksichtigen wir realistisch Personalmangel und mögliche Überlastung und setzen auf nachhaltige, tragfähige Lösungen. Ziel ist es außerdem, die Sichtbarkeit, das Vertrauen und die Erreichbarkeit des Awareness-Teams zu stärken.

DAS AWARENESS-TEAM (A-TEAM) DER JUSOS BERLIN

Aufgaben des A-Teams

Das Awareness-Team der Jusos Berlin ist zentrale Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung, Gewalt oder Grenzüberschreitungen erleben oder beobachtet haben. Es ist für alle Personen ansprechbar, handelt aber nicht selbst aufsuchend aufgrund einer Beobachtung oder Vermutung nicht-betroffener Personen, sondern nur, wenn es von Betroffenen angesprochen und involviert wird.

Das A-Team interveniert deeskalierend und klar im Sinne der Betroffenen. Es schreitet bei Veranstaltungen, Sitzungen und Seminaren ein, wenn Grenzen überschritten werden und es dazu aufgefordert wird. Nach Vorfällen begleitet das A-Team Betroffene, bietet Unterstützung an und vermittelt – wenn gewünscht – an interne oder externe Beratungsstellen weiter.

Darüber hinaus ist Prävention ein zentraler Bestandteil der Arbeit: Das A-Team wirkt an Konzepten, Leitfäden und Verhaltensregeln mit, berät Vorstände und Kreisverbände und trägt durch Schulungen und Wissensweitergabe zur Sensibilisierung für Diskriminierungsformen bei. Alle Mitglieder des A-Teams besuchen verpflichtend Schulungen und wirken an der Entwicklung von Schulungskonzepten mit.

Hoheitsgebiet & Grenzen des A-Teams

Das A-Team darf und soll Gespräche mit Betroffenen sowie mit Menschen führen, die gemeldet wurden. Es organisiert Schutzräume, spricht Empfehlungen aus, ergreift Maßnahmen zur Sicherheit

Betroffener und berät Landes- und Kreisvorsitzende. Die Mitglieder des A-Teams haben das Recht, sich selbst Unterstützung zu holen, etwa durch Supervision oder psychologische Begleitung, wenn die Arbeit emotional belastend ist. Zudem kann das A-Team Kontakt zum SPD-A-Team aufnehmen und muss in strafrechtlich relevanten Fällen die Polizei einschalten.

Gleichzeitig sind die Grenzen der Arbeit klar definiert: Das A-Team beschließt keine Sanktionen, verhängt keine Strafen und nimmt keine politischen Bewertungen von Konflikten vor. Betroffene dürfen zu keinen bestimmten Schritten gedrängt werden. Fälle dürfen nicht außerhalb des A-Teams besprochen werden.

Verschwiegenheit & Schutz

Verschwiegenheit ist keine Option, sondern die Grundlage der Awarenessarbeit. Alle Mitglieder des A-Teams unterliegen verbindlichen Regeln: absolute Vertraulichkeit gegenüber Dritten, insbesondere auch dem Landesvorstand und den Kreisvorständen, Weitergabe von Informationen ausschließlich mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Person und Ausnahmen nur bei akuter Selbst- oder Fremdgefährdung. Alle A-Team-Mitglieder verpflichten sich schriftlich zur Verschwiegenheit.

Der Schutz des A-Teams ist ebenso zentral. Es gibt keinen Zwang zur ständigen Erreichbarkeit, sondern klare Grenzen. Supervision ist möglich und erwünscht. Das A-Team wird vor politischer Instrumentalisierung geschützt und erhält klare Rückendeckung durch den Landesvorstand.

Personalstruktur

Das Awareness-Team auf Landesebene besteht aus bis zu sechs Personen und soll möglichst diverse Perspektiven vereinen. Dabei sollen möglichst alle Personengruppen, die von diskriminierendem Verhalten betroffen sind, Teil des Awareness-Teams sein. Das Awareness-Team wird dabei mind. aus drei FINTA-Personen bestehen sowie aus mind. einer BIPOC-Person und mindestens einer queeren Person (auch bezogen auf die Sexualität). Angestrebt wird eine Mischung aus erfahrenen Aktiven, nicht mehr aktiven Mitgliedern, neuen Mitgliedern sowie Menschen mit Awareness- oder Beratungserfahrung. Mitglieder des Awareness-Teams dürfen keine anderen Ämter in geschäftsführenden Vorständen auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene ausüben. Es gibt keinen Zwang zur ständigen Verfügbarkeit – Rotation statt Überlastung ist ein zentrales Prinzip.

Das Awareness-Team wird ein halbes Jahr nach der Wahl des Landesvorstands bei der nächstmöglichen Landesdelegiertenkonferenz per Akklamation gewählt. Zukünftig soll das ehemalige A-Team Vorschläge für die Besetzung des neuen A-Teams machen und die Zusammensetzung so steuern.

Rollenverteilung

Eine Person kann mehrere Rollen übernehmen, jedoch nicht alles gleichzeitig. Zur besseren Verteilung von Kapazitäten gibt es klar definierte Rollen: Die Koordination übernimmt die Terminplanung regelmäßiger A-Team-Treffen und behält intern den Überblick über laufende Fälle. Zwei Personen fungieren als feste Schnittstelle zum Landesvorstand.

Die Rolle der Intervention umfasst die Präsenz bei Veranstaltungen, wenn möglich, sowie die Erstansprache bei Vorfällen. Prävention und Schulung beinhalten die Erstellung von Konzepten, Workshops und Materialien, möglichst in Zusammenarbeit mit externer Expertise.

Betroffene dürfen sich jedoch aussuchen, an welche Mitglieder das A-Teams sie sich wenden möchten und dabei auch mitentscheiden, welche weiteren Mitglieder des A-Teams ins Vertrauen gezogen werden.

Schulungen – verpflichtend und professionell

Schulungen sind Grundlage der Awarenessarbeit. Der*die Landessekretär*in ist verantwortlich für die Organisation. Alle A-Team-Mitglieder müssen verpflichtend an Schulungen teilnehmen. Inhalte sind unter anderem Grundlagen der Awarenessarbeit, verschiedene Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Rassismus oder Ableismus, Gesprächsführung mit Betroffenen, Deeskalation, eigene Grenzen und Selbstschutz, Verschwiegenheit und Datenschutz sowie die Weitervermittlung an externe Stellen. Ohne absolvierte Schulung ist keine aktive A-Team-Arbeit möglich. Hier kann auf externe Beratungsstellen zurückgegriffen werden.

SICHTBARKEIT DES A-TEAMS

Veranstaltungen

Für größere Veranstaltungen der Jusos werden im Vorfeld weitere Mitglieder für das Awareness-Team benannt. Die Mitglieder dieser Veranstaltungs-Awareness-Teams werden im Vorfeld mit Informationen zur Awareness Arbeit versorgt, schriftlich durch ein durch das Awareness-Team zu erstellendes Info-Papier, wie auch bei Bedarf durch ein gemeinsames Gespräch in Präsenz oder digital mit 2 Mitgliedern des Landes-Awareness Teams. Falls kein Mitglied des Landes-Awareness-Teams anwesend sein wird, soll die Vorbereitung entsprechend ausführlicher ausfallen und ein Gespräch auf jeden Fall stattfinden. Nach einer solchen Veranstaltung soll es außerdem die Möglichkeit zur Nachbereitung geben, um im Gespräch mit Mitgliedern des Landes-Awareness-Teams eventuell aufgetretene Vorfälle zu besprechen und den Mitgliedern des Veranstaltungs-Awareness-Teams Raum für Austausch und Reflexion zu bieten. Um unausgebildete Awareness-Personen zu unterstützen, soll ein Awarenessleitfaden erarbeitet werden. Insbesondere sollen diese Maßnahmen dazu beitragen, ein sicheres und inklusives Umfeld auf Bundes-, Landes- und Kreisebene bei Veranstaltungen, Verbands- und Konferenzwochenenden zu gewährleisten.

Vor den jeweiligen Veranstaltungen werden Awareness-Hinweise in alle Einladungen aufgenommen, zu Beginn der Veranstaltung mündlich erwähnt und das A-Team stellt sich vor. Eine sichtbare Kennzeichnung, etwa durch Buttons, ist vorgesehen. Damit die Menschen aus dem A-Team nicht immer ihre privaten Nummern veröffentlichen müssen, soll es bei Veranstaltungen externe Telefonnummern geben.

Landesebene

Das A-Team erhält eine feste Seite auf der Website der Jusos Berlin. Dort wird die Rolle des A-Teams vorgestellt, ohne zwingend Klarnamen zu nennen. Klare Kontaktwege zu allen Einzelpersonen wie Mail oder Messenger werden benannt, jedoch keine privaten Telefonnummern. Das A-Team stellt sich bei LDKs, Veranstaltungen und Workshops vor.

Die Rolle der Kreisverbände

Die Kreisverbände sind kein Ersatz, sondern eine Erweiterung der Awarenessarbeit. Jeder Kreisverband benennt ein bis zwei Awareness-Ansprechpersonen, die eine Grundschulung erhalten und das Landeskonzzept anwenden sowie mitgestalten.

Aufgaben der Kreise

Die Kreise übernehmen eine niedrigschwellige Erstansprache, leiten Fälle auf Wunsch der Betroffenen an das Landes-A-Team weiter und leisten Präventionsarbeit vor Ort. Eigenständige Sanktionen oder Alleingänge sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Umgang mit kleinen Krisen & Überlastung

121 Im Umgang mit Krisen gilt eine klare Priorisierung: Der Schutz von Betroffenen steht vor Perfektion.
122 Kapazitätsgrenzen werden transparent kommuniziert, Vertretungsregelungen greifen und Pausen
123 sowie Rückzug sind legitim. Awarenessarbeit darf nicht selbst krank machen.

124 **A-Team der Jusos x A-Team der SPD**

125 Auch der Austausch mit dem Awareness-Team der SPD Berlin, die Vermeidung von Doppelbelastung
126 durch Schulungen und positive Anreize wie Zertifikate werden weiterverfolgt. Hier sollen Gespräche
127 zwischen den beiden A-Teams geben, sodass sie sich über ihre Erfahrungen - ohne über Fälle zu
128 sprechen - austauschen können.

129 **Evaluation & Weiterentwicklung**

130 Das Konzept wird jährlich intern ausgewertet. Anonymisiertes Feedback fließt in die Weiterentwicklung
131 ein. Anpassungen sind ausdrücklich vorgesehen, ebenso wie eine politische Debatte über
132 Awarenessarbeit im Verband.

133 **Politischer Anspruch**

134 Awarenessarbeit der Jusos Berlin ist feministisch, antirassistisch, inklusiv und solidarisch. Wir glauben
135 Betroffenen und schaffen Räume, in denen sie sich sicher und wohlfühlen können.

136 **Unterstützung und Zusammenarbeit**

137 Das Landesbüro stellt sicher, dass das A-Team arbeitsfähig ist und organisiert Schulungen, insbesondere
138 nach Wahlen oder Neuwahlen. Diese Schulungen müssen innerhalb von zwei Monaten stattfinden.

139 Zwei Personen aus dem Landesvorstand sind feste Ansprechpersonen für das A-Team. Sie tragen
140 Themen in den Landesvorstand, fungieren als Sprachrohr des A-Teams und ermöglichen Gespräche mit
141 dem Landesvorstand. Konkrete Fälle werden dort nicht besprochen. Die Verschwiegenheit des A-Teams
142 gilt auch insbesondere gegenüber diesen Personen.

143 Die Kreisvorsitzenden benennen ein bis zwei Personen für die Awarenessarbeit im Kreis. Diese erhalten
144 ebenfalls Schulungen, die vom Landesbüro in Zusammenarbeit mit dem Landes-A-Team geplant
145 werden. Die Kreise unterstützen den fortlaufenden Awarenessprozess aktiv.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O5_1/26 Ämtertrennung zwischen Senat und Abgeordnetenhaus – Jetzt aber wirklich!

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, ein etwaiges
2 Abgeordnetenhausmandat unverzüglich nach antritt ihres Amtes als Senator*in niederzulegen.

Begründung:

4 Bereits 2016 hatte sich der Landesparteitag mit dieser Forderung beschäftigt, die Beratung jedoch
5 vorerst vertagt. Seitdem ist nichts passiert.

6 Die Gründe für eine Trennung von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat bleiben dabei aber
7 weiterhin bestehen und sollte spätestens zur kommenden Wahl umgesetzt werden.

8 „Das gleichzeitige Innehaben eines Senatorenamtes [sic] und eines Abgeordnetenhausmandats ist eine
9 Durchbrechung des Grundsatzes der

10 Gewaltenteilung, für die es keine überzeugende Rechtfertigung gibt. Für eine Verzahnung der
11 Fraktions- und Regierungsarbeit bedarf es zwar eines regen Informationsaustausches zwischen
12 Senatsmitgliedern und Abgeordneten, keinesfalls aber einer Personalunion, die zudem die
13 Fraktionsarbeit schwächt.

14 Schon die zeitliche Belastung, die ein Senatorenamt [sic] mit sich bringt, lässt keine ordnungsgemäße
15 Wahrnehmung eines daneben bestehenden Abgeordnetenmandates zu. Auch funktional ist von einem
16 Senatsmitglied durch eine daneben bestehende Abgeordnetentätigkeit typischerweise kein
17 wesentlicher Beitrag für Gesetzgebung oder Regierungskontrolle zu erwarten.

18 Ein gewichtiger Teil der Tätigkeit als Abgeordnete(r) [sic] findet überdies in den Ausschüssen statt.
19 Senatsmitglieder, die zugleich Abgeordnete sind, werden von der Fraktion aber regelmäßig in keinen
20 Ausschuss entsendet. Auch angesichts der geschrumpften Zahl von Fraktionsmitgliedern kann es sich
21 die SPD nicht leisten, Abgeordnete zu haben, die ihr Mandat gar nicht ausfüllen können und die
22 zugleich verhindern, dass potenzielle Nachrücker [sic] die Arbeit der Fraktion verstärken.“ (Antrag
23 82/III/2016)

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

O6_1/26 Weil wir es eh besser können! Keine KI-Grafiken mehr bei uns.

Kunst und politische Kommunikation hängen eng zusammen. Die Bilder, Grafiken und Sticker, die wir verwenden, vermitteln nicht nur Inhalte, sondern auch unsere Werte. Die Art und Weise, wie politische Materialien gestaltet werden, ist daher auch Ausdruck des politischen Selbstverständnisses einer Partei.

KI-generierte Grafiken werden nicht von Menschen geschaffen. Sie reproduzieren bestehende Stile und Werke, ohne selbst neue kreative Ideen oder Perspektiven hervorzubringen. Nicht nur verbrauchen die dafür genutzten KI-Modelle große Mengen an Energie. Sie werden auch mit riesigen Datenmengen echter Kunstwerke trainiert, meist ohne Wissen oder Einwilligung der betroffenen Künstler*innen. Das bedeutet auch: Die Arbeit von Kreativschaffenden wird genutzt, ohne dass sie dafür kompensiert und oft auch nicht informiert werden oder dem nicht widersprechen können. Auf der Plattform X beispielsweise steht im Kleingedruckten der Einverständniserklärung, dass sämtliche Kunst, die auf der Plattform geteilt wird, zum Training für KI genutzt werden darf - selbst, wenn diese nicht von den Künstler*innen selbst sondern von Dritten geteilt wird. Für die Künstler*innen ist das Teilen und die Weiterverbreitung ihrer Kunst aber grundlegend und notwendig, sie sollten dadurch aber nicht ihre Rechte an ihrer Kunst verlieren. Diese Praxis ist eine Form konsequenzloser Ausbeutung durch die Monopolisten von Big Tech, gegenüber denen es den Künstler*innen oft nicht möglich ist, rechtlich vorzugehen. Wir müssen in dieser neuen Art des Klassenkampfes solidarisch an der Seite der Künstler*innen stehen.

Darüber hinaus fehlt KI-generierter Kunst das, was Kunst eigentlich ausmacht: der Bezug zu einer sozialen, politischen und kulturellen Realität. Kunst entsteht aus persönlichen Erfahrungen, Emotionen und gesellschaftlichen Kontexten - kurz gesagt, das Menschliche. All das kann eine Maschine nicht leisten. Wenn politische Botschaften verbreitet werden, sollten diese von Menschen gestaltet sein, die diese Welt leben und erleben, nicht von Maschinen, die versuchen, uns durch eine billige Imitierung des menschlichen, kreativen Schaffungsprozesses, uns an ein Gefühl zu erinnern. Denn eins bleibt ganz klar: Jeder Mensch macht es immer besser als eine Maschine. .

Als sozialistischer Verband stehen wir für Solidarität, gute Arbeit und die Anerkennung von kreativer Arbeit. Das muss sich auch in unserem Handeln widerspiegeln. Statt auf KI-generierte Grafiken zurückzugreifen, sollten wir gezielt die Arbeit von Künstler*innen unterstützen und in diesem Klassenkampf an ihrer Seite stehen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Künstler*innen fair entlohnt und sichtbar gemacht werden. Dafür müssen wir aber als erstes bei uns selbst anfangen.

Deswegen fordern wir:

- Den Verzicht der Nutzung von KI-generierten Grafiken bei der Erstellung von Materialien der Jusos und der SPD (z. B. Sticker, Social-Media-Posts, Grafiken, Poster)
- Die bewusste Unterstützung von Künstler*innen durch die Nutzung und Bezahlung menschlich geschaffener Werke und Förderung von guter und fair bezahlter Kreativarbeit
- Eine klare politische Haltung gegen die Ausbeutung von Kreativschaffenden durch KI-Modelle

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen,
Der LPT der SPD Berlin möge beschließen:

O7_1/26 Was passiert mit unseren Anträgen, liebe Fraktion?

1 Wir fordern die Fraktion der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus dazu auf, zu jedem Landesparteitag
2 einen kurzen schriftlichen Bericht über den Bearbeitungsstand der zu ihren überwiesenen Anträgen
3 einzureichen.

4 Dabei ist für jeden überwiesenen Antrag aufzuschlüsseln, ob und welcher Arbeitskreis sich mit ihm
5 befasst hat, ob es Hürden bei der Umsetzung rechtlicher oder tatsächlicher Art gibt und inwieweit
6 Kompromisse möglich sind. Soweit die Umsetzung der Landesparteitagsbeschlüsse möglich ist, ist ein
7 realistischer Zeitrahmen für eine parlamentarische Beteiligung (durch Gespräche mit anderen
8 Fraktionen oder durch Einbringen einer Drucksache) darzustellen.

Begründung:

9 Immer wieder verlaufen Anträge, die an die Fraktion im Abgeordnetenhaus überwiesen wurden, im
10 Sand, ohne dass die Antragsstellenden oder andere Genoss:innen einen Überblick darüber bekommen,
11 warum Beschlusslagen keine politische Wirklichkeit werden. Zuletzt zum Beispiel auch der Antrag
12 312/I/2025 vom Mai 2025, der ein Konzept für die Sicherheit bei Eisglätte auf Gehwegen vorlegte. Erst
13 eine große öffentliche Debatte, angestoßen von einer Anklage des Regierenden Bürgermeisters an das
14 Abgeordnetenhaus, hat die Fraktion dazu bewegt, sich nach acht Monaten inhaltlich mit dem Thema
15 auseinanderzusetzen. In dieser Zeit fanden bereits zwei weitere Landesparteitage statt, die weitere
16 Anträge an die Fraktion überwiesen und den Stapel unbearbeiteter Anträge noch weiter in die Höhe
17 schnellen ließen.

19 Dabei ist die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus unsere Tür, um die inhaltlichen Forderungen
20 unseres Landesverbandes umzusetzen! Ob durch ein Wahlprogramm oder Anträge innerhalb einer
21 laufenden Legislatur: Beides sind am Ende des Tages Anträge, sie sind beide Aufträge an die Fraktion
22 und es sind beides Willenserklärungen unserer Mitglieder.

Antragssteller*in: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O8_1/26 Keine Ausbeutung auf unsere Kosten – die Jusos Berlin werden vegan

1 Ernährung ist politisch. Wer etwas anderes behauptet, blendet die realen Macht-, Ausbeutungs- und
2 Zerstörungsverhältnisse aus, die unser derzeitiges Ernährungssystem prägen.

3 Die globale Fleisch- und Tierindustrie gehört zu den zerstörerischsten Wirtschaftszweigen unserer Zeit:
4 Sie ist verantwortlich für rund 14–15 % der weltweiten Treibhausgasemissionen und verursacht damit
5 mehr Emissionen als der gesamte globale Flugverkehr. Gleichzeitig werden über 75 % der weltweiten
6 Agrarflächen direkt oder indirekt für Tierhaltung genutzt, obwohl tierische Produkte weniger als 20 %
7 der globalen Kalorienversorgung liefern. Das ist kein Effizienzproblem, das ist systematische
8 Verschwendung.

9 Während weltweit Hunger herrscht, werden enorme Mengen Getreide und Soja an Tiere verfüttert,
10 um Fleisch für den globalen Norden zu produzieren. Allein in Südamerika werden jedes Jahr Millionen
11 Hektar Regenwald für Futtermittelanbau zerstört. Diese Flächen fehlen für Biodiversität, Klimaschutz
12 und lokale Ernährungssouveränität. Fleischkonsum im globalen Norden basiert damit unmittelbar auf
13 ökologischer Zerstörung, neokolonialen Abhängigkeitsverhältnissen und globaler Ungleichheit.

14 Hinzu kommt: Die industrielle Tierproduktion ist ohne massive Ausbeutung nicht denkbar. Schlechte
15 Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, prekäre Beschäftigung von migrantischen Arbeitskräften und
16 systematisches Tierleid sind keine Ausnahmen, sondern strukturelle Voraussetzungen dieses Systems.
17 Wer dieses System finanziert, stabilisiert es politisch, auch dann, wenn das über Buffetentscheidungen
18 auf Parteiveranstaltungen geschieht.

19 Demgegenüber ist die Faktenlage eindeutig: Eine überwiegend oder vollständig vegane Ernährung
20 verursacht bis zu 70 % weniger Treibhausemissionen, benötigt deutlich weniger Land und Wasser und
21 reduziert Umwelt- und Gesundheitskosten massiv. Wer ernsthaft Klimaschutz, globale Gerechtigkeit
22 und eine sozial-ökologische Transformation will, kommt an einer Abkehr von tierischen Produkten nicht
23 vorbei.

24 Als sozialistischer Jugendverband fordern wir genau diese Transformation. Doch Forderungen verlieren
25 ihre Glaubwürdigkeit, wenn wir gleichzeitig auf unseren eigenen Veranstaltungen ein System
26 finanzieren, das Klimakrise, Ausbeutung und Ungleichheit befeuert. Fleischkonsum ist keine private
27 Geschmacksfrage. Er ist eine politische Entscheidung, und eine, die unseren Grundwerten
28 widerspricht.

29 Der Juso-Bundeskongress hat bereits 2019 beschlossen, dass Veranstaltungen auf Bundesebene
30 ausschließlich vegetarische und vegane Angebote umfassen sollen. Das ist eine wichtige Grundlage und
31 muss in den Jusos Berlin lückenlos umgesetzt werden. Denn dieser Beschluss markiert einen wichtigen
32 politischen Konsens innerhalb unseres Verbandes: Öffentliche Juso-Veranstaltungen dürfen nicht
33 länger Teil eines klimaschädlichen und ausbeuterischen Systems sein.

Dieser Antrag setzt eine klare politische Linie: Niemandem wird vorgeschrieben, was privat gegessen wird. Aber wir beenden die Finanzierung von Ausbeutung mit unseren gemeinsamen Mitteln. Vegetarische Verpflegung ist dabei kein Ziel, sondern ein Mindeststandard. Veganismus ist die logische, notwendige Konsequenz aus den ökologischen, sozialen und ethischen Realitäten unserer Zeit.

Deswegen fordern wir:

1. Keine Finanzierung von Fleisch ab sofort

Auf allen Veranstaltungen der Jusos Berlin wird ausschließlich vegetarische Verpflegung aus Juso-Mitteln finanziert, organisiert und bereitgestellt. Fleisch- und Fischprodukte werden nicht mehr über Haushaltsmittel, Umlagen oder Veranstaltungsbudgets getragen.

2. Privater Konsum bleibt privat

Der individuelle Verzehr fleischhaltiger Produkte auf Juso-Veranstaltungen bleibt möglich, sofern diese privat mitgebracht und privat finanziert werden. Eine organisatorische, logistische oder finanzielle Unterstützung durch die Jusos Berlin erfolgt nicht.

3. Verbindlicher Umstieg auf vegane Verpflegung bis spätestens 2028

Die Jusos Berlin setzen sich das verbindliche Ziel, ihre Veranstaltungen bis spätestens 2028 vollständig vegan auszurichten. Vegetarische Angebote sind bis dahin der Mindeststandard, der zugunsten veganer Verpflegung weiterentwickelt wird.

4. Verpflichtende Reevaluation 2028

Zur Landesdelegiertenkonferenz 2028 erfolgt eine verbindliche Reevaluation der bisherigen Praxis. Ziel dieser Reevaluation ist ausdrücklich die vollständige Verstetigung rein veganer Verpflegung als politischer Standard der Jusos Berlin.

5. Verantwortung der veranstaltenden Gliederungen

Für die Umsetzung dieses Beschlusses sind die jeweils veranstaltenden Gliederungen verantwortlich. Das betrifft insbesondere die Kreise und Arbeitsgemeinschaften, die Planung, Organisation und Finanzierung von Veranstaltungen übernehmen. Sie stellen sicher, dass die bereitgestellte und finanzierte Verpflegung den beschlossenen Standards entspricht. Die Verantwortung für eine konsequente Umsetzung liegt damit dort, wo Veranstaltungen konkret stattfinden.

6. Aufforderung an die SPD Berlin: Schluss mit Tierleid auf Parteikosten

Die Jusos Berlin fordern die SPD Berlin auf, offen zu rechtfertigen, warum auf ihren Veranstaltungen weiterhin in großem Umfang tierische Produkte und damit systematisches Tierleid, Klimazerstörung und globale Ungleichheit finanziert werden. Gleichzeitig fordern die Jusos Berlin den Landesparteitag der SPD Berlin auf, diesen Antrag inhaltlich zu übernehmen, zu beschließen und sich verbindlich dazu zu verpflichten, bis spätestens 2028 alle Parteiveranstaltungen vollständig vegan auszurichten.

Antragsbereich U: Umwelt-, Klima- und Naturschutz

Antragsteller*innen: Arbeitskreis Klima und Umwelt der Jusos Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

U1_1/26 Klima gehört in den Lehrplan. Klimabildung jetzt!

Die Bewältigung der Klimakrise erfordert langfristige gesellschaftliche Transformationsprozesse. Bildung übernimmt hierbei eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten. Schulen und Ausbildungsstätten sind entscheidende Orte, an denen Grundlagen für nachhaltiges Handeln sowie demokratische und gesellschaftliche Teilhabe gelegt werden.

Derzeit ist die Verankerung von Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen in der Berliner Bildungslandschaft uneinheitlich. Umfang, Tiefe und Qualität der Vermittlung unterscheiden sich erheblich zwischen Schulformen, Bezirken und einzelnen Bildungseinrichtungen. Diese Unterschiede führen zu ungleichen Bildungschancen und erschweren eine systematische Kompetenzentwicklung. Eine verbindliche curriculare Verankerung von Klimabildung ist daher erforderlich. Klimabildung ist dabei als umfassende Bildungsaufgabe zu verstehen, die fachübergreifend angelegt ist und ökologische, ökonomische sowie soziale Dimensionen integriert. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist die Qualifizierung des pädagogischen Personals von zentraler Bedeutung. Lehrkräfte benötigen fachliche, didaktische und methodische Kompetenzen, um Klima- und Nachhaltigkeitsthemen altersgerecht, sachlich fundiert und praxisnah vermitteln zu können. Bislang bestehen jedoch deutliche Unterschiede im Zugang zu Fortbildungsangeboten, insbesondere zwischen öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft. Darüber hinaus bedarf es struktureller Unterstützung für Schulen, um Klimabildung auch praktisch umzusetzen. Förderprogramme für schulische Klima- und Umweltprojekte müssen verlässlich, dauerhaft und für alle Schulformen zugänglich ausgestaltet sein.

Wir fordern:

Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen sind verbindlich in den Rahmenlehrplänen aller Berliner Schulformen zu verankern.

- Bestehende curriculare Vorgaben sind entsprechend zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Stärkung der Klimabildung in der beruflichen Bildung

- Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften sind verbindlich in die Rahmenlehrpläne der beruflichen Schulen zu integrieren.
- Das Land Berlin soll vorhandene landespolitische Spielräume nutzen, um Nachhaltigkeitskompetenzen in der dualen Ausbildung zu stärken.
- Auf Bundesebene ist auf eine Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen hinzuwirken.

Verbindliche und zugängliche Lehrkräftefortbildung

- Es sind flächendeckende Fort- und Weiterbildungsangebote zu Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen für Lehrkräfte zu schaffen.
- Die Fortbildungsangebote müssen allen Lehrkräften offenstehen, ausdrücklich auch Lehrkräften an Schulen in freier Trägerschaft.

- Die Fortbildungen sollen sowohl fachliche als auch didaktisch-methodische Kompetenzen vermitteln und regelmäßig aktualisiert werden.

Strukturelle Förderung schulischer Klima- und Umweltprojekte

- Es sind dauerhafte Förderprogramme für Klima- und Umweltprojekte an Schulen einzurichten bzw. auszubauen.
- Die Förderfähigkeit ist auf alle Schulformen und Trägerschaften auszuweiten. Antrags- und Bewilligungsverfahren sind niedrigschwellig zu gestalten.
- Schulen sind durch geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote bei der Umsetzung zu begleiten.

Antragsteller*innen: Arbeitskreis Klima und Umwelt der Jusos Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

U2_1/26 Irgendwo ist immer CH₄: Zeit für ein internationales Methan-Abkommen

Kurzlebig, intensiv, lässt bleibenden Schaden zurück: es ist die Situation schlechthin für unsere Atmosphäre. Methan trägt in den ersten Jahrzehnten nach seiner Freisetzung so viel stärker zur Erderhitzung bei als CO₂, dass sogar dessen Verbrennung klimafreundlicher wäre. Je nach Messmethode wird es in der Regel als 28- bis 80-mal so stark wie CO₂ eingestuft. Konsequente Reduktionen von Methan-Ausstoßen unter Anwendung bestehender Technologien können rasche Klimaschutzeffekte entfalten und damit vor allem wertvolle Zeit gewinnen. Das Montrealer Abkommen hat gezeigt, dass internationale, verbindliche und überprüfbare Vereinbarungen zur Begrenzung umwelt- und klimaschädlicher Stoffe wirksam sein können. Es gilt als eines der erfolgreichsten Umweltabkommen und hat durch klare Zeitpläne, Berichtspflichten, Kontrollmechanismen und einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erhebliche Fortschritte beim Schutz der Ozonschicht ermöglicht. Dieses Erfolgsmodell lässt sich nicht eins zu eins auf Methan übertragen, liefert aber einen klaren Fahrplan für ein wirksames internationales Methan-Abkommen. Bisherige Maßnahmen zur Methanreduktion, wie die Europäische Methanverordnung und freiwillige Selbstverpflichtungen im Rahmen von Klimakonferenzen, sind wichtige Schritte, reichen allerdings nicht aus. Die Umsetzung und Festlegung von Standards und Strafzahlungen liegen in den Händen von den Mitgliedstaaten und werden auch hierzulande dem Gaslobby ausgeliefert. Ohne international geltende Standards besteht weiterhin die Gefahr, dass „Methan-Dumping“ zulasten des Globalen Südens durch Verzerrung von Wertschöpfungsketten zustande kommt.

Vielerorts treten weiterhin systematisch Methanlecks in Öl- und Gasförderung auf, wird Methan in der Kohleindustrie ungenutzt abgefackelt oder einfach in die Atmosphäre entlassen, und in der Landwirtschaft werden strukturelle Veränderungen zugunsten klimagerechten Produktionsweisen verschleppt.

Uns ist zentral, dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet wird. Die Transformation in der Landwirtschaft, in der Energie- und Abfallwirtschaft muss mit starken sozialen Sicherungen, guter Arbeit, Mitbestimmung und demokratischer Planung einhergehen.

Ein internationales Methan-Abkommen nach Vorbild des Montrealer Protokolls ist ein unerlässlicher Baustein, um die Klimakrise auszubremsen und eine solidarische, ökologische Transformation international voranzubringen.

Wir fordern daher ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll zur Reduktion globaler Methanemissionen, welches:

- verbindliche Reduktionsziele in mehreren Stufen festlegt
- klare Berichts- und Monitoringpflichten für alle Vertragsstaaten etabliert, angelehnt an die jährlichen Berichtspflichten und regelmäßigen Überprüfungskonferenzen des Montrealer Protokolls.

- 35 • Sanktions- und Unterstützungsmechanismen enthält, die Staaten bei Nichteinhaltung nicht nur
36 rügen, sondern zu konkreten Maßnahmenplänen verpflichten und bei ehrgeizigen Reformen
37 insbesondere im Globalen Süden finanziell und technologisch unterstützen.
- 38 • verbindliche Obergrenzen für Methanemissionen aus fossiler Energiegewinnung,
39 Abfallwirtschaft und Landwirtschaft festlegt.
- 40 • ein wirksames System zur Erfassung und Veröffentlichung von Methanemissionen etabliert.
- 41 • Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Erfassung von Methanemissionen in Ländern
42 mit geringem und mittlerem Einkommen finanziert.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen

U3_1/26 Gar nicht so mausig: Bekämpfung der Ausbreitung der invasiven Mäusegerste in Berlin

- 1 In den letzten Jahren prägte die sommerlichen Berliner Grünflächen insbesondere ein Anblick: Die
2 rasante Ausbreitung der Mäusegerste. Was so niedlich klingt, ist alles andere als mausig..
- 3 Bei der Mäusegerste handelt es sich um eine invasive Getreideart, die ursprünglich aus dem
4 Mittelmeerraum kommt, sich aber im trockenen Stadtklima Berlins besonders wohl fühlt.
- 5 Das Problem an der massiven Ausbreitung der Mäusegerste: Die Verdrängung unserer heimischen
6 Pflanzenarten. Die Mäusegerste siedelt sich in Berlin insbesondere nach dem ersten Rückschnitt durch
7 die Grünflächenämter der Bezirke im Mai an. Alle vorher angesiedelten Pflanzen werden gemäht und
8 was bleibt, ist der perfekte Ansiedelungsraum für invasive Getreidearten.
- 9 Die logische Konsequenz dessen wäre ein konsequentes Mähen dieser invasiven Arten, die die
10 Besiedelung heimischer, ökologisch wertvoller Pflanzenarten verhindern.
- 11 Was so logisch erscheint, passiert jedoch leider nicht. Die Mäusegerste kann sich wundervoll
12 ausbreiten, da die Berliner Bezirksämter nicht eingreifen - und somit stetig heimische Pflanzenarten
13 verdrängen. Es erfolgt kein strukturelles Mähen und Entsorgen des Rückschnitts, was jedoch bitter
14 nötig wäre. Stattdessen nimmt die Mäusegerste unseren heimischen Gräsern und Blühpflanzen den
15 Raum - und somit auch vielen Insektenarten und Bienen, die für ihr Überleben auf pollenproduzierende
16 Pflanzenarten angewiesen sind. Insbesondere in Zeiten des Klimawandels und Artensterbens spitzt dies
17 die Situation in unserer Stadt weiter zu.
- 18 Doch die Mäusegerste ist nicht nur eine Gefahr für die heimische Flora, auch Mensch und Tier kann sie
19 ernsthaft verletzen.
- 20 Insbesondere Hundebesitzer*innen werden die Problematik rund um die Grannen des Getreides
21 kennen. Bei den Grannen oder Ähren der Pflanze handelt es sich um spitze Samenfortsätze der
22 Getreidepflanzen, die mit starren, messerscharfen Widerhaken ausgestattet sind. Diese Grannen lösen
23 sich bei Berührung von der Pflanze und setzen sich insbesondere im Hundefell fest, könnten jedoch
24 auch in Pfoten eingetreten oder eingeatmet werden.
- 25 Das Problem daran ist, dass diese Grannen sich aufgrund ihrer Widerhaken nur in eine Richtung
26 bewegen - ein Abschütteln ist fast unmöglich. Somit bohren sie sich immer weiter in die Haut,
27 Gehörgänge, Pfoten oder Atemwege. Die Folge: Bindehautentzündung, Verletzung des Trommelfells,
28 Schwellungen, und insbesondere, wenn die Granne lange unbemerkt bleiben, sind Operationen unter
29 Narkose notwendig. Berliner Tierarztpraxen berichten die letzten Jahre von einer zunehmenden
30 Häufigkeit an behandelten, schwerwiegenden Fällen von verletzten Hunden, einfach, da ein
31 Rückschnitt durch die Berliner Grünflächenämter viel zu selten oder gar nicht erfolgt. Denn auch an
32 Gehwegen, Kreuzungen und Hauseingängen siedelt sich diese invasive Pflanzenart zunehmend an.
- 33 Auch vulnerable Gruppen wie Kinder oder Allergiker*innen sind diesem Risiko ausgesetzt, denn auch
34 der Kontakt mit menschlicher Haut kann Irritationen und Entzündungen hervorrufen. Insbesondere
35 durch eine Gräserpollenallergie vorbelastete Personen sind gefährdet.

36 Das allergrößte Problem jedoch ist: Die Gefahr für Mensch und Tier sowie Belastung für unser
37 Ökosystem wäre vermeidbar!

38 **Daher fordern wir:**

- 39 • Endlich ein aktives, bedarfsorientiertes Eingreifen durch die Grünflächenämter der
40 Bezirksämter
- 41 • Die Entwicklung und Einführung eines berlinweiten Monitoring- und Kartierungssystems, das
42 die Ausbreitung invasiver Pflanzenarten, wie der Mäusegerste dokumentiert
- 43 • Ab Mai jeden Jahres ein regelmäßiges, intensives Mähen der Getreidearten wie Gerste und
44 Hafer im öffentlichen Straßenland Berlins und auf Grünflächen sowie die sofortige Entsorgung
45 des Schnittguts zur Vorbeugung von Verletzungen bei Mensch und Tier
- 46 • Das Ziel ist die Wiederansiedlung ökologisch wertvoller Pflanzen, insbesondere
47 pollenproduzierende Arten und somit eine gefahrenfreie Nutzung der Berliner Grünflächen für
48 Mensch und Tier.

Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

V1_1/26 Mobilitätspolitik aktiv sozialdemokratisch gestalten

- 1 Das Mobilitätssystem von Berlin ist an vielen Stellen bereits gut ausgebaut. Allerdings ist in den letzten
- 2 Monaten und Jahren eine deutliche Fehlentwicklung zu beobachten. Der ÖPNV gerät an seine Grenzen,
- 3 was das Ergebnis von jahrelangen unzureichenden Investitionen darstellt. Gleichzeitig wird eine
- 4 Erweiterung der Stadtautobahn A100 eröffnet, obwohl das resultierende Verkehrschaos vollumfänglich
- 5 bekannt und absehbar war. Zudem werden Ausbauziele für neue Radwege reihenweise verfehlt. Diese
- 6 Beispiele zeigen anekdotisch den unzureichenden Zustand der Berliner Mobilitätspolitik.
- 7 Leider fehlte in den vergangenen Jahren der politische Wille, die Mobilitätswende in angemessenem
- 8 Maße aktiv zu gestalten. Oft bestand, auch innerhalb der Berliner Sozialdemokratie, die Befürchtung,
- 9 dass hiermit Wähler*innen abgeschreckt werden könnten. So prägte die SPD einen Kurs mit, welcher
- 10 hinter den Anforderungen der Klimakrise zurückblieb.
- 11 Vor diesem Hintergrund gründete sich eine Initiative, welche die Mobilitätspolitik in Berlin deutlich
- 12 anders gestalten will. Dabei setzt der anvisierte Gesetzesentwurf auf einen ermöglichenden Ansatz.
- 13 Das heißt, dass dieser lediglich alle Straßen des Landes Berlin innerhalb des S-Bahn Ringes zu einer
- 14 autoberuhigten Zone umwandeln möchte. Hierdurch dürfen Kraftfahrzeuge lediglich ausnahmsweise
- 15 innerhalb dieser Zone fahren. Dabei gilt grundsätzlich, dass jeder Mensch, welcher auf die Nutzung des
- 16 Autos nachweislich angewiesen ist, weiterhin innerhalb des Rings fahren kann. Ähnliches gilt
- 17 beispielsweise für den ÖPNV oder Rettungsdienste. Alle anderen Menschen sollen sich an insgesamt
- 18 12 Tagen pro Jahr unbürokratisch eine Erlaubnis geben lassen können, um sich mit einem Auto
- 19 innerhalb des Ringes bewegen zu können. Reguliert soll dies über empfindliche Sanktionen im Falle der
- 20 Missachtung dieser Regelungen werden. Für die Umsetzung gilt eine Übergangsphase von vier Jahren.
- 21 Alle weiteren Fragen müssen politisch gestaltet werden. Hierzu zählt unter anderem der weitere
- 22 Ausbau des ÖPNV, die Etablierung eines passenden Sharing-Konzeptes oder auch die Umwidmung
- 23 freiwerdender Flächen innerhalb des Ringes. Wir sind überzeugt, dass eine Umsetzung dieser Idee für
- 24 die Modernisierung des Berliner Mobilitätssystem eine große Bereicherung wäre.
- 25 Daher unterstützen wir die Initiative zum Verkehrsentscheid ausdrücklich. Hierzu zählt unter anderem
- 26 die Unterstützung beim Sammeln der nötigen Unterschriften sowie das Agieren als Bündnispartner der
- 27 Initiative. Denn die Berliner Sozialdemokratie ist bereit, die Berliner Mobilitätswende, ähnlich wie
- 28 andere Metropolen Europas es bereits tun, aktiv zu gestalten. Die Zukunft ist jetzt, also lasst sie uns
- 29 gemeinsam gestalten für eine sichere, klimaverträgliche und saubere Mobilität in unserer Stadt!

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

V2_1/26 Mobilität neu ordnen, weg vom Autoverkehr, hin zu Öffentlicher Mobilität

1 Berlin braucht eine konsequente soziale und ökologische Mobilitätswende. Der motorisierte
2 Individualverkehr dominiert den öffentlichen Raum, verursacht Lärm, Abgase, Unfälle und hohe
3 volkswirtschaftliche Kosten während viele Berliner*innen gar kein eigenes Auto besitzen. Besonders
4 Menschen mit geringem Einkommen leben häufig an stark befahrenen Straßen und tragen die
5 gesundheitlichen Folgen dieser Politik, ohne von ihr zu profitieren.

6 Angesichts der Klimakrise ist klar: Eine bloße Antriebswende reicht nicht aus. Auch Elektroautos
7 beanspruchen Fläche, verursachen Unfälle und Feinstaub. Die zentrale Frage ist nicht, welches Auto
8 fährt, sondern wie viel Autoverkehr unsere Stadt verträgt. Eine gerechte Mobilitätspolitik muss deshalb
9 vor allem den motorisierten Individualverkehr und den knappen Stadtraum neu verteilen.

10 Der Gesetzesentwurf des Volksbegehrens der Initiative „Volksentscheid Berlin Autofrei“ setzt genau
11 hier an. Er verfolgt das Ziel, den nicht notwendigen Autoverkehr innerhalb des S-Bahn-Rings deutlich
12 zu verringern und so Platz für sichere Wege, Grünflächen und Aufenthaltsqualität zu schaffen. Dabei
13 geht es ausdrücklich nicht um ein Verbot von Mobilität: Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind,
14 etwa aus gesundheitlichen Gründen oder im öffentlichen Interesse, bleiben ausgenommen. Für sie
15 wird Mobilität in einer autoärmeren Stadt sogar einfacher, weil Stau und Parkplatzdruck abnehmen.

16 Voraussetzung für diesen Umbau ist ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr als Rückgrat
17 der Mobilitätswende. Der ÖPNV muss ausgebaut, zuverlässiger und attraktiver werden, sowohl in der
18 Innenstadt als auch in den Außenbezirken. Kurzfristig braucht es zusätzliche Busangebote und
19 Taktverdichtungen, mittelfristig den Ausbau von Tram- und Schienenverbindungen. Nur so kann der
20 Umstieg vom Auto gelingen, ohne Mobilität einzuschränken. Dabei muss darauf geachtet werden auch
21 die Bezirke und Räume außerhalb des S-Bahn Rings nicht allein zu lassen. Auch hier muss ein neues
22 Konzept greifen, welches auf Menschen- und nicht Autofreundlichkeit setzt.

23 Ergänzend zum ÖPNV braucht es niedrigschwellige, flexible Angebote für kurze Wege. Hier spielen
24 beispielsweise Leihfahrräder eine wichtige Rolle. Sie schließen Lücken im Verkehrsnetz, ermöglichen
25 spontane Fahrten und sind besonders für Menschen ohne eigenes Auto oder Fahrrad relevant. Umso
26 problematischer ist es, dass der Berliner Senat aktuell kein öffentlich unterstütztes Leihfahrradsystem
27 mehr ausschreiben will.

28 Ein rein privatwirtschaftlicher Betrieb führt absehbar zu höheren Preisen und einem Rückzug aus
29 weniger profitablen Bezirken (meist den Außenbezirken) und damit zu einer sozialen Spaltung der
30 Mobilitätsangebote.

31 Eine Mobilitätswende, die den Autoverkehr reduziert, ohne öffentliche Alternativen abzusichern, ist
32 zum Scheitern verurteilt. Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht allein
33 Marktlogiken überlassen werden.

34 **Deshalb fordern wir:**

- 35 • Die Unterstützung der Initiative Berlin Autofrei und langfristig die Abkehr vom
- 36 motorisierten Individualverkehr
- 37 • Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie die SPD-Mitglieder des Berliner Senats auf
- 38 den Gesetzesentwurf in das Abgeordnetenhaus einzubringen und umzusetzen
- 39 • Den Ausbau des ÖPNV
- 40 • Die Sicherung eines öffentlich unterstützten Leihfahrradsystems in allen Berliner Bezirken

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

V3_1/26 Geschäfte auch auf Reisen kostenlos verrichten - kostenlose Toiletten an Bahnhöfen

1 Jeder Mensch muss jederzeit Zugang zu sanitären Anlagen haben, unabhängig von Einkommen,
2 Aufenthaltsort oder Reisesituation. Der Toilettengang ist kein Luxus, sondern ein grundlegendes
3 menschliches Bedürfnis und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

4 Während in den Zügen der Deutschen Bahn Toiletten grundsätzlich kostenlos zur Verfügung stehen,
5 zeigt sich an den Bahnhöfen ein anderes Bild, da an vielen Bahnhöfen die Nutzung von Toiletten nur
6 gegen Bezahlung möglich ist. Derzeit gibt es an 327 Bahnhöfen sanitäre Anlagen, davon werden 153
7 von Dritten betrieben. In den übrigen Fällen ist die DB-Tochter InfraGO AG verantwortlich. Bei allen von
8 ihren insgesamt 174 Anlagen fallen laut Angaben der Deutschen Bahn Nutzungsgebühren an, über die
9 anderen Anlagen kann sie keine Auskunft geben.

10 Diese „Nutzungsgebühren“ treffen besonders Menschen mit geringem Einkommen. Gerade Bahnhöfe
11 sind zentrale öffentliche Orte, an denen sich täglich hunderttausende Menschen aufhalten, auch
12 solche, die nicht reisen, sondern dort z.B. arbeiten oder Schutz suchen. Wer kein Geld für den
13 Toilettengang hat, wird faktisch aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen.

14 Gleichzeitig steigen die Ticketpreise im Schienenverkehr kontinuierlich, während das
15 Bahnmanagement nach wie vor hohe Bonuszahlungen erhält. Es ist nicht hinnehmbar, dass Fahrgäste
16 und Nutzer*innen der Bahnhöfe doppelt zur Kasse gebeten werden, erst durch steigende Preise und
17 dann auch noch für die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse.

18 Eine sozial gerechte und solidarische Verkehrspolitik muss den Zugang zu sanitären Anlagen als Teil der
19 öffentlichen Infrastruktur begreifen. Kostenlose Toiletten an Bahnhöfen sind ein Beitrag zu sozialer
20 Teilhabe, zur öffentlichen Gesundheit und zur Attraktivität des Bahnverkehrs insgesamt.

Wir fordern daher:

- 22 • Die kostenlose Bereitstellung und Nutzung von sanitären Anlagen an allen Bahnhöfen,
23 unabhängig davon, ob diese durch die Deutsche Bahn oder durch Drittanbieter betrieben
24 werden
- 25 • Dass die Kosten für Betrieb, Reinigung und Instandhaltung von sanitären Anlagen an allen
26 Bahnhöfen vollständig durch die Betreiber*innen bzw. die öffentliche Hand getragen werden
- 27 • Ein generelles Verbot von Nutzungsgebühren für öffentliche sanitäre Anlagen
- 28 • Einen barrierefreien, sauberen und sicheren Zugang zu Toiletten für alle Menschen

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

V4_1/26 Mobilität für alle – auch bei Eisglätte

Die Jusos Treptow-Köpenick fordern die Umsetzung der Beschlusslage, also eine Anpassung und konsequente Vollziehung des Berliner Straßenreinigungsgesetzes, damit sichere Mobilität für alle auch bei Schnee- und Eisglätte gewährleistet ist. Insbesondere Geh- und Radwege müssen verlässlich, barrierearm und flächendeckend geräumt werden – unabhängig davon, ob Anlieger*innen gerade Zeit, Geld oder körperliche Möglichkeiten dafür haben.

Deshalb fordern wir:

- einen durchsetzbaren Anspruch gegenüber dem Land Berlin auf die Räumung öffentlicher Geh- und Radwege, einschließlich einer wirksamen Durchsetzung dieses Anspruchs;
- dass der Winterdienst auf Gehwegen aller Straßenreinigungsklassen in einer Mindestbreite von 1,5 m oder – sofern geringer – in der Gesamtbreite des Gehwegs erfolgt; weitergehende Räumungspflichten aus dem Gesetz bleiben unberührt;
- dass der Winterdienst Radwege ebenso wie Straßen und Gehwege regelhaft beräumt;
- dass der Winterdienst bis 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr erfolgt; in Nebenstraßen sind Verzögerungen in vertretbarem Maß zulässig;
- die Prüfung umweltfreundlicher, salzfreier Auftaumittel;
- die Ausstattung der Berliner Stadtreinigung (BSR) mit ausreichenden Personalstellen und Geldmitteln, zweckgebunden für die Aufgabenerfüllung;
- eine Anlaufstelle/Hotline, über die nicht geräumte Wege schnell und unkompliziert gemeldet werden können;
- eine entsprechende Verpflichtung für Privatwege, um Sicherheitslücken zu schließen;
- dass die rechtliche Ausgestaltung gemeinsam mit Behindertenvertretungen und dem Landesseniorenbeirat Berlin erarbeitet wird, damit Barrierefreiheit und Sicherheit konsequent mitgedacht werden;
- perspektivisch die Verlagerung der Räumspflicht von Anlieger*innen zum Land Berlin, um durchgängig professionell geräumte Gehwege zu gewährleisten.

Begründung:

Der Winterdienst auf Gehwegen in Berlin ist derzeit überwiegend Aufgabe der Anlieger*innen. In der Praxis führt dieses Modell regelmäßig zu unzureichend geräumten oder verspätet behandelten Gehwegen. Die Qualität der Räumung ist uneinheitlich, Zuständigkeiten sind oft unklar und die Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen ist nicht verlässlich gewährleistet. Für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Eltern mit Kinderwagen sowie alle, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, wird Eisglätte dadurch schnell zur echten Barriere.

Eine Reform des bestehenden Systems sollte auf eine zentrale und professionelle Organisation des Winterdienstes abzielen. Vorgeschlagen wird eine gebietsweise Vergabe der Winterdienstleistungen: Straßen oder ganze Kieze werden zentral ausgeschrieben und jeweils einem Dienstleister verbindlich zugeordnet. Die BSR übernimmt ergänzend Aufgaben in Bereichen, die nicht privat vergeben werden oder in denen eine öffentliche Durchführung sinnvoll ist. So entstehen klare Zuständigkeiten und eine flächendeckende Umsetzung.

39 Die Finanzierung kann an bestehende Strukturen anknüpfen: Für die Reinigung der Fahrbahn vor dem
40 Grundstück existieren bereits Beiträge. Dieses Prinzip kann auf Gehwege ausgeweitet werden. Anstelle
41 individueller Verpflichtungen der Anlieger*innen erfolgt die Finanzierung über einen einheitlichen
42 Beitrag, der die Kosten eines professionellen Winterdienstes abdeckt. Für viele
43 Grundstückseigentümer*innen wäre dieses Modell günstiger als individuelle Beauftragungen oder
44 Eigenleistungen – und vor allem verlässlicher.

45 Ein zentral organisierter Winterdienst ermöglicht zudem eine effizientere und umweltverträglichere
46 Durchführung. Einsatzplanung, Routenführung und Materialverbrauch können koordiniert werden.
47 Dadurch werden unnötige Fahrten vermieden und Streumittel gezielter eingesetzt. Gleichzeitig steigt
48 die Wahrscheinlichkeit, dass Räumung und Glättebekämpfung rechtzeitig erfolgen.

49 Geh- und Radwege sind wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Ihre sichere
50 Nutzung darf nicht von der individuellen Leistungsfähigkeit oder Organisation einzelner Anlieger*innen
51 abhängen. Eine zentrale Organisation des Winterdienstes erhöht die Verkehrssicherheit, entlastet
52 Bürger*innen und sorgt für eine gleichmäßigere Qualität im gesamten Stadtgebiet. Dafür sind
53 Anpassungen der rechtlichen Grundlagen erforderlich, insbesondere im Berliner
54 Straßenreinigungsgesetz, mit dem Ziel, den Winterdienst auf Gehwegen schrittweise in eine zentral
55 organisierte Struktur zu überführen.